

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VII. JAHRGANG

7.

HEFT / JULI 1930

OETZSCH: Ist deutsche Außenpolitik möglich?
SCHLUBACH: Die Erschließung der Tropen — **KERRL:**
Die Erschließung Venezuelas durch Deutsche — **BREYNE:**
Deutschlands Anteil an der Besiedlung Südafrikas I —
AMP: Geopolitik in der deutschen Großwirtschaft —
UNKEL: Deutschlands Mittellage im Weltnachrichten-
verkehr

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Alleestraße 18, Tel. 380886; *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655 und *Dr. Gerhard Herrmann*, Leipzig, Burgstraße 14 III

unt. ständig, Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Herm. Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25, Schriftleitung: *Dr. H. J. Rust*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234

VII. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1930

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

<i>Erich Obst</i>	Berichterstattung aus Europa und Afrika	505
* <i>Karl Haushofer</i>	Bericht über den indopazifischen Raum	510
<i>Otto Maull</i>	Berichterstattung aus der amerikanischen Welt	519

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK:

<i>O. Hoetzsch</i>	Ist deutsche Außenpolitik möglich?	525
--------------------------	--	-----

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

<i>R. Schlubach</i>	Die Erschließung der Tropen	533
<i>F. A. Kerrl</i>	Die Erschließung Venezuelas durch Deutsche	541
<i>M. R. Brayne</i>	Deutschlands Anteil an der Besiedlung Südafrikas I	548
<i>P. Freye</i>	Britisch Nord-Borneo	551
* <i>L. Hamp</i>	Geopolitik in der modernen deutschen Großwirtschaft	553

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

<i>F. Runkel</i>	Deutschlands Mittellage im Weltnachrichtenverkehr	561
<i>K. Saenger</i>	Statistik des Außenhandels I	567

LITERATURBERICHTE:

<i>E. Obst</i> und <i>H. J. Rust</i>	Literaturbericht aus Europa und Afrika	572
<i>O. Maull</i>	Systematisch-erdumspannender Literaturbericht	576
* Die Aufsätze enthalten Kartenbeigaben		

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.- / Jahrgang mit Register RM. 25.-

Gebunden RM. 30.- / Register für den Jahrgang RM. 1.- / Inhaltsverzeichnis kostenlos/Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.-

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Marc. R. Brayne, Dozent am Orientalischen Seminar der Universität Berlin, z. Z. auf Studienreise in Südafrika — *P. Freye*, Frankfurt a. M., Baekerweg 3 — *L. Hamp*, Gelsenkirchen, Steinmetzstr. 12 — *Dr. K. Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *Dr. O. Hoetzsch*, o. Prof. a. d. Universität, Berlin, Bendlerstr. 18 — *Dr. F. A. Kerrl*, Hannover, Bodenstedtstr. 8 — *Dr. Otto Maull*, o. Professor a. d. Universität Graz, Hilmteichstr. 22 — *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Alleestr. 18 — *Dr. F. Runkel*, Köln-Lindenthal, Herderstr. 52 — *Dr. H. J. Rust*, Berlin Schmargendorf, Berkaerstr. 2 — *Dr. K. Saenger*, Präsident des Preussischen Statistischen Landesamtes, Berlin-Dahlem, Falkenried 10 — *Dr. R. Schlubach*, Hamburg, Lange Mühren.

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

Der im Januarheft erschienene grundsätzliche Aufsatz Hans *Zehrer*s „Ist eine deutsche Außenpolitik überhaupt möglich?“ löste in der Öffentlichkeit eine lebhafte Diskussion aus; eine Fortspinnung und Abrundung des Themas nach der praktisch-politischen Seite hin scheint uns daher angebracht.

So gibt in diesem Heft Professor Dr. *Hoetzsch* vom Standpunkt des Außenpolitikers und erfahrenen Praktikers aus Antwort auf die gestellte Frage; er entwickelt in konstruktiven Linien, vom Augenblick ausgehend, die Möglichkeiten eines deutschen Eingreifens in die politischen Probleme der Gegenwart und der Völker.

Durch R. *Schlubach*, Leiter eines der bekanntesten deutschen Überseehäuser, spricht ein Mann der wirtschaftlichen Praxis zu demselben Thema und weist als tatenfroher, dabei besonnener und kenntnisreicher Geist Mittel und Wege zur Erschließung der Tropen. Seine vielfach neuen und fruchtbaren Gesichtspunkte dürften bedeutsam für die Aktivierung einer deutschen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik in Übersee, anregend für alle jungen Deutschen sein, die aus unserer Raumenge hinausdrängen.

Die historischen Beiträge von *Kerrl* und *Breyne* geben Beispiele solchen deutschen Wagemutes und ein Bild des in diesem Umfange vielfach nicht bekannten Anteils deutscher Menschen an der Besiedlung der Welt in früheren Jahrhunderten. Für Südafrika ist, wie *Breyne* aufzeigt, die Beimischung niederdeutschen Blutes bis auf den heutigen Tag ein kulturelles und politisches Moment von entscheidender Bedeutung.

Die Arbeiten von *Runkel* und *Hamp* führen uns hinein in zwei deutsche inner- und weltwirtschaftliche Probleme. Einmal ist es Deutschlands zentrale Lage in Europa, die ihm die Lösung wichtiger Aufgaben im Weltnachrichtenverkehr nicht nur erleichtert, sondern zur Pflicht macht. *Runkels* an Beispielen reiche Arbeit zeigt auch hier Richtung und Wege aktiven außenpolitischen Handelns.

Endlich darf *Hamps* Untersuchung die aufmerksame Beachtung des Lesers erwarten. *Hamp* stellt das in der Öffentlichkeit längst zum Schlagwort gewordene Problem der Gasfernversorgung in seinen wirtschaftlichen Voraussetzungen und Zielen dar und begründet es geopolitisch.

Die Schriftleitung

Manuskripte und Besprechungsexemplare

erbitten wir direkt an die Schriftleitung. Manuskripte und Besprechungsexemplare, die an die Herausgeber unmittelbar gesandt werden, erleiden Verzögerung.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Territorialpolitische Neuordnung des Reichs die unentbehrliche Voraussetzung der Finanzreform. — Der Hamburg-Lübeck- und der Preußen-Bremen-Vertrag. — Unterweser- und Unteremsgebiet keine regionale Einheit. — Zur gesetzgeberischen Inangriffnahme des territorialen Reformwerkes. — Das Saarproblem. — Der Raub der Warndt-Kohle. — Die Folgen der Grenzziehung im Westen. — Demonstration polnischer Pfadfinder in Beuthen. — Grandi in Warschau. — Englands Ablehnung des Kanaltunnelbaus. — Die Vorgänge auf Malta. — Nachgeben Englands im Irak, in Palästina und Ägypten. — Hoffnungen und Sorgen in Rußland.

Die innerpolitischen Verhältnisse unseres Vaterlandes sind wieder einmal derartig verworren und bedenklich, daß ernste Sorgen allenthalben laut werden. Mit kleinsten Mitteln, vor allem mit einem noch weiteren Anziehen der Steuerschraube, wird sich das Elend in Wirtschaft und Verwaltung kaum mehr beheben lassen; zu einer wirklich den Namen verdienenden grundlegenden Reform aber scheinen die „führenden“ Männer den Mut nicht aufzubringen. Geopolitische Belange spielen bei diesem Fragenkomplex natürlich nur eine untergeordnete Rolle, weil ja in unserem innerpolitischen Leben vollends die sturen Interessen der verschiedenartigen Parteimaschinen wissenschaftlich unterbaute und dadurch leidlich objektivierete Überlegungen und Zielsetzungen nicht aufkommen lassen. Wenn aber nicht alles täuscht, ist eine Gesundung auch unserer innerpolitischen Verhältnisse ohne Mitwirkung geopolitischer Maßnahmen kaum denkbar. Die unentbehrliche Finanzreform vor allem, deren Notwendigkeit hier seit Abschluß der Youngplan-Verhandlungen mit denkbarem Nachdruck hervorgehoben wurde, hat eine territorialpolitische Neuordnung des Reichs zur Voraussetzung, eine Neugestaltung, die allerdings nur dann zum Segen gereichen kann, wenn sie wissenschaftlich fundiert und nach klaren, einheitlichen Richtlinien durchgeführt wird. Was der Chronist nach dieser Hinsicht zu verzeichnen hat, läßt allerdings eine großzügige Gesamtplanung nicht erkennen. Hamburg und Lübeck haben einen Staatsvertrag abgeschlossen, der sich jedoch auf eine Gemeinsamkeit des Strafvollzugs beschränkt, obwohl Lübeck längst zum Vorort und Ostseetor Hamburgs geworden ist, eine viel weiter reichende Vereinbarung zwischen den beiden Hansestädten mithin ganz gewiß berechtigt wäre. — Nach Art des Preußen-Hamburg-Vertrages zur einheitlichen Bewirtschaftung der Unterelbe ist am 21. Juni 1930 ein entsprechender Preußen-Bremen-Vertrag unterzeichnet worden. Auch hier will man, um den größten wirtschaftlichen Nutzeffekt zu erzielen, so handeln, als ob die auf der Landkarte vorhandenen Grenzlinien nicht mehr existierten. Das klingt ganz plausibel. Aber wer um alles in der Welt hat die preußische Regierung dabei so falsch beraten, daß Ministerpräsident Braun

von der „regionalen Zusammengehörigkeit des Unterweser- und Unterems-Gebietes (!)“ sprechen konnte? Man braucht wirklich nicht leidenschaftlicher Niedersachsen zu sein, um festzustellen, daß sich die ureigenen bremischen Belange lediglich auf die Unterweser erstrecken, das Unteremsgebiet dagegen von wesentlich anderer Wirtschafts- und Verkehrsstruktur ist und niemals zweckmäßig und erfolgreich von Bremen betreut werden könnte. Wir würden eine großzügige und einheitliche Zusammenfassung aller Unterweserhäfen als einen Fortschritt begrüßen und es für selbstverständlich erachten, daß hierbei Bremen die führende Rolle spielt. Die Verquickung von Unterweser und Unterems ist ein Unding und muß Bremen mit Dingen belasten, für die in der Hansestadt weder Interesse noch Kapital verfügbar ist. Offenbar spukt da wieder einmal der unglückselige Gedanke der „Küstenprovinz“ (von der Unterelbe zur Unterweser und unter Einbeziehung Oldenburgs weiter bis ins Emsland und zur holländischen Grenze). Daß die bremische Diplomatie einen solchen Plan propagieren könnte, um bei der endgültigen Neugliederung des Reiches um so sicherer den bremischen „Weserschlauch“ zugestanden zu erhalten, erscheint allenfalls begreiflich. Daß aber Preußen ohne weiteres darauf eingeht und von sich aus die niemals bestehende „regionale Zusammengehörigkeit des Unterweser- und Unterems-Gebietes“ proklamiert, ist und bleibt unfassbar. Augenscheinlich sind da wieder einmal Dinge am grünen Tisch in Berlin entschieden worden, ohne landeskundige Sachverständige auch nur im mindesten zu Rate zu ziehen.

Welche Folgen sich einmal daraus ergeben können, wird eine nahe Zukunft zeigen. Die Reichsregierung scheint sich nunmehr entschlossen zu haben, die Reichsreform und damit die territoriale Neugliederung in Angriff zu nehmen. Eine amtliche Mitteilung vom 22. Juni besagt: „Der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz für die Reichsreform schloß heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning seine Arbeiten über Organisation und Zuständigkeit des Reiches und der Länder ab. Er stimmte zumeist mit großer Mehrheit den Vorschlägen seiner Unterausschüsse zu. Die Schlußabstimmung selbst erfolgte mit 15 gegen 3 Stimmen, bei zwei Enthaltungen. Nach diesen Beschlüssen soll das Nebeneinander von Reichs- und preußischer Zentralgewalt beseitigt und leistungsfähige Verwaltungskörper zwischen dem Reich und den unteren Behörden in der Gestalt von neu zu gliedernden Ländern geschaffen werden. Wenn es auch nicht gelingen konnte, diesen Ländern ein völlig einheitliches Gepräge zu geben, so ist doch eine Grundlage für eine gleichmäßigere und bessere Gestaltung des Reiches geschaffen. Über die gesetzgeberische Inangriffnahme des Reformwerkes wird die Reichsregierung nunmehr Beschluß fassen.“

Hoffen wir, daß die Beschlußfassung der Reichsregierung und die Vorlage entsprechender Gesetze nun nicht gar zu lange auf sich warten lassen. Der zentralistische Einheitsstaat, wie wir ihn in Frankreich treffen, läßt sich in Deutschland nicht durchführen und würde auch deutscher Art, deutscher Geschichte und den Grundzügen des deutschen Volksbodens bestimmt nicht entsprechen. Die

Vielheit von deutschen Staaten aber, wie sie aus der dynastischen Epoche übernommen wurde, das Nebeneinander lebensunfähiger Zwergstaaten mit Landesparlamenten, Ministern usw., das Durcheinander von Exklaven und Enklaven, alles dies widerspricht ebenso bestimmt unserem heutigen politischen Empfinden und verlangt gebieterisch nach einer Reform an Haupt und Gliedern. Raffen wir uns nicht selbst in zwölfter Stunde zu einer wirklichen Tat auf, so könnte es geschehen, daß eines Tages außerdeutsche Gewalten uns den Umbau des Reichs aufzwingen und die deutsche Landkarte nach ihrem Ermessen umgestalten. Es wäre das erstemal nicht im Laufe der deutschen Geschichte!

Die Räumung der Rheinlande ist nahezu beendet. Mögen auch untergeordnete französische Organe die Gelegenheit dazu benutzt haben, noch im letzten Augenblick ihr Mütchen in der ihnen eigenen Art und Weise zu kühlen, so werden diese kleinlichen und törichten Schikanen angesichts des Erfolges einer völligen Rheinlandräumung bald vergessen werden. Im Brennpunkt der deutsch-französischen Verhandlungen steht nunmehr in der Hauptsache das Warndt-Problem. Wir haben vor kurzem dieses Gebiet unter sachverständiger Führung bereit, um uns an Ort und Stelle ein Urteil zu bilden. Das Revier im Süden der Saar enthält eine vorzügliche Fettkohle und war von der preußischen Bergwerksverwaltung absichtlich geschont worden, um für die Zukunft eine leistungsfähige Reserve zu haben. Unmittelbar jenseits der Reichsgrenze haben nun die Franzosen ihre Schächte angelegt und bauen, die Reichsgrenze unter Tage mißachtend, mit Zustimmung der Regierungskommission des Saargebiets die wertvolle Warndt-Kohle des südlichen Saarlandes ab (jährlich wohl an die 2 Mill. t), ohne für diesen Raub auch nur die mindeste Entschädigung, ohne selbst auch nur Steuern dafür an das deutsche Saargebiet zu zahlen! Im privaten bürgerlichen Leben gibt es für eine derartige Handlungsweise keinen parlamentarischen Ausdruck. Das Frankreich Briands aber, das der abendländischen Staatenwelt so leidenschaftlich gern das Friedensgeschenk eines unter gallischer Hegemonie stehenden Paneuropa aufnötigen möchte, glaubt es mit seinen Begriffen von Ehre und Anstand verantworten zu können, was sich gegenwärtig im Warndt abspielt! Wir hoffen zuversichtlich, daß die deutschen Vertreter bei den Pariser Saarverhandlungen fest bleiben und unsere Hoheitsrechte auch in bezug auf das Kohlenrevier im Warndt gebührend verteidigen. Voraussichtlich wird sich ja ergeben, daß bei der endgültigen Liquidation des französischen Saarabenteuers ein politisches Unikum geschaffen wird: sofortige Rückgliederung des Saargebiets in staatsrechtlicher Beziehung, trotzdem für Zollverwaltung und Wirtschaft eine Übergangszeit bis 1935 erhalten bleibt, während welcher für das Saargebiet in zollpolitischer Beziehung der gegenwärtige Status nicht geändert wird. Sollte Deutschland bereit sein, den Franzosen noch einmal weitherzig entgegenzukommen und diese Lösung gutzuheißen, so darf es das nur unter den folgenden beiden Bedingungen:

1. mit dem Jahre 1935 muß der Raub der Warndtkohlen unter allen Umständen und bedingungslos aufhören;

2. unser Entgegenkommen wird von Frankreich anerkannt und bei der Verrechnung anlässlich der Wiederaushändigung der Saargruben entsprechend erwidert.

In einer Zeit, in der mit Recht sehr viel von Ostnot und Osthilfe die Rede ist, sei wenigstens kurz darauf hingewiesen, daß die Grenzziehung im Westen die dortigen Reichsgebiete ebenfalls außerordentlich schwer schädigt und sich die Zerreißung aller in Jahrzehnten mühsam gesponnener Fäden von Jahr zu Jahr katastrophaler bemerkbar macht. Namentlich die badische Wirtschaft von Mannheim bis hinunter nach Freiburg leidet entsetzlich unter dem geopolitischen Wahnsinn von Versailles. Da an dieser Stelle der Raum fehlt, um die Dinge einigermaßen erschöpfend darzustellen, bereiten wir für einen der kommenden Monate ein Heft vor, in dem die geopolitisch begründeten Nöte und Sorgen Südwestdeutschlands ausführlich zur Geltung gelangen werden.

Daß Europa wahrhafter Frieden versagt bleibt, solange die deutsche Ostgrenze nicht revidiert, der Weichselkorridor beseitigt ist usw., haben wir an der Hand vieler Beispiele hier unablässig bewiesen. Mit tiefer Sorge registrierten wir die Fülle der planmäßigen Grenzüberfliegungen durch polnische Militärflieger, die unaufhörlichen Grenzzwischenfälle, die neuerdings wieder zu bedauerlichen Schießereien geführt haben. Wohin polnische Begehrlichkeit zielt, zeigt auch die Demonstration polnischer Pfadfinder in Beuthen, zu der Polen aus Hindenburg, Ratibor, Oppeln und selbst aus Breslau aufgeboten waren und an der sogar der polnische Generalkonsul teilnahm (!). Daß Pfarrer Strzybny sich weigerte, dem Ansinnen der polnischen Pfadfinder auf deutschem Reichsgebiet zu entsprechen, nämlich ihre Fahne öffentlich einzuweihen, sei hier dankbar verzeichnet. Ein solches Verlangen aber bedeutet fürwahr schon eine Ungeheuerlichkeit und offenbart schlaglichtartig das Ziel, auf das die Polen in Schlesien hinsteuern. Der italienische Außenminister Grandi weilte vor kurzem als Gast der polnischen Regierung bei unseren östlichen Nachbarn. Wir wir hören, hat Grandi auch Veranlassung genommen, in Warschau über die deutsch-polnischen Beziehungen zu sondieren und zur Vernunft zu raten. Welcher Erfolg seinen dankenswerten Bemühungen beschert sein wird, vermag allein die Zukunft zu lehren. Wir fürchten sehr, daß sich Polen allen Ratschlägen widersetzt, solange es sicher sein darf, daß Frankreich gegen Deutschland stärkt. Wenn irgendwo, so hat hier im deutschen Osten Herr Briand die Gelegenheit, seine Friedensliebe und seine Begeisterung für ehrliche europäische Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen. Im Zeichen der gegenwärtigen ostdeutschen Gewaltgrenzen ist ein Paneuropa für uns schlechterdings untragbar.

Wenn wir unsere Blicke durch das übrige Europa schweifen lassen, so verdienen zunächst einige Vorgänge im Britischen Reich festgehalten zu werden. In einem Weißbuch veröffentlicht die englische Regierung Anfang Juni die Gründe, die sie zur endgültigen Ablehnung des Projektes eines Kanaltunnels bestimmen. Die ersten fünf sind wirtschaftlicher Natur und können hier übergangen werden. Der sechste aber und der entscheidende ist militärischer Art; er

wird in Frankreich gewiß alles andere denn angenehm empfunden werden. Deutlich genug heißt es an der wichtigsten Stelle des Dokuments: „Solange es große Militärmächte in Europa gibt, wird der Kanal, falls er nicht hinreichend verteidigt ist, eine potentielle Gefahr. Wenn er aber hinreichend verteidigt wird, so gehen wir damit eine militärische Verpflichtung ein, die erhebliche Streitkräfte festkettet und immobilisiert.“

Die Vorgänge auf Malta beschäftigen die englische Öffentlichkeit naturgemäß in sehr hohem Maße. Lord Strickland, der Erstminister von Malta, ist als Sachverwalter der englischen Interessen auf diesem wichtigen Stützpunkt englischer Seemachtpolitik in einen schweren Konflikt mit der ausgesprochen italienisch eingestellten Geistlichkeit der Insel verwickelt worden. Beide Parteien haben sich allmählich derart in Erregung gesteigert, daß englische Regierung und päpstliches Kabinett den Weg zueinander kaum mehr finden können. Daß der Faschismus das Wühlen der Geistlichkeit gegen Strickland und die englische Partei auf Malta im Grunde begünstigt und davon träumt, Malta einmal dem Reich der Schwarzhemden einverleiben zu können, unterliegt kaum einem Zweifel. Aber Mussolini kann klug und abwartend im Hintergrund stehen und zusehen, ob und in welchem Umfange seine Aussöhnung mit dem Papst in Malta Früchte trägt. Man wird sich im Augenblick wegen Malta natürlich nicht die Gunst Englands verscherzen wollen; aber von Herzen begrüßen würde man es, wenn England zunächst gezwungen werden würde, unter dem Druck der Kirche Strickland fallen zu lassen. Alles andere kann dann der geschickten Propaganda für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ überlassen bleiben. Calabrien — Sizilien — Malta — Tunis! Der Faschismus weiß wahrhaftig, was er will.

Ob England die Entwicklung noch aufhalten kann? Die Erfahrungen im Orient sprechen nicht gerade dafür, wenngleich hier die Rücksicht auf die indischen Mohammedaner ohne Zweifel eine entscheidende Rolle spielt. Binnen zwei Jahren erhält der Irak die volle Souveränität eines Völkerbundsmitgliedes. In Palästina mußten die zionistischen Behörden auf einen englischen Wink hin 2300 bereits erteilte Einwanderungsscheine zurückziehen, um die um ihren Boden besorgten Araber zu beruhigen. In Ägypten ist England mit seinen Konzessionen so weit gegangen, daß selbst die radikalsten Nationalisten im Nilstaat im Grunde zufriedengestellt waren und die Sudanfrage dazu herhalten mußte, um den endgültigen Vertragsabschluß auf dieser Basis hinauszuschieben. Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, und ein Zurückweichen Englands auf der ganzen Linie! Die Vorgänge in Indien werfen ihre Schatten über den ganzen Orient und führen zu einer Versteifung der Unabhängigkeitsbewegung, deren endgültiger Ausgang wiederum entscheidend von der Lösung der indischen Krise beeinflußt werden dürfte.

Niemand verfolgt naturgemäß diese gefährvolle Entwicklung des Britischen Weltreichs aufmerksamer als das bolschewistische Rußland. Für die Sowjets würde es Errettung aus eigenen schweren Nöten bedeuten, wenn die von Indien und Ostasien ausgehende Erschütterung die Welt mit kapitalistischer Wirtschafts-

ordnung recht stark und nachhaltig treffen würde, denn es glückt im Lande des roten Paradieses nicht so, wie es Zar Stalin hoffte und die ihm gefügige Parteimaschinerie errechnete. Der für Mitte Juni anberaumte Parteikongreß wird erneut die Opposition von rechts und von links auf den Plan rufen. Es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß Kriegsminister Woroschilow offen an die Spitze aller Unzufriedenen tritt. Die Kollektivierungsaktion wirkt sich immer katastrophaler aus und führt nachgerade zu einer allgemeinen Erschütterung der russischen Agrarproduktion. Zu alledem aber stellt sich nun auch noch eine Stockung in der Sowjetindustrie ein, die um so ernster ist, als man bislang gehofft hatte, die Stagnation der ersten Monate des neuen Jahres werde durch einen Aufschwung im April wettgemacht werden. Das Gegenteil hat sich nun herausgestellt. Gegen den Vormonat sind im April der allgemeine Produktionsumfang und die durchschnittliche Tagesleistung um 3,7% gesunken. Der Rückgang verteilt sich fast auf alle Industriezweige und beträgt

bei der Kohlenförderung 7,9% (im Moskauer Revier 25%!),

bei den Eisenhütten 2,9%,

bei dem Bau von landwirtschaftlichen Maschinen 11,7%,

in der elektrotechnischen Industrie 3,8%,

bei der Herstellung von Baumaterialien 8,6% usw.

Die Gründe für diesen Rückgang sind in den vorliegenden Berichten nicht angegeben. Aber die Tatsache allein ist von weittragender Bedeutung und beweist die Richtigkeit unserer früheren Prognose, daß mit der zwangsweisen Kollektivierung der Bauernwirtschaften sowohl eine Agrar- als auch eine Industriekrise heraufbeschworen wird. Das muß die Aktivität der russischen Opposition naturgemäß wesentlich stärken. Es ist somit nicht von der Hand zu weisen, daß Sowjetrußland am Vorabend neuer schwerer Erschütterungen seines wirtschaftlichen und politischen Lebens steht.

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Nachkriegsentwicklung der Selbstbestimmungsbewegung im indopazifischen Gesamtbereich. — Heutiger Zustand. — Kulturpolitische Versuche der „Pacific Relations“ und Japans, den ozeanischen Teil von den Wirren in China und Indien fernzuhalten. — Öffentliche Unsicherheit als Symptom: — Einsicht auch der angelsächsischen Linken in die Gefahr der Lage. Einzelbeweise; Indienaussprache des Unterhauses. — Schatten panasiatischer Nachhilfe. — Räuber oder Sowjetregierungen in China? — Folgen unweiser Kolonialpolitik. — Simon-Kommissionsbericht und Indienkrise. — Chinesische Weltanschauungskrise und Ausland-Chinesentum. — Ausscheiden der USA. aus der Kolonialfront durch Freigabe der Philippinen. — Pazifische und indisch-chinesische Wanderdruckzahlen. — Ihre Auswirkung im Pazifik, in Malaya, in Südafrika. — Unterschied zwischen panasiatischen, allindischen und paneuropäischen Anschauungen in der Minderheitsfrage

Wer noch über den Nutzen geopolitischer Betrachtung des indopazifischen Raumes im Zweifel sein sollte, der möge vergleichen, was 1923 vom Bericht-

erstatte in seiner Arbeit über „Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung“ *) vorausgesagt wurde und was heute im Indopazifischen Gesamtbereich Wirklichkeit zu werden beginnt: für Indien eine Bewegung, deren geringstes Ziel bereits der allgemein zugesicherte Dominiumszustand ist, die in Bengalen, Bombay, im Punjab, der Nordwestgrenze schon weit über dieses Ziel hinaus die Gemüter erfaßt und ihre Forderungen stellt; für China zur Zeit 15 Sowjetregierungen (mit je etwa 5000—15000 Mann Truppen) und ein weit darüber hinausgreifendes eigenlebiges Zellsystem, gegenüber einer unweise zentralistischen und unitaristischen „Zentralregierung“, die sich mühsam gegen die Länderheerführer des Nordens, mühsamer noch gegen die Arbeiter- und Bauernverbände des Yangtsebeckens und des Südens behauptet, aber selbst aus einem Selbstbestimmungs-Raid hervorging, der in zwei Jahren mehr als 4 Mill. Quadratkilometer überzog, dessen Führer den nächsten Umsturz damals für Indien angekündigt hatte; für die Philippinen einen Senatsbeschluß der Vereinigten Staaten, gegen den Willen des früheren Generalgouverneurs und Außenministers Stimson, die Selbständigkeit der Inselgruppe anzubahnen, nur mit Vorbehalten für Marine- und Kohlenstationen, jedenfalls eine Zollgebietstrennung vorzubereiten; für Französisch-Indochina eine ängstlich gesperrte Nordgrenze, mit allerwärts unterdrückten Putschen; für Indonesien mehr als verfängliche Gewaltmaßregeln — außer jedem Verhältnis zur Selbstbehauptungskraft — wenn nicht andere, größere Seemächte zu Hilfe kommen; für Malaya ein Angstverbot der Kuomintang — mit denen man in China doch verhandeln muß — und die Tatsache des Überwiegens der chinesischen Bevölkerung im Volksgemisch der reichen Tropenhalbinsel seit 1928!

Wer angesichts dieses jederzeit in Karten über die Verbreitung der Selbstbestimmungsbewegung einzutragenden Tatbestandes noch eine von der westeurasiatischen oder atlantischen ganz abweichende südostasiatische Dynamik der Monsunländer und eine darauf eingestellte indopazifische, wie asiatische in Abrede stellt, dem wird sie überraschend mit Tatsachen über den Hals kommen, auch wenn er sich ganz in die Statik der politischen Erdkunde zurückzüge!

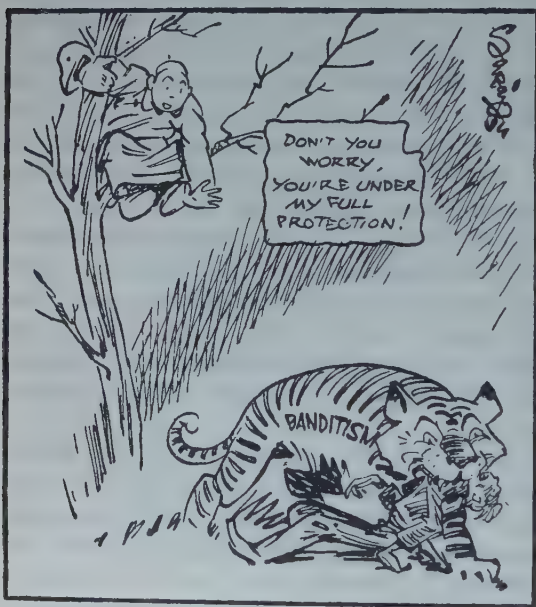
„Nur keine Aufregung! Sie stehen unter meinem vollen Schutz!“ So möchte man mit dem theoretisch hilfsbereiten Zentralregierungs-Chinesen auf seinem dünnen Baume — von dem er in diesem Augenblick ganz gewiß nicht freiwillig heruntergeht — allen friedentriefenden, guten Menschen zurufen, die zur Zeit den Ernst der Lage im festländischen Teil des indopazifischen Gesamtbereichs verkennen!

Den ozeanischen Teil sucht vor allem die kluge Kulturpolitik der Vereinigten Staaten, in erster Linie vertreten durch das „Institute of Pacific relations“, aber auch die gemäßigte, klug-elastische Politik des japanischen Außenministers Shidehara und seines Premiers, aus den Verwickelungen herauszuhalten, in die sie unaufhaltsam China, Indien und ihr kontinentales Vorland hineingleiten sehen.

*) K. Vowinkel Verlag, Berlin 1923.

Denn das Aufflammen der öffentlichen Unsicherheit — im letzten Geopolitischen Heft für Indien, im heutigen für China durch vielsagendes Auftreten von Tigern aus der ostasiatischen Spottzeichnung illustriert — ist ja doch nicht Ursache, sondern Symptom, Nebenwirkung; und läßt es verstehen, daß die davon bedrohten Mächte einstweilen in Europa Schalmeien erklingen lassen, um wenigstens diesen Teil der Erde ruhig zu erhalten.

Ein anderes, fast noch sichereres Anzeichen für den Ernst der Lage ist der jähe Umschwung in der Seelenstimmung derjenigen Parteien und Zeitungen innerhalb der bedrohten Mächte, die Carhill*) noch 1923 in seinem prophetischen



Buch: *The lost Dominion* („Verlorene Herrschaft“*) als „Mugwumps“ und unzugänglich für seine Unheilsahnungen bezeichnet hatte. Man nehme nur etwa den „China Express Tel“ vom 29. Mai 1930 mit sieben geopolitischen Seiten oder den „Manchester Guardian“ vom 27. Mai 1930 in die Hand, überzeuge sich, daß darin 17 Spalten des stattlichen Blattes dem Zweck gelten, die Gefahrlage in Indien seinen Lesern zum vollen Verständnis zu bringen. Das beginnt mit der Besprechung einer vorzüglichen indischen Darstellung des Entstehens der Fürstenländerfrage: „Lord Hastings and the Indian States“ von

Dr. M. S. Mehta (Bombay 1930; Taraporevala, Sons & Co.), über die Zeit, in der diese wichtige Länderfrage ihre heute noch maßgebende Gestalt gewann.

In zwei treffend einander gegenübergestellten Fliegeraufnahmen des ewig unruhigen Amritsar (der heiligen Stadt der Sikhs) wird auf der einen Seite die atembeklemmende Enge der überbauten Stadt vorgeführt, deren psychischer Druck 1919 die Eingriffe General Dyers veranlaßt hatte, die Gandhi erst das Vertrauen zum british raj verlieren ließen; auf der andern Seite die beherrschende Arm- und Schußfreiheit des Forts Govindgarh! Dann folgt ein ausgezeichnete Vortrag von J. Coatman, der erklärt, wie durch die Schaffung einer wirtschaftlichen und Verkehrseinheit gerade die britische Herrschaft die indische Krise herbeigeführt habe; endlich ein eingehender Bericht über die Regierungs- und Parlaments-

*) Berlin 1924, K. Vowinckel.

haltung zu den indischen Wirren. Schließlich folgt eine breite Darstellung der Vorträge der geheimrätlichen Gestalt von Rabindranath Tagore, der in verletztem Poetenselbstgefühl diese Zeit geeignet fand, um salbungsvoll, aber verschwommen über indische Philosophie und Weltanschauung, Buddhismus und vor allem sehr viel von sich selbst und etwas Weniges von Gandhi zu reden. Aber abgesehen von Einzelercheinungen ist der volle Ernst der Lage auch der britischen Linken und Labourpartei zum Bewußtsein gekommen.

Die Indienaussprache des Unterhauses vom 26. Mai 1930 stand dementsprechend auf einer in größeren Versammlungen seltenen Höhe der Gesichtswite und des Verantwortungsbewußtseins, in dem Rededuell Winterton-Wedgwood, vor allem in der stolzen Ablehnung des Zwischenrufes „daß die Regierung das schmutzige Werk des britischen Imperialismus weitertrage“, durch den Indienminister Wedgwood Benn: „die Pflicht der Labourregierung sei to carry on the government (Die Regierung durchzuhalten!) gegenüber einer Bewegung, die das Ende jeder Regierung herbeiführen müsse!“

Bemerkenswert ist, daß der führende Labourredner ausgesprochen für eine föderalistische Neugestaltung Indiens eintrat und daß Kenworthy — frisch aus Indien zurück — behauptete, von Gandhi angefangen, habe ihm jeder, den er dort fragte, zugegeben, daß eine plötzliche Übergabe der Verantwortung für die indische Regierung an Inder Anarchie, Blutvergießen und Bürgerkrieg bedeuten würde.

Auch der Schatten auswärtiger, panasiatischer Nachhilfe für das Weitertreiben der indischen Bewegung — über ein für das Weltreich mögliches Kompromiß hinaus — fiel in die Versammlung, von einzelnen deutlicher gemalt, von andern leicht genommen; auf die Umsturzschule der Sowjets in Taschkent, angeblich seit 9 Jahren geschlossen, wurde warnend hingewiesen.

Gewiß ist dieser Schatten viel deutlicher umrissen für China zu erkennen, wenn wir auch (Heft V) seine Verdichtung zu bereits durchgeformten Sowjetregierungen mit Fragezeichen versehen mußten. Am 30. Mai mußte sich ja zeigen, ob der Chinesische Sowjetkongreß sich mehr Bedeutung zu schaffen vermag, als die bisherigen panasiatischen Veranstaltungen, die als „Zellen“ beim ersten Auftreten auch ernster hätten genommen werden müssen, als die große angelsächsische, namentlich die Kolonialpresse sie nahm. Inzwischen hat sich auch hier ein Wandel vollzogen, für den z. B. „China Express & Tel.“ vom 22. Mai 1930 Zeugnis ablegt (Chinas new Menace, Red penetration of China) oder der „North China Herald“ (z. B. in der Nummer vom 15. April 1930, die auch die leider etwas flache Darstellung von Professor K. S. Inui über die Gründe von Japans Fortschritt enthält; diese Gründe hätten für diesen Fortschritt wohl nicht genügt!

„Tu-Fei“ — die chinesische Zeichengruppe, die aus der Zusammenfügung des Erdhaften, Bodenständigen mit dem dort gewachsenen Schlechten die uralte Einrichtung der Räuber sehr kennzeichnend für ein gewohntes Landesübel erklären hilft — ist eben schon mehr als einer Regierung der Gelben Erde sehr gründlich über den Kopf gewachsen. Ming-Dynastie und Chang-Tso-Lin hatten

Räubervergangenheit. Wir verzeichnen nur etwa die bevorstehende Einnahme von Changsha der Hauptstadt von Hunan, durch „Tu-Fei“, die meist Maschinen-gewehre und Artillerie besitzen; oder aufs Geratewohl aus der Tagespresse (einer einzigen Nummer vom 29. April 1930 der North China Herald) heraus: Aus-mordung der Kleinstadt Shanshikow, Changhsing, Chekiang mit 400 Toten; Seeraub zwischen Kashing und Huchow bei Shanfoochiao an zwei Waffenvorrats-dchunken der Wasserpolizei, die ihre Vorräte preisgab; Kampf bei Pinghu; Fluß-kampf bei Wan San Chiao und noch an zwei andern Stellen in Chekiang; Banden von 3000 Mann in Nordanhui; 3000 rote Bauern plündern ein Dorf vor den Toren von Chu Chi; in der Kleinstadt Chingsucheng wurden am 26. April mehr als 1000 Einwohner getötet, 1000 weitere geplündert! Das ist eine von mehr als zehn im gleichen Zustand befindlichen Großlandschaften eines Reiches, in dem gewiß immer Raub, Verschleppung und Unruhen vorkamen, aber doch nicht so an der Tagesordnung waren. In Hankau allein treiben sich etwa 20000 „abgekommene“ Soldaten herum; die öffentliche Sicherheit des Han- und Yangsetales ist entsprechend.

In Kwangtung wurde die Zahl der organisierten Räuberbanden oder Raub-gesellschaften auf im ganzen 35 mit mehr als 40000 wohlbewaffneten Mitgliedern von der — Regierung geschätzt! Kein Wunder, daß sich Indochina unsicher fühlt!

Die amerikanische Missionärin Miß Gemmell berichtet, daß die an der Grenze von Kiangsi und Hunan herumgeschleppten Missionäre unter Anleitung von jungen, in Moskau ausgebildeten Studenten herumgezeigt worden seien, mit fol-genden Anschuldigungen: 1. Missionäre seien Imperialisten, Agenten ihrer Heimat-länder und Pfadfinder für Geschäfte. 2. Sie seien Kapitalisten und nehmen dem Volke sein Geld. 3. Sie führten das Volk durch religiösen Aberglauben in die Irre. 4. Sie hätten eine kulturelle Invasion bewirkt und ihre Anhänger dazu durch ihre täuschenden Worte gewonnen. 5. Sie hätten das beste Land in der Stadt genommen und das schlechte dem Volk gelassen.

Das sind schlimme Vorzeichen, gewiß. Und wir könnten sie noch ins Un-gemessene vermehren; wir wissen, daß China seinen Weg in die Freiheit teuer, furchtbar teuer bezahlt. Viel teurer, als wenn es ihn z. B. zur Taipingzeit durch „Ko-Ming“ Mandatswechsel der Dynastie oder unter dem armen Kaiser Khwang-Hsü vor Yüan-Shi-Kais Verrat auf japanischem Wege gefunden hätte. Aber das Entscheidende ist: es will ihn lieber unter tausend Schmerzen aus eigener Kraft, auf von Asiaten oder von wirklich redlichen Beratern gezeigten Wegen, als auf solchen Pfaden, die ihm Fremdgewalt und fremde Ausbeutung vorzeichnen möchte.

Darum wird es allerdings eher die vielleicht sehr zweifelhafte und sicher wenig uneigennützige Hilfe der immerhin mit ihrer asiatischen Seite verwandt empfun-den Sowjets annehmen, als daß es sich in ein Ausbeutungssystem hineinzwingen ließe, dessen Wirken es an Mitteleuropa wahrnimmt. Durch die ungeheure Schuld der kolonialen Westmächte Europas und ihrer USAmerikanischen Freunde hat

die panasiatische Bewegung ihre jähe Wendung zu revolutionärer Entwicklung um jeden Preis genommen; und nun treibt allerdings auf dem Wege zur Selbstbestimmung, so, wie die asiatischen Mächte ihn verstehen, ein Keil den andern, namentlich der chinesische den indischen und der indische den chinesischen. Wer kann es Moskau verübeln, wenn es — in der wenig wahrscheinlichen Wahnvorstellung eines vom Imperialismus gegen die Sowjets gebrauten Krieges befangen — mit Sachverständnis an diesen Keilen schiebt, da, wo es gerade seinen Vorteil zu erkennen glaubt, wie in der Rothemdenbewegung um Peschawar (viel ernster, als die anglo-indische Presse zugab), und dann auch natürlich im Zwischengebiet, der Übergangslandschaft Hinterindiens, Indochinas. Auch hier beginnt Frankreich den Ernst zu sehen, dem man sich dort lange verschlossen hatte. Welcher Angehörige der kolonialen Herrenmächte lebt denn noch weiter in Singapore, in Saigon, wer fährt noch mit der Yünnanbahn durch das „Todes-tal“, wenn die Farbigen auch nur einige Tage lang die niedersten hygienischen Dienste zu leisten aufhören, wenn die 25 (nicht 20) Millionen Indochinas passiven Widerstand im indischen Stile handhaben lernen, und China und Indien nebenan nicht ruhig, sondern in wilder Bewegung sind? Hier heißt es: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die kolonialpolitisch angeblich führenden Staatsmänner nämlich!

Endlich — zwei Jahre zu spät — ist der zweibändige, karten- und zahlenreiche, aber leider ideenarme Bericht der Simon-Kommission — eine Fundgrube geopolitischer Einzelinformation — erschienen (Auszug u. a. Times vom 10. Juni 1930). Er wird trotzdem eines der denkwürdigsten Schriftstücke der Weltgeschichte sein; denn die Zeitspanne zwischen seinem Entstehen und seinem Erscheinen wird wahrscheinlich später als diejenige angesehen werden, in der das britische Weltreich und Indien an einer evolutionären Lösungsmöglichkeit mit gegenseitigem Verstehen vorübergeglitten sind. „Das politische Denken Indiens fühlt sich versucht, die Geschichte abzukürzen.“ Ja, das tut jede Revolution! Sonst könnte sie sich ja evolutionär abrollen.

Hier liegt das Grundübel der Unmöglichkeit dauernder Verständigung zwischen ozeanisch, insular und kontinental nicht nur denkenden — das wäre ausgleichbar! — aber empfindenden, triebhaft handelnden Menschen. Sicher hatten viele in England, darunter kein geringerer als Lord Curzon, recht, als sie in der Verlegung des Machtmittelpunkts von Kalkutta nach Delhi den Anfang vom Ende sahen. Die Eigenart des Indienberichtes der Simon-Kommission bestätigt uns nur in dem entscheidenden, schon an der Jahreswende 1929/30 ausgesprochenen Urteil (Geopolitik I/30).

Die Schwierigkeiten, die einer gewaltlosen Umwandlung des indischen Kultur- und Volksbodens zur Grundlage einer sich selbst bestimmenden Lebensform entgegenstehen, die der Simonbericht breit und selbstgefällig betont, die kennt in Indien und sonst in der Welt jeder, der sich mit dem großen Ziel beschäftigt. Fast 5 Mill. (4.7) Quadratkilometer, mit heute mehr als 325 (nicht 119) Mill.

Menschen bedeuten schon nach Raumweite und Bevölkerungswucht ein Kontinentalproblem — keine Reichs- oder Länderaufgabe mehr! Neben den unmittelbaren Besitzungen der Krone sind ihm unter den verschiedensten Abstufungen von „Sicherheit“ 600 (562) Staaten von Reichs- und Länderformat bis zum Dorfverband eingefügt, in fünf großen Sprachen und 222 Mundarten redend, in sieben große Religionen zersplittert, eine davon in 2300 (freilich übertriebene Nuancen) Kastenscheidungen abgeteilt; meist Analphabeten (80%) zu 71% landgebunden, deren Vertreter aber zur Zeit nur 1 Million von den 325 wählen darf! Das alles wissen wir, weiß Indien; aber es wollte nicht die Schwierigkeiten, sondern den kongenialen Weg zu ihrer Überwindung von dem klugen Simon erfahren — andernfalls, ihn selbst suchen dürfen!

Noch ein paar Nebenfrüchte neben dieser wichtigsten vom Baume zu später Erkenntnis: zur indischen Länderfrage hat der Maharaja von Bikanir in einer Rede (Hauptinhalt: Week, 22. Mai 1930 S. 123) das ganze Programm der Fürstenländer aufgerollt, aus dem hervorgeht, daß deren Herrschermehrheit endgültig eine antinationale Stellung einnimmt, so daß auch hier die Bahn zu völlig revolutionären Entwicklungen nach Moskauer Wünschen frei wird — schon dadurch, daß — bei der Mißwirtschaft der meisten indischen Fürstenstaaten — die britische Krone mit einer Verantwortung belastet wird, die keine Krone auf die Dauer trüge. Carsun Chang bringt in der „Tatwelt“ 1930, Heft 1, S. 25 einen Aufsatz über „Philosophisches Ringen im heutigen China“, der nach den übrigen Nachrichten das äußerste Maß dessen darstellt, worauf sich noch eine westöstliche Synthese begründen und hoffen ließe. Von dem Grad der Entwurzelung, der jenseits davon beginnt, macht man sich in unserer, zu sehr vom Bild einer vergangenen chinesischen Kultureinheit befangenen Geisteswelt offenbar keine Vorstellung. Wir empfehlen deshalb diese Nummer der Tatwelt unsern Lesern angelegentlich — auch zur geopolitischen Schulung! — Friedrich Otte behandelt in Heft 2 der Zeitschrift für Politik mit seiner ganzen Sachkenntnis das Problem: „Chinesentum im Ausland“. Es ist (S. 117—135) auf wenigen Blättern eine Klarlegung des wichtigsten Hebels, mit dem die jungchinesische Bewegung auch in der Umwelt der achtzehn Länder auflockernd wirkt. Besonders wertvoll scheint mir der Hinweis auf den Südnord-Gegensatz und die daran geknüpften völkerpsychologischen Bemerkungen über die dadurch eintretende Begrenzung der chinesischen Gefahr, die freilich auf die Südnachbarn um so stärker rückschlagen wird. Das Maiheft der „Pacific Affairs“, wieder außerordentlich gehaltvoll, präludiert in seinen wichtigsten Stellen den USAmerikanischen Stimmungswandel zu einer äußerlichen Freigabe und zum Zollausschluß der Philippinen, unter Festhalten der Seemacht- und Wirtschaftsstellung der Vereinigten Staaten. Es ist in diesem Fall sehr vorteilhaft für eine autarkische Zollausschlußbewegung gegen südostasiatische Tropengüter, sich in den erhabenen Mantel moralischer Verpflichtung hüllen zu können. Zugleich scheiden damit die USA. aus der gemeinsamen Kolonialfront aus!

Die verdienstvolle Arbeit von Otte über das Auslandchinesentum, aber auch F. M. Keesings: „Government of Pacific Dependencies“ Pacific Affairs, 1930, Heft 5 S. 448—459) verraten, wie schwierig es ist, für dynamische Betrachtung der indopazifischen Fragen gleichwertiges Zahlenmaterial zu erlangen, namentlich gegen Ende der zehnjährigen Zählungsperioden, die sich langsam in weiten Erdräumen durchgesetzt haben. Immerhin zeigen S. 453 und 454 mit ihren Zahlen die Größe des Gegenstandes der abhängigen pazifischen Gebiete (Pacific dependencies) und die Gefahr für die zurückbleibenden Herrenvölker, wenn die Vereinigten Staaten mit ihrer Wucht aus der Verantwortung für die Niederhaltung von 83½ Mill. Farbigen ausscheiden, und es den ohnehin in die Klemme gekommenen Westmächten, den Niederlanden, Portugal und dem allein noch in Betracht kommenden Japan überlassen, dem gemeinsamen gelben und braunen Auftrieb, mit Sowjetzusatz standzuhalten. Die Frage: Wohin gehst du, Japan? in diesem Falle — schon einmal von Rabindranath Tagore in vollendeter Form gestellt — drängt sich ohne weiteres auf!

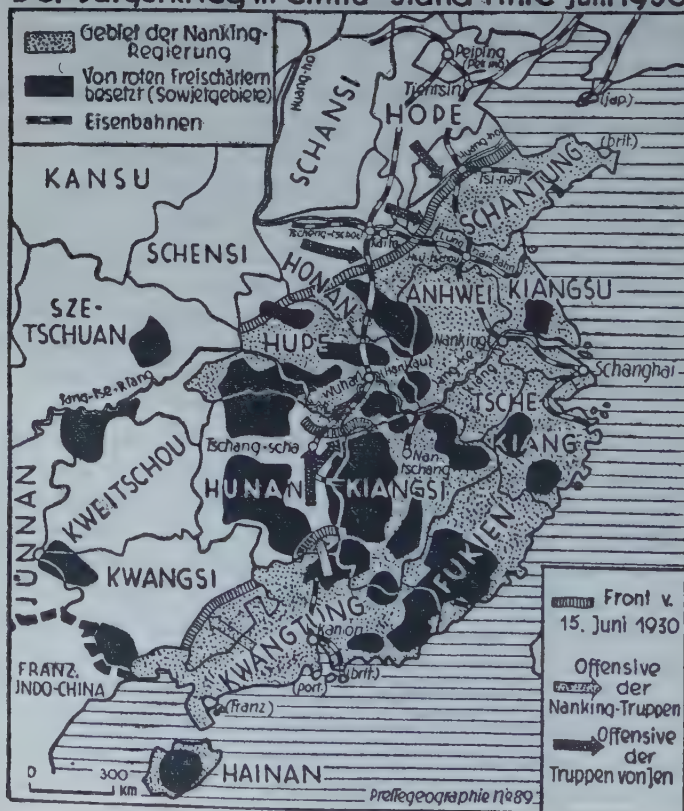
Freilich sind die Zahlen von Keesing veraltet und im niederländisch-indischen wie im französischen Fall auf mindestens je 1—3 Millionen höher, mit in ganzen wohl 75 Millionen anzusetzen. Bedeutsam ist, daß darunter in den pazifischen Machtbereichen schon 540000 Inder neben 3165000 Chinesen und 155000 Japanern stecken: ein Anhalt für die mögliche Beimengung panasiatischen Sprengpulvers auch hier! Das gibt zwischen indischer und chinesischer Wandervitalität ein ähnliches Verhältnis, wie es jüngst auf Malaya festgestellt wurde. Der chinesische Wanderdruck ist etwa vier- bis fünfmal größer. Dafür fällt er an einzelnen Stellen, wo der indische noch vorkommt, infolge der auch in dieser Frage größeren rationalistischen Konzentration der Ostasiaten, ganz weg, so in Ost- und Südafrika; darüber finden wir in der Rundschau des von Dr. Hanisch vorzüglich geleiteten „Deutsch-Afrikaners“, Pretoria Nummer vom 24. April, mit der Darstellung der Folgen eines selbständigeren Indiens für die Zukunft Südafrikas, Ausführungen, die vom südafrikanischen Standpunkt sicher sehr beherzigenswert sind.

Den ungeheuren weltanschauungsmäßigen Unterschied zwischen panasiatischen auch allindischen Gedankengängen und dem „Paneuropa“, das die Antworten auf Briands Vorschläge zum 15. Juli enthüllen werden, bezeichnet vielleicht am besten die Rede von Pandit Jawaharlal Nehru über die indische Minderheitsfrage (Wortlaut: „Young India“, abgekürzt „Week“ vom 22. Mai 1930, S. 120). „Die Geschichte Indiens und der Länder Europas hat gezeigt, daß es in keinem Lande ein haltbares Gleichgewicht geben kann, so lange ein Versuch gemacht wird, einer Minderheit Gewalt anzutun oder sie zur Anpassung an die Wege der Mehrheit zu zwingen. Es gibt keinen sichereren Weg, den Stimmungswiderstand einer Minderheit aufflammen zu lassen und sie dem Rest der Nation fernzuhalten, als sie fühlen zu lassen, daß sie nicht die Freiheit habe, ihren eigenen Weg zu gehen. Unterdrückung und Zwang können niemals eine Minderheit überwältigen,

sie werden sie nur selbstbewußter und entschlossener machen, ihr Eigenstes wert und fest zu halten.“ Dann folgt ein Hinweis auf den Leidensweg Rußlands bis zur — immerhin noch unvollkommenen — Einsicht in diese Tatsache. Endlich ein Grundrechtszugeständnis an Moslims, Sikhs, Parsi, Anglo-Indier und Eurasier, für religiöse, kulturelle, linguistische und Erziehungsfreiheit, mit der Bitte um „bona fides“ für ein freies Indien!

Gewiß führt ein weiter Weg von einem so edlen Vorhaben zur Verwirklichung; aber doch sicher ein noch viel weiterer von der stumpfen Anerkennung des 51 proz. Mehrheits-Aktienpakets und seiner brutalen Zwangsgewalt, auf die nach westlicher Demokratie-Interpretation Paneuropa gebaut werden soll. Dann werden manche lieber auf einer Halbinsel eines wenigstens die Grundsätze des indischen Revolutionärs anerkennenden Eurasien, selbst im panasiatischen Sinne, leben wollen, als in der absoluten Mehrheitsklaverei eines zwangsfriedlich geklitterten Paneuropa!

Der Bürgerkrieg in China / Stand Mitte Juni 1930



OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Chile im Jahre 1929. — Wirtschaftslage Argentinien. — Bolivien. — Brasiliens Einwandererfrage. — Luftverkehr zwischen Europa und Nord- und Südamerika. — Vereinigte Staaten (Ausfuhr. — Zollvorlage. — Arbeitslosigkeit. — Frage des Verbrechens und Strafvollzug. — Londoner Flottenabkommen. — Briands Europaplan).

Der neue „Jahresbericht der Deutschen Handelskammer Valparaiso“ liegt vor und gibt einen Überblick über Chile im Jahre 1929. Auf außenpolitischem Gebiet wird die Lösung der Tacna-Aricafrage als eine große Erleichterung bezeichnet. Innerpolitisch ist keinerlei entscheidende Änderung eingetreten. Den Bestimmungen, die die verworrenen Eigentumsverhältnisse im südchilenischen Kolonisationsgebiet regeln sollen, wird eine nicht geringe wirtschaftliche Bedeutung beigemessen. Auch Gesetze, die die Exportkontrolle betreffen, werden in der Hinsicht bewertet. Vor ihrer Verschiffung sollen die Landesprodukte auf die Qualität hin geprüft werden. Es ist so der Wille der Regierung deutlich zu erkennen, durch moderne Gesetze und Verordnungen die inneren Wirtschaftsverhältnisse Chiles zu festigen und zu regeln. Im Staatshaushalt ist hinsichtlich der Beschaffung der Mittel für den Staat eine weise Beschränkung eingetreten. Es ist bekannt, daß sich Chiles Staatshaushalt zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die Salpeterzölle stützt. Im Jahre 1928 wurden 22,80%, im Jahre 1929 22,30% der Totaleinnahmen des Staates von den Eingängen der Salpeterzölle bestritten. Für das Jahr 1930 ist aber diese Beanspruchung der Salpeterzölle auf 14% herabgesetzt worden, woraus deutlich zu erkennen ist, daß der Staat in höherem Maße als bisher unabhängig sein will von den schwankenden Werten der Salpeterausfuhr. Nach Aufnahme von Anleihen in Nordamerika und Europa ist Chile an den Ausbau von Eisenbahnen, Straßen und Häfen und an die Errichtung öffentlicher Gebäude gegangen. Das bewirkte eine Belebung im Baugewerbe und in den von diesem in Nahrung gesetzten Industrie- und Handelszweigen und führte allmählich zu einem Geschäftsaufschwung schlechthin. Jeder Monat des Jahres 1929 hatte dementsprechend eine höhere Einfuhr als der des Vorjahres. Die Totaleinfuhr war um ein Drittel im Vergleich mit dem Vorjahr gestiegen. Besonders war der Import von Transportartikeln mit 43 proz., von Metallen mit 53 proz., von Maschinen und Handwerkszeugen mit 65 proz., Zement mit 143 proz. und Textilien mit 27 proz. Erhöhung gegenüber dem Vorjahr angewachsen. Dieser Importsteigerung steht aber nur eine Ausfuhrsteigerung von 16,2% gegenüber. Es wurden eingeführt Waren im Werte von 1601 Mill. Pesos, ausgeführt solche im Werte von 2283 Mill. Pesos. Der Ausfuhrüberschuß beträgt also 682 Mill. Pesos. Er ist geringer als der vorjährige (764 Mill. Pesos), aber größer als der von 1927 (517 Mill. Pesos). Der Anteil des Salpeters an der Ausfuhr ist im Vergleich mit dem Vorjahr gesunken von 51% auf 46%, während der der Erze und Kupferbarren von 33% auf 42% gestiegen ist. Beachtliche Rückgänge haben auch die Produkte der Forst- und

Landwirtschaft (von 13% auf 11%) und die ganze übrige Ausfuhr (von 3% auf 1%) erlitten. Die aktive Handelsbilanz verbürgt aber durchaus nicht eine aktive Zahlungsbilanz, da die Beteiligung des ausländischen Kapitals an den Hauptausfuhrprodukten sehr groß ist, so daß nur ein relativ kleiner Gewinnanteil im Lande bleibt. Die gesunde Entwicklung muß dementsprechend auf eine Entfaltung der rein nationalen Produkte ausgehen. 1928 sind z. T. in diesem Zusammenhange die Zollsätze zum Schutze der nationalen Industrie erhöht worden, was sich natürlich empfindlich im Importgeschäft bemerkbar gemacht hat. Das hat sich besonders bei Textilien, Papier, Kleineisenwaren, Hausstandsartikeln, chemischen Artikeln ausgewirkt. Auch die Bevölkerung ist davon in Mitleidenschaft gezogen, weil sie heute Produkte von der teuren nationalen Industrie kaufen muß, die früher billiger importiert werden konnten. Eine starke Belebung der Industrie ist jedoch unverkennbar, die freilich nicht allen Bedürfnissen zu entsprechen vermochte. Eine rege Tätigkeit haben auch die Banken entfaltet, während sich in der Börse die allgemeine Weltwirtschaftslage gespiegelt hat. Die Lage der Landwirtschaft war infolge der allgemeinen Preissenkung auf dem Weltmarkt nicht günstig, geradezu äußerst ungünstig. Infolge der Ausdehnung Chiles über die verschiedensten Klimate erleidet dieser letzte Hinweis aber sofort eine wesentliche Modifikation, sobald einzelne Ausschnitte des Staates betrachtet werden, worüber der Bericht im einzelnen Auskunft gibt.

Im Gegensatz zu Chile hat sich die Wirtschaftslage Argentinien, das seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur nach als vorwiegend agrarisches Land in ganz anderer Art von der allgemeinen Weltlage abhängig ist, im Jahre 1929 stark verschlechtert. Die Weltmarktpreise und die ungünstigen Ernteverhältnisse kamen dabei zusammen. Auch der Zufluß ausländischen Kapitals nach Argentinien stockte, so daß dieses, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, in steigendem Maße zur Goldausfuhr schreiten mußte. Trotzdem verschlechterte sich der Pesokurs. Eine Möglichkeit, den Kurs zu bessern, wird nur in einer größeren Anleiheoperation durch die Regierung gesehen. Die Ausfuhr hat sich um 9,6% gegenüber dem Vorjahre verringert. Die Einfuhr dürfte gegenüber dem Vorjahre dagegen gestiegen sein; doch liegen noch keine abschließenden Zahlen vor.

In Bolivien hat ein bedeutender Zinnpreissturz auf rund 175 je Tonne die allgemeine Wirtschaftslage sehr beeinflusst. Kleinere Zinngruben mußten ihren Betrieb einstellen, während die größeren Gesellschaften, die mit billigen Arbeitskräften arbeiten, die Produktion vermehrt haben. 80% der Erhöhung entfiel allein auf die „Patiño Mines“. Da die Gewinne der großen Gesellschaften zum nicht unwesentlichen Teil nach dem Ausland gehen, so hat die Produktionssteigerung den Ausfall der kleinen nicht wettzumachen vermocht. Rückgang der Staatseinnahmen war die Folge. Boliviens Schuldendienst ist bedeutend angewachsen. Er macht beinahe die Hälfte des ganzen Haushaltes, zwei Fünftel des Ausfuhrüberschusses, aus. Man kann eine solche Finanzlage des Staates nicht als sonderlich gesund bezeichnen. Die Ausfuhr ist unter dem Einfluß der skizzierten Wirt-

schaftslage dem Werte nach erheblich zurückgegangen, aber auch die Einfuhr ist kleiner geworden. Die Menge der ausgeführten Mineralien ist erheblich größer geworden, und auch ihr Wert ist gestiegen, aber natürlich nicht in dem Maße wie das Gewicht. Die wichtigsten das Wirtschaftsleben betreffenden innerpolitischen Ereignisse sind in der von Kemmerer vorgeschlagenen Finanzreform zu sehen, die im Jahre 1929 durchgeführt worden ist: 1. Umformung des „Banco de la Nación Boliviano“ in den „Banco Central de Bolivia“, der als Zentralbank des Landes arbeitet mit der Aufgabe, Währung und Kreditverhältnisse zu festigen, 2. die Inkraftsetzung des allgemeinen Bankgesetzes, das allerdings das Geschäft der ausländischen Banken recht erschwert, und 3. die Inkraftsetzung des Münzgesetzes. Die Mindestgolddeckung für Banknoten und Depositen ist auf 50% festgesetzt. Man sieht der Wirksamkeit dieser Finanzstelle mit vollem Vertrauen entgegen. Allerjüngst kam die Meldung von einer Revolution in Bolivien, über deren Ausmaß und Tendenz aber noch nicht geurteilt werden kann.

Von Brasilien sind noch keine deutlichen Wege eingeschlagen worden, die aus der mißlichen Wirtschaftslage herauszuführen vermöchten. Eine der brennendsten Fragen für eine künftige gedeihliche Entwicklung dieses Landes ist ohne Zweifel die Einwandererfrage. Ein kleines Heftchen des preußischen Regierungsbaumeister a. D. Rudolf Kolde, der sich in São Paulo eine Bauunternehmerfirma geschaffen hat, wirft ein helles Licht auf diese Verhältnisse. Es entnimmt dem „Boletim do Departamento Estadual do Trabalho“, São Paulo 1928, eine Statistik über die Einwanderung nach São Paulo über den Hafen von Santos. Daraus ergibt sich, daß in den Jahren 1920—1926 22 627 Personen aus Deutschland eingewandert sind. In der wesentlich längeren Spanne von 1908—1919 waren es nur 7571. In dem ersten Zeitabschnitt sind aber auch wieder ausgewandert 10 242 (über Santos), so daß nur 12 385 in São Paulo blieben. Etwas anders gestaltet sich der Wandererfolg für Brasilien, wenn man die Einwanderung über Santos aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien betrachtet, die zu einem nicht unwesentlichen Teil eine deutsche Einwanderung ist. Von dort her sind in den Jahren 1920—1926 68 623 eingewandert, und nur 15 159 zurückgewandert, so daß 53 464 in Brasilien blieben. Nimmt man für die größere Spanne von 1908—1926 zu den zuletzt genannten Herkunftsländer noch Spanien und Portugal, Italien, Japan und alle anderen Länder dazu, so ergibt sich aber wieder eine erhebliche Abwanderung von 46 486 der im ganzen 829 788 Eingewanderten, so daß Brasilien bedeutend weniger als die Hälfte der Eingewanderten, nämlich 364 932 verblieben. Kurz ausgedrückt heißt das: die Hälfte der Eingewanderten findet keine neue Heimat, findet nicht das, was sie sucht. Daß auch hier Wege, um das abzustellen, gesucht werden müssen, ist klar. Das zu tun, ist aber bestimmt nicht die Aufgabe eines deutschen Reichsministeriums für Auswanderung, wie Kolde fälschlich annimmt, sondern Brasiliens. Auch aus Brasilien wird eine Aufstandsbewegung im Staate Parahyba gemeldet, auf die aber ebenfalls erst im nächsten Bericht eingegangen werden kann.

Über den Luftverkehr zwischen Europa und Nord- und Südamerika hat Eckener interessante Mitteilungen gemacht. Die neue Fahrt des „Graf Zeppelin“ habe seine Erwartungen durchaus bestätigt. Doch Pernambuco müsse als der südlichste Punkt an der atlantischen Küste Amerikas angesehen werden, bis zu dem ein regelmäßiger Luftschiffverkehr angebracht sei. Weiter im Süden seien für einen Transatlantikverkehr die Witterungsverhältnisse zu ungünstig. Darum müsse Pernambuco zur Umschlagstelle ausgebaut werden, wo Personen und Güter auf andere Luftschiffe umzuladen seien. Bei der Abfahrt von New York erklärte Eckener, daß er hoffe, daß im Herbst ein fünftägiger Dienst von beiden Seiten des Ozeans mit 3 Luftschiffen für je 24 Passagiere und 20 t Fracht und Post aufgenommen werde.

Das Handelsdepartement der Vereinigten Staaten hat bekannt gegeben, daß die Ausfuhr amerikanischer Produkte in den ersten vier Monaten 1930 im Vergleich mit dem Vorjahr um 20% zurückgegangen ist. Bei Automobilen beträgt der Rückgang sogar 50%. Niemals ist der Verkauf amerikanischer Waren in den entsprechenden Monaten so schwach gewesen wie in diesem Jahr. In diesen Zahlen spiegelt sich die geringe Kaufkraft der Welt. Es könnte aber leicht sein, daß dazu der Boykott der bisherigen Käufer käme, wenn Amerika sich wirklich dazu entschließen sollte, die Zollvorlage anzunehmen. Mitte Mai hat man zwar noch, ermutigt durch die Unschlüssigkeit des gemischten Ausschusses gegenüber den strittigsten Punkten der Zollbill, der flexible tariff provision und der Farm-Debenture-Klausel eine starke Strömung im Lande gegen die Vorlage beobachten können, die um so beachtlicher war, weil die Bill bis auf diese Punkte fertig war. Es schien nicht ausgeschlossen, daß darum noch einmal ein entscheidender Vorstoß gegen die Bill unternommen werde. Sowohl die demokratische Presse wie auch republikanische Blätter griffen die Vorlage scharf an. Dazu kam der Widerspruch aus aller Welt. Damals hatten nicht weniger als 33 Staaten gegen die geplanten Zoll erhöhungen Protest erhoben. Kurz darauf hat aber die Senatsabstimmung bewiesen, daß diese Körperschaft mit knapper Majorität für die Bill eintritt. Abermals ist eine Verzögerung in der endgültigen Abstimmung eingetreten, die nicht ungenutzt verstrichen ist. Sie dürfte aber nicht verhindern, daß die Bill ohne allzu wesentliche Abänderungen angenommen wird und daß sich damit die Vereinigten Staaten mit einer Schutzzollmauer umgeben, wie sie bisher im wirtschaftspolitischen Gefüge der Welt nicht bekannt war. Hat Hoover in seinem Wahlversprechen die Erhöhung der Agrarzölle sowie den stärkeren Schutz der notleidenden Industrien in Aussicht gestellt, so haben nun die in der Wahl siegenden Republikaner ihren Erfolg ausgiebigst ausgenutzt. Das ist besonders geschehen durch die einseitige Besetzung des Ways and Means Committee des Repräsentantenhauses, das den ersten Entwurf ausarbeitete und darin nicht darauf Rücksicht nahm, ob eine Industrie der Zollerhöhung bedarf oder sie vertragen kann oder nicht. Die Industriellen des Ostens waren für die Gestaltung dieses Entwurfes vollkommen ausschlaggebend, während die Konsumenten keinen Einfluß gewinnen konnten und ebenso wenig auf die Stimmen des Auslandes geachtet wurde. Nach der Annahme durch das

Repräsentantenhaus (schon am 28. Mai vorigen Jahres) war das Schicksal der Bill tatsächlich besiegelt, trotzdem sich von da an ein langwieriger Kampf der Parteien entspann, mit dem sich die Proteste des Auslandes mischten. Zwar schienen die ersten Phasen dieses Kampfes einen anderen Weg zu weisen als den, den das Repräsentantenhaus vorgezeichnet hatte. Der Finanzausschuß des Senats nahm zunächst einige Revisionen vor, die aber den ganzen hochschutzzöllnerischen Charakter der Bill nicht änderten. Denn der Antrag Borah, die Zollerhöhungen auf die landwirtschaftlichen Artikel zu beschränken, da der Schutzzoll in allererster Linie der notleidenden Landwirtschaft zu Hilfe kommen solle, wurde mit der winzigen Majorität von einer Stimme abgelehnt. Über den Beratungen über die Ausführungsbestimmungen bildete sich allerdings eine gegnerische Koalition zwischen den Demokraten und den Insurgenten des Mittelwestens, der es zunächst gelang, eine beträchtliche Zahl von Ermäßigungen durchzusetzen. In einigen Fällen wurden sogar die Raten unter die bisherigen herabgedrückt. Auch über die Abschaffung der Flexible-Tariff-Provision und der Farm-Debenture-Klausel wurde ernsthaft diskutiert. Es kam auch während dieses Streites zu einigen Kompromissen, in denen höhere Industriezölle gegen Bedingungen eingetauscht wurden, die den Farmern genehmer waren. Aber der Erfolg dieser ganzen Entwicklung war ein kaum vorauszusehender. Der gegnerische Block wurde nicht zuletzt durch die geschickte Arbeit des hochschutzzöllnerischen Senators Joe Grundy aus Pennsylvanien gesprengt. Eine Anzahl Insurgenten des Mittelwestens traten ebenso wie Demokraten des Südens für die Hochschutzzollbewegung ein. Eine Menge der Zollermäßigungen wurden wieder umgestoßen, und unter dem Einfluß der Zollwünsche der landwirtschaftlichen Senatoren kamen über 1000 Zollerhöhungen zustande. Das war der Abschluß einer Entwicklung, wie er nur zu verstehen ist aus dem Austausch der Zollvergünstigungen unter den ursprünglichen Gegnern. Durch ihn ist die Front der Gegner endgültig gelichtet worden. So ist eine Zollbill zustande gekommen, die Tendenzen der einzelnen produzierenden Interessenten, aber sicher nicht den Konsumenten und ganz besonders auch nicht dem Staate als solchem nutzen wird. Es ist kaum anzunehmen, daß noch irgendeine bedeutendere Änderung vorgenommen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Senat die Bill anfangs Juni annehmen, und Hoover wird sie unterzeichnen. Die unmittelbaren Folgen der Annahme sind in ihrem ganzen Umfange nicht abzusehen. Wie weit das Ausland reagieren wird, mag dahingestellt sein. Es sei nur daran erinnert, daß nicht nur Europa scharfe Proteste erhob und z. T. auch mit Boykott gedroht hat, sondern daß auch die amerikanischen Staaten, voran Argentinien und Kanada, in diesen Reihen zu finden sind. Innerpolitisch wird der an sich nicht leichte Stand des Präsidenten gegenüber den Demokraten, wie aus den Stimmen der demokratischen Presse zu entnehmen ist, sehr erschwert werden. Vermutlich wird sich das schon bei den Ergänzungswahlen zum Kongreß im Herbst zeigen. Im Lager der Demokraten und Liberalen rechnet man schon mit einer sehr empfindlichen Schlappe der Republikaner bei diesen Wahlen. Ob das wirklich eintreten wird, ist abzu-

warten. Die einschneidendste Folge wird aber vermutlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten in nächster Zukunft zu sehen sein. Sie kann allein die Antwort wirklich darauf geben, ob sich das egoistische hochschutzzöllnerische Experiment in seinen Grundlagen rechtfertigen läßt oder nicht. (In der Hauptsache nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ von Mitte Mai.) Inzwischen erfolgte am 13. Juni die Annahme der Bill im Senat mit 44 gegen 42 Stimmen. Auch das Repräsentantenhaus hat selbstverständlich seine Zustimmung mit 222 gegen 153 Stimmen gegeben; und Hoover hat die Bill am 17. Juni unterzeichnet. Wir werden auf die Gruppierung der Stimmen und die voraussichtlichen Folgen des Gesetzes in dieser Zeitschrift zurückkommen.

Zum mindesten ist es im Hinblick auf die starke Arbeitslosigkeit der Vereinigten Staaten ein sehr gewagtes Experiment, wobei die Erscheinung der Arbeitslosigkeit als solche geradezu als ein „statistisches Problem“ zu bezeichnen ist, und es ist zugleich ein seit einiger Zeit auftauchendes neues Phänomen. Ein Aufsatz des „Wirtschaftsdienstes“ (Heft 20 vom 16. Mai 1930) führt aus, daß infolge des Mangels einer Arbeitslosenstatistik die Zahl der Arbeitslosen ungemein schwer zu erfassen sei. Mehrmals ist es versucht worden (1880, 1890, 1900), die Arbeitslosigkeit zu erfassen, ohne daß dabei brauchbare Werte gefördert worden sind. Auch der diesjährige Zensus wird einen neuen Versuch machen, ohne daß man solchen Zahlen einen besonders praktischen Wert beimessen darf, weil die zahlenmäßige Bewegung der Erscheinung in ihrem An- und Abschwellen dann immer noch nicht bekannt ist. Vielfach ist aber die Arbeitslosigkeit geschätzt worden. Immerhin wird gesagt werden müssen, daß bei sehr vorsichtiger Schätzung die Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr 1930 auf $3\frac{1}{2}$ Mill. zu beziffern ist. Allein es spricht viel dafür, daß die Zahl der Arbeitslosen sogar eine bedeutend höhere ist. Es werden Angaben von 5 Mill. und mehr gemacht. Die Unsicherheit, mit der die amerikanische Welt der Arbeitslosigkeit gegenübersteht, lehrt, daß sie sie noch nicht als ein Lebensproblem des Staates ansieht, daß sie sie lediglich betrachtet als eine einfache symptomatisch störende Erscheinung, der man charitativ beizukommen sucht in dem Gedanken der Prosperität, sie aber noch nicht zu einem soziologischen Problem erhoben hat. Auch mit anderen Problemen ist Amerika nicht fertig geworden, so mit der Frage des Verbrechens und des Strafvollzugs. Dauernd mehren sich die Nachrichten über die amerikanische Unterwelt, in die die Organe des Staates nicht in genügender Weise eingreifen können; und mehrfach hat die übrige Welt über Revolten in amerikanischen Gefängnissen gestaunt, wie besonders zuletzt über die im Staatsgefängnis von Columbus. Während lange die amerikanischen Gefängnisverhältnisse von europäischen Beurteilern als vorbildlich bezeichnet worden sind, ist diese Meinung in der letzten Zeit erschüttert worden. Durch die Krise der Arbeitslosigkeit ist der Strafvollzug verschärft worden, um den immer zahlreicher werdenden Vergehen zu begegnen; die Gefängnisse wurden z. T. um 50—100% ihrer Fassungskraft überfüllt, so daß sie zu einer wahren Hölle geworden sind, aus der auch z. B. bei

viermaliger Bestrafung wegen Diebstahls kein Entkommen entsprechend der Baumgesetzes mehr ist. Es ist verständlich, daß damit eine Atmosphäre entstanden ist, die zu Revolten führt, wie sie vorgekommen sind und wie sie auf eine schwere Wunde im sozialen Körper der Vereinigten Staaten hinweisen.

Noch nicht ratifiziert ist das Londoner Flottenabkommen, gegen das es im Senat an einer Gegnerschaft unter der Führung des Senators Johnson nicht fehlt, die das Abkommen gern an die außenpolitische Kommission verweisen möchte. Gewisse Stimmen aus Amerika messen dem Europaplan Briands keine besondere Bedeutung bei. Es verlaute, das Handelsamt erkläre, den Vereinigten Staaten von Europa komme keine wirtschaftlich haltbare Grundlage zu. Das möge ohne Kritik hier wiedergegeben werden.

OTTO HOETZSCH:

Ist deutsche Außenpolitik möglich?

Der Aufsatz von Hans Zehrer „Ist eine deutsche Außenpolitik überhaupt möglich?“ (im Januarheft dieses Jahrgangs) hat in- und außerhalb des Kreises unserer Leser die Beachtung gefunden, die er verdient, die Diskussion entzündet, zu der er aufrufen wollte.

Um diese Auseinandersetzung auch im Rahmen der „Geopolitik“ abzurunden, haben wir Herrn Professor Dr. Otto Hoetzsch, MdR, gebeten, die Ausführungen Hans Zehrer von der Seite des praktischen Politikers aus zu beleuchten. Wir glauben, daß sein Eingehen auf die greifbaren Möglichkeiten der allernächsten Zukunft bei der grundsätzlichen Übereinstimmung mit den von Hans Zehrer gezeigten Fernzielen unsere Leser zu geschärfter Beobachtung der gegenwärtigen, sehr aufschlußreichen außenpolitischen Lage in Europa anregen wird.

Die Verneinung dieser Frage schlechthin wird zumeist einfach mit dem Hinweis begründet, daß zur Außenpolitik eines Staates Macht gehöre und daß aus Mangel an realer Macht Deutschland eben nicht in der Lage sei, eine „eigentliche“ Außenpolitik zu führen, sondern unter diesem Namen nur ein Zwischen-ding, irgendeinen notwendigerweise unzulänglichen Ersatz betreibe. Das ist unbestreitbar, führt uns aber in unseren Gegenwartsnöten und -aufgaben nicht weiter. Der Verfasser des gleichbetitelt Aufsatzes in Heft 1 dieser Zeitschrift, (S. 20 ff.) Hans Zehrer, macht sich die Antwort nicht so leicht. Er begründet seine glatte Verneinung der Titelfrage geistreich, ideologisch sehr weitgreifend und dadurch sowohl überzeugend, als das Thema selbst dann fast bis in das Nichts verflüchtigend.

Zugegeben, daß sowohl das einheitliche Nationalgefühl, wie die notwendige Raumvorstellung heute bei uns fehlen, die zu einer wirklichen Außenpolitik notwendig wären. Das dazu Gesagte regt jedenfalls, auch wenn man es nicht in jedem Punkte unterschreibt, sehr zum Nachdenken an. Aus dem Fehlen der notwendigen Raumvorstellung ergibt sich im Zusammenhang mit der mangelnden

realen Macht noch mehr das Fehlen ganz klar umrissener und praktisch in absehbarer Zeit wirklich erreichbarer Ziele einer deutschen Außenpolitik. Hinzuzufügen wäre, daß, selbst wenn alles das vorhanden wäre, heute ja auch noch die Machtkonstellation um uns herum fehlt, die auch notwendig wäre, um eine Außenpolitik mit Bismarck'schen Zielen und Erfolgen zu betreiben. Selbst wenn wir zur Führung der Außenpolitik heute den Bismarck hätten, den wir nicht haben, wäre für seine erfolgreiche Wirksamkeit ja heute eine ganze Reihe absolut notwendiger Voraussetzungen einfach nicht vorhanden.

Aber ist mit einer Beantwortung, wie sie im Zehrer'schen Aufsatz schließlich rein negativ gegeben wird, die Frage selbst nicht allzu sehr und einseitig erledigt mit Mängeln ideologischer Voraussetzungen, die notwendig wären? Verschwindet dahinter, auch hinter den Hinweisen der letzten Seite auf die Jugendbewegung, die Kultur, die Wirtschaft, auf Mitteleuropa und seinen Raum, verschwindet damit nicht, um gleich das erste für meine Auffassung zu sagen, beinahe vollständig der Staat Deutschland selbst? Er ist uns nicht so frei und so stark genug, wie wir ihn wünschten, aber wir haben ihn. Er steht da als die Rechts- und immerhin auch die Machtorganisation unseres Volkstums, des Teiles unseres Volkstums, der im heutigen Reiche zusammengefaßt ist. So ist er mit all seinen Mängeln, Behinderungen, Krankheitssymptomen doch ein Lebewesen, und so ist selbstverständlich für ihn die Betätigung nach außen, also die Außenpolitik möglich und notwendig.

Mir ist im Gegensatz zu Hans Zehrer der Ausgang immer die staatliche Zusammenfassung meines Volkes, die an schicksalsmäßig gegebener Stelle, in der Mitte Europas liegt. Sie wird trotz ihrer Machtlosigkeit, von den Wandlungen der großen Politik und der Staatenbeziehungen jedenfalls Europas betroffen, aber bei der engen Verschlingung Amerikas mit Europa auch der Staatenbeziehungen mindestens eines erheblichen Teiles auch der übrigen Welt.

Deshalb gehe ich auch aus von der damit gegebenen Lage des Staatensystems, wie sie ist, und projiziere ich nicht in diese gegebene Lage den Begriff Mitteleuropa, des mitteleuropäischen Raumes oder ähnlicher Fassung herein, wie ihn Zehrer vertritt und wie ihn ähnlich ja auch geistreich, systematisch und konsequent Martin Spahn vertritt.

Man mißverstehe mich nicht, und zwar nicht nach zwei Richtungen. Selbstverständlich ist mir das Staatensystem in Europa von heute, bestimmt nach den Pariser Friedensverträgen, durchaus nicht eine für alle Zeit feststehende Größe, wie die französische Politik das faßt und erhalten will. Wie alle anderen Deutschen, erschene auch ich eine Veränderung dieses Staatensystems in unserem Sinne und suche ich nachzuspüren den Veränderungen in der weltpolitischen Kräfteverteilung, die dieses Sehnen und Arbeiten auf unserer Seite draußen im Sinn sich verändernder Machtkonstellationen unterstützen könnten. Das ist das Thema meiner (jetzt in 5. Auflage erschienenen) Schrift: „Die weltpolitische Kräfteverteilung seit den Pariser Friedensschlüssen“. Aber ausgehen müssen die Spekulationen über deutsche Außenpolitik von dem Staatensystem und Staatenbild, wie es da

ist. Ausgehen können sie nicht von einem Raumbild, das der Wunsch und die Konstruktion auf die Karte in Mitteleuropa zaubert, ohne irgendwie sagen zu können, wie sich das ohne eine vollständige Umwälzung des heutigen Staatensystems verwirklichen solle, und weiter, wie selbst in diesem Falle das möglich sein solle bei der Vielheit von Volkstümern, die dafür in Frage kommen, ihrer schon gegebenen eigenen sozialen Struktur und Selbständigkeit, Geistesart und dgl.

Man mißverstehe mich zum zweiten gerade zu diesem Punkte auch nicht. Aus Zehrsers Ausführungen (S. 26) geht ja deutlich hervor, daß er sich die Verwirklichung eines solchen Raumbildes zu praktisch-politischer Realität unter deutscher Führung in neuen Formen des Zusammenschlusses wohl vorstellt, über die im Einzelnen freilich nicht mehr gesagt ist, als die auch für mich selbstverständliche Forderung, daß die Verwirklichung der europäischen Idee nicht der Zusammenschluß des Kontinents unter französischer Führung sein darf.

Die politische Situation

Darum also gehe ich von der Lage aus, wie sie heute ist, also von der Vorherrschaft Frankreichs in Europa und von der englisch-amerikanischen Verständigung, von deren Konsequenz in einem anonymen Artikel dieser Zeitschrift (Heft 4, S. 294: „Prognose der Weltpolitik“) mit Recht gesagt war. „Das Forum für Europa ist wieder in entscheidender Weise nach London gelegt worden. England hat die Schiedsrichterstellung, die es immer in Europa ausgeübt hat, wiedergewonnen. Diese Stellung hat sich bisher noch stets gegen die jeweils stärkste Macht des Kontinents ausgewirkt. Und da wir von dieser Situation niemals weiter entfernt waren als heute, kann uns diese Umstellung nur angenehm sein.“

Dieser Gedankengang entspricht genau dem meinigen. Er führt weiter und führt gedanklich auch über Briands Idee schnell hinaus. Dessen Memorandum fördert gewiß die europäische Diskussion der Frage und stellt der deutschen Politik sehr bestimmte Aufgaben, denen hoffentlich die deutsche Antwort gerecht wird. Aber der Fortgang der Briandschen Anregung wird zeigen, daß sie so weder möglich ist, noch Reales schaffen kann. Und im Fortgang der Diskussion wird sicher ein sehr interessantes Moment hervortreten, das Briand selbst nicht sehen will, ja vielleicht nicht einmal sieht. Er hebt deutlich die europäischen Völkerbundsgenossen unter französischer Führung heraus: gegen das englische Weltreich, gegen das russische Reich, gegen die Vereinigten Staaten. Aber sieht er um sich herum nicht, was z. B. die Hundertjahrfeier der Besitzergreifung von Algerien so sehr zeigte, was noch stärker Tardieus Sicherheitsmemorandum auf der Londoner Konferenz lehrte, daß jenem England, Rußland, Nordamerika entgegengesetzt wird „la plus grande France“, das größere Frankreich, der französische Kolonialimperialismus, der doch jetzt recht deutlich über die Kreise der Beamten und Offiziere hinaus wächst und dem italienischen entgegengestellt wird? Wird es nicht reizvoll sein, wenn in der Diskussion über den Briandschen Gedanken in Genf im September diese Entwicklung von der deutschen Seite auch hervorgehoben wird?

Gedanklich weiter als Briands Anregung führt auch für unser Thema ein Vortrag, den im März Philipp Kerr, bekannt als früherer Privatsekretär von Lloyd George, vor dem „Royal Institute of International Affairs“ in London hielt über das Thema: „Europa und die Vereinigten Staaten, das Problem der Sanktionen.“ Bisher haben wir noch niemals von englischer Seite so scharf und deutlich den Zusammenhang hergestellt gefunden, den ich mich immer bemüht habe zu erkennen und zu verfolgen: zwischen Europa und Amerika, zwischen dem Bestreben, eine europäische Friedensorganisation zu schaffen, und dem Verhalten Amerikas dazu. Es ist genau meine Ansicht, die Kerr vertritt und die weit über die Briandsche Konzeption hinausgeht, daß nämlich die europäische Friedensorganisation von Genf völlig unmöglich ist ohne die Mittätigkeit von Amerika, daß Europa die ihm fehlende „consciousness of security“ nur in der Mitarbeit Amerikas finden kann, aber auch umgekehrt, daß Amerika selbst sich dieser Mitarbeit gar nicht mehr entziehen kann, so wenig das seine öffentliche Meinung und auch seine führende Politik begriffen haben und so sehr sie einstweilen sogar z. T. dagegen handeln.

Demgemäß sagt Kerr: „Alle Sicherheitsverträge verwirklichen doch nicht ihre Aufgabe, Sicherheit zu geben. Regionalverträge, wie die Locarnoverträge, können notwendig sein als Zwischenschritte zur Befriedung. Aber ich bin sicher, daß der einzige wirkliche Weg die Abrüstung ist, verbunden mit einer bindenden Verpflichtung aller zivilisierten Staaten der Welt, alles zu tun, was sie können, um einen Krieg am Ausbruch zu verhindern, und wenn er ausbricht, alles zu tun, um ihn zu beenden.“ Klar, aber nichts Neues!

Weiter: „Durch seine Mitgliedschaft im Völkerbund wird Großbritannien in jeden ernsthaften europäischen Streit verwickelt und kann legal und moralisch verpflichtet sein, ökonomische Sanktionen zu unternehmen, also in den neutralen Handel einzugreifen, entweder um einen Krieg zu verhindern oder um einen Angreifer in Europa zu bestrafen. Diese Tatsache verwandelt jede Krisis, wie klein sie auch sei, in eine englisch-amerikanische Krisis, in der Großbritannien entweder seine Völkerbundsverpflichtungen verletzen muß, um den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, oder die Vereinigten Staaten müssen in den Krieg eintreten, um zu erzwingen, was sie für ihre neutralen Rechte halten.“ Klar, aber wohl noch nicht jedermann in England, in Amerika oder gar in Europa selbstverständlich!

Sodann: „Artikel 16 also (der Völkerbundsakte) kann darum nur wirksam werden, wenn die Vereinigten Staaten in seiner Anwendung mitwirken oder sie zulassen. Je klarer die amerikanische öffentliche Meinung das versteht, was Artikel 16 wirklich ist, um so weniger wird sie dann Schwierigkeiten gegen seine Anwendung machen und um so klarer wird der Effekt sein, um Europa das Gefühl der Sicherheit zu geben, das es braucht.“ Klar, aber wohl noch weniger dem Amerikaner, dem Engländer, dem Europäer sonst und dem Deutschen selbstverständlich und trotzdem unbestreitbar!

Demgemäß schließt dieser wirklich konstruktive englische Staatsmann: „Das erste ist, daß Europa, der alte Kriegskontinent, die Bahn zur nationalen Sicherheit nicht durch stärkere militärische Garantien, sondern durch Entwaffnung gehen soll. Mit anderen Worten, daß der Kelloggspakt und der Völkerbundspakt, einschließlich in erster Linie der Artikel 8, 11, 16 und 19 (meines Wissens ist Kerr der erste Engländer, der diesen Artikel so in deutschem Sinne einfügt. O. H.) die wahren Grundlagen des europäischen Rechts und Friedens sind. Das zweite ist, daß die Vereinigten Staaten begreifen müssen, daß sie, wenn sie sich auch von den inneren Streitigkeiten Europas fernhalten, Frieden für sich selbst, Sicherheit für ihren Handel, oder Entwaffnung nicht durch Neutralität oder nationale Verteidigungsrüstungen erreichen können, sondern allein durch aktive Zusammenarbeit mit den Mit-Unterzeichnern, um den Kelloggspakt zu einem wirksamen Instrument zu machen, um den Ausbruch eines Krieges irgendwo in der Welt zu verhindern und um so das Gefühl der Sicherheit zu schaffen gegen den Krieg, das Frieden ist und Entwaffnung möglich macht“.

„Großbritannien aber und die Nationen des britischen Gemeinwesens sind nicht durch ihre eigene Kraft, sondern durch die Geographie das notwendige Band zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Sie sind unlöslich mit beiden verbunden und sie sollten fähig sein, auch beide zu verstehen.“

Das Programm

Diese kurze Inhaltsangabe besagt, warum Kerrs Konzeption tiefer und richtiger und für uns wesentlicher ist, als die Paneuropavorstellung Briands. Darum habe ich sie so ausführlich wiedergegeben. Sie weist zunächst einmal dem ersten Programmpunkt heutiger deutscher Außenpolitik (und nur von ihren heutigen Aufgaben und Möglichkeiten spreche ich) Wege und Richtungen: Völkerbund und Paneuropaerörterung, unter dem Gesichtspunkt der Rechts- und Verständigungsidee im eben gezogenen weltpolitischen Rahmen und Zusammenhang, der wahrhaftig für uns wesentlich ist.

Ich verlange, daß jeder, der deutsche Außenpolitik beeinflußt und über sie redet, sich diese Zusammenhänge klarmacht. Von diesem Zusammenhange aus ergibt sich — ich brauche nur das Wort Abrüstung, d. h. Rüstungsgleichheit zu nennen — ohne weiteres, was ich unter aktiverer Völkerbundspolitik verstehe, als sie bisher von Deutschland betrieben wurde und was ich in dieser aktiveren Völkerbundspolitik allerdings für möglich und erreichbar halte. Die taktischen Erwägungen in bezug auf England, in bezug auf Amerika und (nicht zu vergessen!) auch in bezug auf Rußland liegen wohl auf der Hand.

Gleich dabei darf ich ganz allgemein etwas sagen zu der Forderung einer sog. „neuen Dynamik“ deutscher Außenpolitik oder „neuer Methoden“ in ihr. Diese Ausdrücke haben so wesentliche Politiker wie die Zentrumsführer Kaas und Brüning ja gebraucht. Noch kürzlich war das auch in einigen interessanten Artikeln der „DAZ“ über „Perspektiven einer aktiven deutschen Außenpolitik“

ausgeführt. Ich sage offen, daß ich mit derlei Formeln oder allgemein konstruierenden Forderungen dieser Art in sozusagen höherer historisch-politischer Stilisierung nichts anzufangen vermag. Mir ist selbstverständlich, daß nationalpolitische Erziehung des Volkes notwendig ist, daß das beste für Deutschlands Vorteil stets herauszuholen ist, und so gut wie irgend jemand sonst kenne ich aus der intensivsten Beschäftigung mit der deutschen Außenpolitik der letzten 20 Jahre die Fehler und die Mängel ihrer Führung.

Aber nach der Forderung einer „neuen Dynamik“ fängt die Überlegung doch überhaupt erst an. Zunächst in der Aufstellung und Erkenntnis eines Staatenbildes und Weltzusammenhanges, wie ich ihn hier eben etwas umrissen habe, und mit der Forderung, die sehr wenige erfüllen, daß man dieses Weltbild konkret, wie es ist, immer vor Augen habe, in seinen Veränderungen verfolge und in diesen Veränderungen aufspüre, wo die neuen Aufgaben nicht nur, sondern Möglichkeiten deutscher Außenpolitik irgendwo auftauchen.

Allein mit dem Wunsch nach neuen Methoden und dgl. bleiben wir in den ersten Anfängen stecken. Man kommt damit nicht weiter, daß man allgemeine, absolute Programmforderungen aufstellt, die jedermann im deutschen Volke anerkennt, aber bei denen es nun erst darauf ankommt, den Weg zu ihrer Erreichung zu finden. Freilich ist, um auf einem solchen Weg auch nur zu bescheidenen Erfolgen zu kommen, nötig eine unausgesetzte Beschäftigung mit den Tatsachen der außenpolitischen Probleme, ihrem Leben und ihrer Weiterentwicklung. Das bedeutet wiederum in der Praxis, daß der Führung der Politik, also dem parlamentarischen Minister eine längere Zeit der Wirksamkeit und eine größere Möglichkeit konzentrierter Beschäftigung mit diesen verwickelten Dingen gegeben sei, als leider Gottes in Deutschland möglich ist.

Der Raum gestattet nicht, gleich ausführlich die weiteren Punkte der Möglichkeiten deutscher Außenpolitik zu behandeln, die nach dieser meiner Gesamtaufassung nun im einzelnen zu untersuchen wären. Sie liegen in den Beziehungen zum Osten, die ich (Rußland, Polen, auch unsere Osthilfe) in einem integrierenden Zusammenhange sehe und die nur verfälscht werden können, wenn man in sie etwa „die antibolschewistische Welle“, also Gefühl und Stimmung gegen ein anderes Staatssystem in einem anderen Lande, hereinträgt. Mit „abendländischer Schicksalsgemeinschaft auf Grund des Antibolschewismus“, mit der z. B. Graf Coudenhove für seinen Paneuropaplan arbeitet, wird nach meiner Überzeugung nichts für Möglichkeiten deutscher Außenpolitik gewonnen, im Gegenteil diese nur zu unserem Nachteil erschwert.

In gleicher Weise denke ich an Südosteuropa, für dessen Betrachtung und Probleme gerade in diesem Zusammenhang Hans Zehrer so ausgezeichnet in seinen Wochenübersichten der Vossischen Zeitung arbeitet. — Probleme und Aufgaben, aber auch Möglichkeiten deutscher Außenpolitik!

Und das letzte: Amerika, die Vereinigten Staaten. Möglichkeiten deutscher Außenpolitik dort? Daß Nordamerika den vorhandenen engen Zusammenhang mit

der Welt aktiver anfasse und fördere, ist unser Wunsch, ist eine Notwendigkeit für Europa. Daß die beginnende Wirtschaftskrise Amerikas, die ein Teil der jetzigen (ersten) Weltwirtschaftskrise nach dem Kriege ist, das fördert, fördern muß, stellen wir fest. Was an Möglichkeiten deutscher Außenpolitik ist da vorhanden?

Das führt gleich überhaupt zu der Frage nach Mitteln der Wirkung und des Einflusses für eine deutsche Außenpolitik. Hinter ihr stehen nicht mehr die Bataillone und die Kriegsschiffe, mit denen jederzeit einem Entschluß Nachdruck verliehen werden konnte. Ist sie darum machtlos? Wirtschaft und Wirtschaftsverbindung, Auslandsdeutschtum, Kulturpolitik, Idee und Geist, Recht und Verständigung, persönliche Wirkung des Auslandsvertreters ganz anders als vorm — nur Stichworte, aber wer sie aufnimmt und durchdenkt, kann unschwer daraus etwas wie ein System deutscher Außenpolitik, wie sie heute gedacht und gemacht werden müßte trotz allem, gewinnen.

Um bei Amerika zu bleiben: eine der wertvollsten Erkenntnisse meines Amerika-aufenthaltes im Jahre 1928 war mir die, daß trotz des größeren Raumes und der größeren Einwohnerzahl und aller Verschiedenheiten, das Volk drüben viel leichter bestimmter Führung (oder auch Agitation) folgt als in Europa und daß ein relativ sehr kleiner Kreis, den ich auf 30—40 beziffern möchte, die Vereinigten Staaten wirklich beherrscht. Durchaus nicht nur die großen Kapitalisten, nein, der Kreis der wirklichen politischen Leiter in New York und Washington, im Senat und in der Bankwelt und nicht zu vergessen in der Führung der Universitäten u. dgl. Die Konsequenz daraus ist, daß es daher dem Vertreter eines fremden Staates trotz aller Schwierigkeit wirklich möglich ist, die Ideen seines Staates und die Konzeption der Außenpolitik seines Staates den Männern nahezubringen, die wirklich Einfluß haben. Ach, wie wenig besagt dem gegenüber das übliche Reden von Propaganda, Zeitungsbeeinflussung u. dgl. mehr! Man dringe ein in die Problematik derartiger Einflußmöglichkeiten, und sieht dann, was daraus für unsere Titelfrage herauskommt, ob eine deutsche Außenpolitik möglich sei oder nicht!

Nur aphoristisch kann ich das meine hier sagen und noch kürzer hinzufügen, wie sehr für unsere Frage Überlegung und Klarheit auch notwendig ist darüber, was für eine deutsche Außenpolitik und ihre Möglichkeiten die zwischenstaatlichen Tendenzen der Gegenwart bedeuten können. Da denke ich nicht nur an Völkerbund u. dgl., sondern ebenso etwa an die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Kirchen und Religionen, wie an die zwischenstaatlichen Ideen und Tendenzen in der Wirtschaft unserer Tage. Ich stelle dazu nicht einmal in Andeutungen irgend etwas programmatisch auf, sondern stelle nur dies Problem auch in unsere Auseinandersetzung herein.

Zum Schluß: darüber sind wir einig, daß alles dies, selbst bei glänzendster Führung unserer Außenpolitik und günstigen Verhältnisse sonst, wirklich große Erfolge von heute auf morgen nicht bringen wird. In den Krisen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik, in der Krise unseres Staates und vor allem seiner Gebundenheit, unter dem furchtbaren Drucke des Versailler Vertrages und der Repa-

rationslast ist heute erst nur Zwischenarbeit und Zwischenlösung in einem Übergangszustand möglich. Große Erfolge in der Außenpolitik sind heute für keinen Staatsmann der Welt zu erzielen, am allerwenigsten aber für den des Deutschen Reiches.

Das weiß ich und damit muß sich jeder bescheiden, der die Realitäten sieht, wie sie sind. Das heißt nun nicht, daß diese Realitäten sozusagen gottgewollte, schicksalhafte Gegebenheiten seien in alle Ewigkeit oder wenigstens in eine unabsehbare Zukunft. So fest wiederum jetzt mit Youngplan, Ostreparationen und manchem anderen das Versailler Vertragssystem begründet ist, seine Schwächen und Unsicherheiten, seine Unmöglichkeiten liegen ja auf der Hand. Die Einsicht darin ist ja gerade ein so wichtiger Faktor für das Streben in England, wie namentlich in Amerika, sich möglichst von den europäischen Dingen zu differenzieren, um in sie nicht erneut verwickelt zu werden. Das ist Gefühl und Wunsch in England und Amerika, aber wir sagten schon, daß es unmöglich ist. Ein neuer europäischer Krieg, eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Italien mit den Waffen, selbstverständlich zöge sie England wie Nordamerika unweigerlich in ihren Bereich.

Also darüber kann kein Streit bestehen, daß für eine wirklich große deutsche Außenpolitik in dieser Auseinandersetzung wenig gesagt ist, weil vorerst wenig von ihr gesagt werden kann. Damit lenkt sie aber jedenfalls für mich nicht ein in die Bahn einer Meinung, daß nichts an den Dingen zu ändern sei, man sich abfinden müsse und man nur die Wege, wie sie am Schluß des Zehrschen Artikels bezeichnet sind, der Jugendbewegung, der Kultur und Kulturpolitik, der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik und natürlich der Erziehung und Schulung eines nationaleinheitlichen Gefühls und Wollens die Wege zu einer ganz im Fernen liegenden deutschen Außenpolitik bahnen müsse. Allerdings, deren Land leuchtet uns nur in der Ferne! Inzwischen aber haben wir die Wasser zu befahren, die uns zu diesen neuen Ufern führen sollen!

Ich führe dies banale Bild nicht weiter aus hin zum Steuermann, der den Kurs kennen soll u. ä. Das mühsame Vorwärtsarbeiten Schritt für Schritt entschuldigt nicht die Improvisationen und die Schwächen, die Unkenntnis des Geländes und der Staatsmänner, den Mangel an Gesamtkonzeption, Synthese und Wendigkeit, die psychologischen und die taktischen Fehler, die wir im letzten Jahrzehnt an der deutschen Außenpolitik angegriffen und bekämpft haben. Sie liegen zum Teil an unserem System der Behandlung außenpolitischer Dinge durch Regierung und Parlament. Das kann man ändern und darum muß man das ändern. Sie liegen zum andern Teil in den geschichtlich überlieferten Mängeln unseres außenpolitischen Sinnes und der außenpolitischen Erziehung. Das läßt sich langsamer nur ändern, aber die Arbeit dafür ist, so schwer sie ist, ein absolut notwendiges Gebot. Denn nur mit ihr hebt man die außenpolitische Betrachtung, Urteil und Willen in der Außenpolitik heraus über das Gefühl und das Ressentiment, über die greuliche Vermischung mit der inneren und der Parteipolitik und (nicht zu vergessen)

auch über den schrecklichen „Spieß-er-Macchiavellismus“ unserer Gegenwart. Dieser Arbeit ist auch die „Zeitschrift für Geopolitik“ gewidmet, in ihr sollten diese Zeilen zu dem Thema, ob deutsche Außenpolitik überhaupt möglich sei, nur ein bescheidener und ein notgedrungen aphoristischer Beitrag, die Anregung, zu denken und zu diskutieren, sein.

R. SCHLUBACH:

Die Erschließung der Tropen

Im Rahmen dieses Aufsatzes soll nicht darüber gesprochen werden, ob Deutschland das Recht auf eigene Kolonien beanspruchen kann oder nicht. Diese politische Frage soll nicht erörtert werden, sondern die wirtschaftliche Frage, ob und inwieweit es für Deutschland von Interesse ist, an der Erschließung der Tropen mitzuwirken. Merkwürdigerweise wird die wirtschaftliche Frage bei den Erörterungen über koloniale Fragen stets am wenigsten berührt.

Die wirtschaftliche Seite

Es mag dieses damit zusammenhängen, daß über die letztere Frage in Deutschland noch sehr wenig bekanntgeworden ist. Wenn man geschichtlich zurückblickt, so ist es sicherlich nicht als Zufall zu betrachten, daß im Altertum und Mittelalter die Tropen nicht in den Gesichtskreis der Kulturmenschheit getreten sind. Wir wissen aus der Bibel, daß zur Zeit König Salomons größere Beutezüge nach dem Süden stattfanden. Auch Alexander der Große unternahm seinen Zug nach Indien. Aber damit verschwinden die Tropen zunächst einmal wieder aus der geschichtlichen Betrachtung. Dem Zufall, daß Kolumbus anstatt an der nordamerikanischen Küste auf den Westindischen Inseln landete, kann man es zuschreiben, daß die Erforschung der Tropen im 16. Jahrhundert stärker einsetzte. Es war aber die Jagd nach dem Golde, die die Spanier und die Portugiesen, später auch die Engländer veranlaßte, an den Küsten tropischer Länder Fuß zu fassen. Denn richtige Tropenwirtschaft ist nirgendwo entstanden. Die Spanier ebenso wie die Portugiesen gründeten zwar große befestigte Städte, wie Cartagena, Havanna, Manila, und andere Plätze. Dieses waren aber nur Stützpunkte, von denen die betreffenden Länder oberflächlich beherrscht wurden. Nirgendwo finden wir Tropenwirtschaft in größerem Stile. Die Wissenschaft jener Zeiten konnte sich mit den Schwierigkeiten, die die Tropen boten, nicht abfinden. Vor allem waren es die Krankheiten,

die verheerend unter den Weißen wüteten, dadurch immer und immer wieder die Anläufe zur Tropenwirtschaft im Keime ersticken ließen. Man kam im 17. und 18. Jahrhundert, ja selbst bis ins 19. Jahrhundert hinein nur in kleinem Maßstabe in solchen Ländern weiter, wie z. B. in Cuba, Portorico oder auf den Hochländern Süd- und Mittelamerikas, wo subtropisches Klima die Arbeit europäischer Ansiedler bis zu einem gewissen Grade ermöglichte, bzw. wo europäische Herren unter Einführung von Sklavenarbeit es in den Tropen zu einer gewissen Entwicklung bringen konnten. Man kann geradezu behaupten, daß bis zum Jahre 1900 die Erschließung der Tropen durch die Europäer, d. h. mit europäischen Arbeitskräften, nur bis zu einer gewissen Grenze vorgenommen worden ist.

In den Jahren zwischen 1880 und 1890 erwarb Deutschland eine Reihe von Kolonien, die in den Tropen lagen. Mit der den Deutschen innewohnenden Gründlichkeit begann man auch sofort mit der Anlage von Tropenpflanzungen. Es kann aber ruhig gesagt werden, daß in dieser Arbeit selbst die so zähen Deutschen zunächst einmal viele Rückschläge erlitten haben. Einerseits mag dieses darauf zurückzuführen sein, daß die Deutschen nicht genügend Erfahrung im Tropenanbau besaßen, also völlige Neulinge waren, andererseits mag die Tatsache dazu beigetragen haben, daß die meisten tropischen Pflanzen, deren Bearbeitung von den Deutschen in die Hand genommen wurde, eine ganze Reihe von Jahren brauchten, um sich zur vollen Reife und Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Wenn man daher die Wirtschaftsberichte aller jener deutschen Kolonialgesellschaften verfolgt, die vor dem Jahre 1900 gegründet wurden, so wird man bei keiner von diesen Gesellschaften im Anfang irgendeine nennenswerten Erfolge, die sich in finanziellen Überschüssen äußerten, finden. Erst nach dem Jahre 1900 kam eine Reihe deutscher Pflanzungen in den Tropen, besonders in der Südsee, zum vollen Ertrage. Man wurde dadurch in den Stand gesetzt, weiter auszubauen. Der Krieg hat uns um die Erfolge jener Vorarbeiten gebracht. Aber gerade die Erfolge, die schon vor dem Kriege von den Deutschen erzielt wurden, haben uns den Beweis gegeben, daß ein Neuaufbau möglich ist.

Der Wendepunkt

Wenn das Jahr 1900 als eine Art Wendepunkt in der Erschließung der Tropen bezeichnet werden kann, so geschieht dieses aus einem ganz besonderen Grunde. Es ist kein Zufall, daß im Altertum und im Mittelalter die Er-

schließung der Tropen nicht geglückt ist. Die Spanier und Portugiesen, nach ihnen die Engländer, besaßen wohl schon das Verständnis für die Tropen, auch die Zähigkeit, die in die Hand genommenen Aufgaben durchzuführen; aber sie scheiterten zunächst einmal an der größten Schwierigkeit der Tropen, an den Krankheiten. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelang es den Ärzten, die Erreger jener fürchterlichen Seuchen festzustellen, die immer und immer wieder den größten Teil der Tropenpioniere hinwegrafften. Ganz besonders waren es die verschiedenen Arten der Fieberkrankheiten, von denen das Gelbe Fieber und die Malaria am bekanntesten sind, weil gerade durch diese Krankheiten tausende und aber tausende von weißen Männern hinweggerafft wurden. Die Franzosen mußten den Bau des Panamakanals aufgeben, nachdem ihnen etwa 35 000 europäische Arbeiter und Angestellte durch Krankheiten genommen waren. Es war der amerikanische Oberst Gorgas, Arzt von Beruf, der vom Jahre 1905 an die vorbildlichen sanitären Verhältnisse in der Zone des Panamakanals schuf und damit den Bau erst ermöglichte.

Sicherlich haben die deutschen Kolonialwirtschaftler vor dem Kriege Erstaunliches in der Anlage von Pflanzungen geschaffen. Es waren aber Einzelunternehmungen, bei denen zunächst nicht in starkem Maße auffiel, wenn Rückschläge durch Krankheiten auftraten. Es wurde eben von der Heimat nachgefüllt.

Es muß daher jeder, der an die Erschließung der Tropen herangehen will, in erster Linie über die gesundheitlichen Gefahren nachdenken, die die Tropen auch heute noch für den Weißen in sich bergen. Dank deutscher Ärzteswissenschaft, deren Hauptstützpunkt dafür im Tropeninstitut in Hamburg liegt, ist es gelungen, alle die vielen tödlichen Krankheiten der Tropen erfolgreich zu bekämpfen. Es sind gerade die deutschen Ärzte gewesen, die wundervolle Mittel gegen Malaria, Schlafkrankheit, gegen die besonders in den Tropen vorkommenden Würmer, gegen das Gelbe Fieber und noch viele andere Krankheiten gefunden haben. In dieser Beziehung sind wir jetzt sehr viel weiter, als noch unsere Väter vor 30 Jahren waren. Man soll die Warnung vor den Nachteilen der Tropen, die in den Gesundheitsfragen liegen, nicht unterschätzen. Nimmt man sie aber von vornherein in Kauf, trifft die nötigen Vorsichtsmaßregeln, so ist die Lösung dieser Fragen ohne weiteres möglich.

Sollen wir Tropenwirtschaft treiben?

Die weitere Frage ist, ob es für die Deutschen Zweck hat, Wirtschaft in den Tropen zu treiben. Diese Frage muß nicht nur unbedingt bejaht, sondern

als Lebensnotwendigkeit für uns Deutsche angesehen werden. Der Vertrag von Versailles, überhaupt die Zwangsdiktate unserer Feinde haben in jedem Punkt darauf abgezielt, uns unfrei zu machen. Es gilt daher mehr als je für uns, diesem Bestreben entgegen selbst die Erzeugnisse der Welt herzustellen, die wir für unser mehr und mehr Industrieland werdendes Deutschland benötigen. Man kann sich über die Frage streiten, was Luxus ist und was nicht. Deutschland muß eine ganze Reihe von Genußmitteln heute einführen. Der größte Teil hiervon kann in den Tropen besser und billiger erzeugt werden als sonst irgendwo in der Welt. Die Möglichkeiten der Tropen für wirtschaftliche Erschließung sind geradezu ungeheuerlich. Wir Deutsche sollten daher alles daransetzen, uns in die Tropenwirtschaft einzuschalten zu einer Zeit, wo die Möglichkeit der Erschließung, der Arbeit in den Tropen noch nicht in vollem Umfange von der übrigen Menschheit erkannt ist. Wir sollen uns aber vor Zersplitterung hüten. Jeder Wiederaufbau in den Tropen sollte nach einheitlichen Grundsätzen, nach einheitlichen Gedanken vorgenommen werden. Es sollte in dieser Hinsicht gar nicht über die Schätze, die die Tropen unter der Erde bergen sondern es soll über die Entwicklung der Schätze nachgedacht werden, die die Sonnenkraft der Tropen hervorzaubern kann. Die Tropen sind berufen, uns fast alle die Rohstoffe zu liefern, die wir für unsere entwickelte deutsche Kultur dringend benötigen. Man kann schon heute aus den täglichen Marktberichten leicht feststellen, welche Erzeugnisse wir in stetig steigendem Maße aus den Tropen beziehen. Kaffee, Kakao, Tee, Gummi, pflanzliche Öle und Fette sind es in großem Umfange, die wir in Deutschland nicht herstellen können, deren Bezug aber für uns unentbehrlich geworden ist. In zweiter Linie sind es subtropische und tropische Früchte, deren Einfuhr nach Deutschland gleichfalls von Jahr zu Jahr zunimmt.

Jetzt, wo Deutschland in die Lage gebracht worden ist, ganz von neuem anfangen zu müssen, sollte man systematisch über die Aufgabe nachdenken, wie der Bezug der Tropenerzeugnisse für Deutschland sichergestellt werden kann. Der Deutsche braucht dank seiner hochentwickelten Chemie nicht darüber nachzudenken, ob er Harze, Gummi, Kokain und Chinin, d. h. alle solche Rohstoffe, die sich eines Tages synthetisch herstellen lassen, aus den Tropen beziehen kann oder nicht. Die Lösung dieser Frage soll man der deutschen Chemie ruhig überlassen. Es dürfte aber wohl der Chemie nie gelingen, auf chemischem Wege eßbare Sachen herzustellen, daher sollte man gerade diesen Rohstoffen erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Aber nicht nur Eßwaren wer-

den in den Tropen gewonnen, auch eine ganze Reihe von Erzen sind von dort unschwer zu beziehen. Es sei hingewiesen auf Zinn- und Manganerze, die großen Kupfervorkommen, wertvolle Edelsteine, die in Afrika und Südamerika gefunden werden. Es gibt eigentlich gar nichts, selbst einschließlich Weizen und Hülsenfrüchte, was nicht aus den Tropen oder Subtropen bezogen werden könnte.

Aber wo ist für uns noch Raum?

Bei der Überlegung, nach welchen Ländern man gehen soll, sollte man jetzt in Deutschland durch systematische Arbeit die Länder feststellen, die für eine Erzeugung der von uns benötigten Rohstoffe als beste Herstellungsländer in Betracht kommen. Man wende nicht ein, daß uns die Einwanderung und Betätigung in der Welt erschwert werden. Sicherlich haben wir Schwierigkeiten in Marokko, in einigen französischen Kolonien. Auch in die englischen Kolonien, besonders in den Südseegebieten, will man uns heute noch nicht hineinlassen. Das kommt auch zunächst gar nicht für uns in Betracht. Ungeheure Gebiete in Afrika, in Süd- und Mittelamerika warten heute noch auf die Erschließung durch den Europäer. Es ist wichtig für den Deutschen, der an diese Aufgabe herangeht, sich in der Nähe der großen Hochwege anzusiedeln, die sich als Nachkriegerscheinung besonders herausgeschält haben. Sieht man auf die Weltkarte, so sind 4 große Hochwege für Mitteleuropa klar vorgezeichnet. Der eine geht von der Nordsee aus nach Westindien in Richtung auf den Panamakanal, zweigt dort an der Westküste Süd- und Mittelamerikas nach Norden und Süden ab. An diesem Hochweg finden wir reiche Länder, wie Venezuela, Kolumbien, die gesamten Inseln Westindiens, die Länder Mittelamerikas. Alle die dort gelegenen Republiken sind im Kern ihrer Seele deutschfreundlich. Der deutsche Arbeiter, der deutsche Pflanze, der deutsche Wissenschaftler wird dort mit offenen Armen empfangen. Er ist gern gesehen, solange er dort fördernde Arbeit treibt, sich nicht in die Politik jener Länder einmischt.

Der zweite Hochweg geht von der Nordsee aus an der Ostküste Südamerikas entlang. Wir finden dort das reiche Brasilien, das gerade in seinem nördlichen Teil um den Amazonasstrom herum so gut wie gar nicht erschlossen ist. In dem südlichen Teil, in den Gegenden um Blumenau, Porte Alegre, sind, wie bekannt, bereits jetzt außerordentlich große Enklaven deutscher Betätigung entstanden.

Der dritte Hochweg geht von Deutschland aus an der westafrikanischen Küste entlang, hinunter bis nach Süd-West. Mit Ausnahme von Marokko und

vielleicht Französisch-Senegambien macht man uns dort nirgendwo irgendwelche Schwierigkeiten in Betätigungsfragen. Es dürften die Gebiete um die Bucht von Kamerun sein, die am ersten für deutsche Wirtschaftstätigkeit in Betracht kommen. Bereits jetzt befinden sich dort eine ganze Reihe von Pflanzungen wieder in deutschen Händen. Ebenso macht sich steigend in Angola und Süd-West die deutsche Tätigkeit bemerkbar.

Der vierte Hochweg geht durch das Mittelmeer an Ägypten vorbei durch das Rote Meer, zweigt dort rechts an der ostafrikanischen Küste entlang ab. In Ostafrika, im portugiesischen Teil von Mozambique, sind bereits nach dem Kriege wieder eine ganze Reihe deutscher Pflanzler eingewandert. Der linke Arm dieses Hochweges geht über Indien, Ceylon, nach dem ostindischen Archipel. Eine Pflanzbetätigung in Siam, Hinterindien, ist möglich. In Java und Sumatra haben eine ganze Reihe deutscher Pflanzler nach dem Kriege ihre Betätigung fortgesetzt bzw. neu angefangen. Es liegen zur Zeit in jenen östlichen Ländern politische Spannungen in der Luft, die es ratsam erscheinen lassen, die Erschließung der Tropen dort durch Deutsche nicht allzu stark in die Hand zu nehmen. Das wird auch nicht nötig sein, da die drei ersten Hochwege so viele Möglichkeiten für die deutsche Tropenwirtschaft bieten, daß man sich nicht der Gefahr einer Zersplitterung nach dem allzu fernen Osten aussetzen braucht. Diese Hochwege zeigen ganz klar an, in welcher Richtung zunächst einmal die deutsche Tätigkeit in der Erschließung der Tropen einsetzen sollte. Man soll aber nicht glauben, daß man einfach in die Tropen gehen und irgendwo anfangen kann, sich kolonial zu betätigen. Jede Tropenfrucht braucht genau so wie die Erzeugnisse der nordischen Länder den richtigen Boden, das richtige Klima, mit anderen Worten die Bedingungen, die zum guten Gedeihen durchaus nötig sind. Baumwolle gedeiht nicht überall gewinnbringend in den Tropen ebensowenig wie Kaffee, Kakao usw. Man wird sich bei den Überlegungen, die wir Deutschen in aller Ruhe pflegen müssen, vor Augen zu halten haben, daß der Kampf um die Erzeugung der Tropenfrüchte stärker und stärker einsetzen wird, daß nur der Sieger im Wettbewerb bleibt, der auf dem geeignetsten Boden, im geeignetsten Klima die richtige Frucht anbaut. Kaffee stammt z. B. ursprünglich aus Abessinien. Ihn dort in seiner Urheimat anzubauen, wäre schon aus Frachtfragen verkehrt. Es wird für uns Deutsche nicht schwer sein, schon in der Heimat vom wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt ausgehend, zu untersuchen, in welchen Ländern am besten die für Deutschland nötigen Rohstoffe wachsen, wo die besten Grundlagen für koloniale

Betätigung gegeben sind, wo günstige Arbeiterverhältnisse anzutreffen sind. Diese letztere Frage ist allerdings nicht so ausschlaggebend, wie man oft denkt. Es wird besonders auf die Neger hingewiesen, die im Laufe der letzten Jahrhunderte von einer Stelle der Tropen nach einer anderen verpflanzt worden sind. Westindien sowie der nördliche Teil von Brasilien wurden und werden ausschließlich durch die Neger erschlossen. In der Südsee sind es die Chinesen und Japaner, die langsam die Eingeborenen verdrängen. Bei zunehmender Erschließung der Tropen findet eine starke Besiedlung unbewohnter Gebiete durch neue Bevölkerungsmassen statt. Es entstehen neue Mischrasen, die den Erfordernissen in der betreffenden Gegend meistens besser gewachsen sind als die Urbevölkerung. Mittel- und Südamerika bieten dafür das beste Beispiel. Man soll daher nicht daran denken, Pflanzungen anzulegen, wo noch Urbevölkerung vorhanden ist. Ein Einstellen der Urbevölkerung auf moderne Pflanzungsarbeiten bringt zunächst meistens ein großes Sterben der Urbevölkerung mit sich oder diese zieht sich in Gegenden zurück, wo sie nicht gefaßt werden kann, weil sie sich nicht den Gewohnheiten und Vorschriften der vordringenden Weißen oder Mischrasen anpassen will. Die Frage der Arbeiter kann daher nur durch Verpflanzung gelöst werden. Der Sklavenhandel wie im Mittelalter ist zwar verboten, aber die Bewegung von einer Art „Sachsengänger“ findet in allerstärkstem Umfange in der ganzen Welt jährlich statt. Auch aus Europa wandern jährlich, besonders aus dem nördlichen Spanien und Italien, größere Massen nach Brasilien und Uruguay aus und kehren immer wieder nach gewisser Zeit zurück.

Im Vertrag von Versailles haben unsere Feinde die unsinnige Behauptung aufgestellt, daß wir Deutschen der Kolonien nicht würdig seien, da wir für die Kolonialwirtschaft ungeeignet wären. Mit gelassener Würde und verhaltenem Spott sollten wir über diese Entscheidung hinweggehen. Wir Deutschen haben bereits vor dem Weltkriege gezeigt, daß wir die Schwierigkeiten tropischer Kulturen zu meistern verstehen. Es ist an der Zeit, daß wir von neuem das Gegenteil der Versailler Behauptung beweisen. Man sollte in Deutschland nicht immer nur an die Schwierigkeiten denken, die das Anpacken dieser Frage mit sich bringt. Man sollte endlich einmal frisch-fröhlich zur Tat schreiten. Die Welt geht in ihrer Entwicklung vorwärts. Es ist vielleicht gerade deswegen für uns von Vorteil, daß wir ganz von neuem anfangen müssen. Wir werden dadurch nicht so sehr in Versuchung geführt, an Althergebrachtem zu kleben. Es ist nicht nur die moderne Wissenschaft, die uns die Erschließung der Tropen

ermöglicht, sondern auch die moderne Technik; die Kenntnisse der Mechanik erleichtern uns die Lösung der Aufgabe außerordentlich. Unsere Wissenschaft lehrt uns, die Gestaltung der Böden in jeder Form, sei es in der einfachen Pflanzkultur, sei es durch Düngen, stets zu verbessern. Vielfach wird angenommen, daß die Tropenböden unerschöpflich wären. Das ist eine falsche Annahme. Wie jeder jungfräuliche Boden geben selbstverständlich gerade die Tropen in den ersten Jahren große Erträge, aber dann geht die Leistungsfähigkeit der Böden verhältnismäßig schneller zurück als in den nordischen Ländern.

Das sind Fragen, die gerade wir Deutschen mit Unterstützung der Wissenschaft lösen können. Zu den Stoffen, die die an Rohstoffen immer ärmer werdenden nördlichen Länder benötigen, werden ganz besonders in Zukunft alle die Stoffe gehören, die aus Holz herzustellen sind; nicht nur Bauhölzer, Hölzer für unsere Möbel, sondern in erster Linie Zellulose werden wir für die Zukunft aus den Tropen beziehen müssen. Die Anfänge für die Lösung dieser letzteren Frage sind bereits in Deutschland geplant. Hier wird in erster Linie die deutsche Wissenschaft einsetzen müssen, um Hand in Hand mit der Wirtschaft zu arbeiten. Die Erschließung der Tropen birgt so viele Fragen in sich, daß wir Deutschen unsere besten Kräfte einsetzen sollten, um diese Fragen zu lösen. Es dürfte eine der schönsten und größten Aufgaben sein, die die Deutschen in die Hand nehmen sollten, wenn wir dazu beitragen, die Gewinne deutschen Unternehmungen zufließen zu lassen, anstatt sie, da wir doch einmal Tropenerzeugnisse nach Deutschland einführen müssen, fremden Taschen zuzuführen. Wirtschaftlich gestärkt werden wir leichter die Fragen lösen können, die uns ein verlorener Krieg gebracht hat. Die Erschließung der Tropen ist keine Unmöglichkeit für uns, sie ist eine gebieterische Notwendigkeit, eine Aufgabe, die die stärksten Kräfte, und zwar die Jugendkräfte, unseres deutschen Vaterlandes locken sollte!

FR. A. KERRL:

Die Erschließung Venezuelas durch Deutsche

Wir Deutschen neigen von jeher dazu, fremdes Verdienst, fremde Tat zu überschätzen, dagegen Leistungen eigener Volksgenossen zu übersehen — das gilt für die Jetztzeit so gut wie für das Mittelalter. Wir bewundern die spanischen Konquistadoren, wie Cortez und Pizarro, die englischen Eroberer Indiens, die

holländischen wagemutigen Kaufleute der Ostindischen Kompagnie und übersehen ganz die mindestens ebenso wagemutigen deutschen Kaufleute des Mittelalters, nicht nur der Hanse, sondern auch der binnenländischen Handelsstädte, wie Augsburg, Nürnberg u. a., die mit großartigem Unternehmergeist ihre Handelsbeziehungen im Orient anknüpften, als die Kreuzzüge den Weg dorthin gewiesen, und die alsbald, nachdem Columbus den Weg zum neuen Erdteil erschlossen, auch dorthin ihren Blick richteten, Gefahren entgegen, die aus unbekannten, unerforschten Gebieten drohten, aber auch Möglichkeiten entgegen, deren Größe ihr kaufmännischer Weitblick sah und um derentwillen sie jenen Gefahren trotzig die Stirn boten.

Die Handelspolitik der Welser

Ein solches deutsches Kaufhaus, das in einer Zeit, in der der Seeverkehr ganz andere Gefahren barg als heute, in der von internationalem Recht gar keine Rede sein konnte und in der dem deutschen Kaufmann jeglicher Schutz im Auslande durch das Reich mangelte, den Mut besaß, in dem neuentdeckten Kontinent nicht nur Handelsverbindungen anzuknüpfen, sondern sogar ein großes, weites Gebiet, das des heutigen Venezuela, auf eigene Kosten zu erschließen und mit eigenen Kräften zu einer besiedelten Kolonie zu gestalten, ist das der Welser in Augsburg, das unter den Großkaufleuten der süddeutschen Handelsstädte vermöge seiner weltumspannenden Unternehmungen eine hervorragende Stellung einnahm. Die neuentdeckte Welt gehörte den Spaniern, und da nur spanischen Untertanen gestattet war, in den amerikanischen Gebieten Handel zu treiben, hatten die Welser das spanische Bürgerrecht erworben und sich in Spanien naturalisieren lassen, was ihnen um so leichter wurde, als sie ja mit Karl V. in engen geschäftlichen Beziehungen standen. So war es ihnen möglich, nicht nur in Sevilla, dem Sitze des „Rates für Indien“, sondern auch in San Domingo einen „Faktor“ anzustellen, der die Handelsinteressen der Welser in Spanien und in den „indischen“ (= amerikanischen) Kolonien wahrzunehmen hatte. Wo immer in den Kolonien sich die Aussicht auf gewinnbringende Handelsgeschäfte eröffnete, da konnte man sicher sein, Welserschen Agenten und Welserschen Schiffen zu begegnen*). Ihre Schiffe aber standen unter Führung deutscher Kapitäne und hatten durchaus deutsche Besatzung, waren also zuverlässige Werkzeuge Welserscher Handelspolitik.

*) K. Häbler, Eine deutsche Kolonie in Venezuela. Hist. Taschenbuch IVa, S. 209.

Im Jahre 1528 nun schlossen die Welser durch ihren Faktor in San Domingo, Ambrosius Ehinger, sowie seine Brüder Ulrich und Georg und durch Hieronymus Sailer in Madrid mit Kaiser Karl V. einen Vertrag, der ihnen gestattete, die Ländergebiete von der Nordküste Südamerikas, vom Maracapana im Osten bis zum Cabo de la Vela im Westen, und von Nord nach Süd von einem Ozean zum anderen, zu besetzen und der den genannten Faktoren die Regentschaft in diesen Gebieten übertrug. Leider ist es wohl sicher, daß der Hauptgrund des ganzen Unternehmens die — von Ambrosius Ehinger den Welsern dargetane — Möglichkeit war, die Nordküste Südamerikas als ergiebigen Jagdgrund für den Sklavenhandel zu benutzen; denn die Goldwäschereien auf San Domingo erforderten, da die Indianer auf den Antillen massenhaft dahinschwanden, dringend neue Sklavenzufuhr. In dem Vertrage ist den Ehingern und Sailer ausdrücklich zugestanden, diejenigen Indianer zu Sklaven machen zu dürfen, die sich hartnäckig dem Christentum widersetzen. Daß diese dem Sklavenfang gesetzte Schranke allerdings — wie in allen auf diese Art damals von der Krone Spaniens geschlossenen Verträgen — meist nur eine papierene war, muß auch für diesen Fall zugegeben werden.

Im übrigen teilte ihnen der Vertrag ein Gebiet eigenen Landes in der Größe von 25 Leguas = etwa 770 qkm zu, während in den sonstigen Verträgen nur 12 Leguas = etwa 370 qkm zugestanden wurden. Dafür mußten die Welser aber auch besondere Lasten übernehmen, denn nicht nur wurden sie, wie es immer geschah, verpflichtet, 2 Städte und 3 Festungen in ihrem Gebiet anzulegen, sondern auch eine von Garcia de Lerma, dem Sohn eines den Welsern befreundeten Kaufmanns in Burgos, geplante Expedition ins Innere Venezuelas auszurüsten, und ferner waren sie gehalten, fünfzig gelernte deutsche Bergwerksmeister hinüberzusenden, deren Tätigkeit allen Teilen der amerikanischen Kolonien zugute kommen sollte. Dafür wurden ihnen 4 Prozent von den Kroneinkünften der Kolonie gewährt. Der Statthalter — Ambrosius Ehinger — erhielt eine Dotation von 750 Gulden jährlich, jeder der drei Festungskommandanten 600, allerdings nicht von der spanischen Krone, sondern aus den Mitteln, welche die Kolonie gewähren würde.

Ambrosius Ehinger, Statthalter von Venezuela

Nun wurde die Werbetrommel in Andalusien gerührt, und jeder, der durch zwei ehrbare Zeugen erhärten konnte, daß er kein Ketzer, noch der Inquisition verfallen, nicht wegen solcher oder anderer unehrenhafter Verbrechen vor-

bestraft und Untertan der Kirche und des Kaisers sei, konnte sich der Expedition anschließen. Da auch die Deutschen Untertanen Karls V. waren, so stand auch ihnen die Beteiligung an dem Unternehmen offen, und „so mag unter den 500 Mann, die Garcia de Lerma im Auftrage der Deutschen anwarb, wohl mancher biedere Deutsche gewesen sein.“ (Häbler.)

Die Angeworbenen wurden zunächst täglich exerziert und je nach ihren Fähigkeiten und ihrer Ausrüstung dem Häuflein der Büchschützen, der Schildträger oder der Armbruster, zugeteilt. Als endlich die Truppe vollzählig war, gings mit klingendem Spiele und wehenden Fahnen zur Kirche, wo ihnen ein Geistlicher eine Rede hielt, in der er sie ermahnte zum Gehorsam gegen den Kaiser, den Statthalter und ihre Hauptleute. Sodann wurden ihnen die Auswanderungsbedingungen über Abzahlung der erhaltenen Vorschüsse u. dgl. vorgelesen, die sie mit Ja und Amen bekräftigten und mit ihrer Unterschrift bestätigen mußten. Lerma führte sie bis San Domingo, von da an übernahm Ambrosius Ehinger die Führung und segelte mit ihnen nach Venezuela hinüber, wo er seine Statthalterwürde antrat. Seine erste Regierungshandlung war, daß er der Vorschrift gemäß, an die Gründung zweier Städte ging. Eine Siedlung fand er schon vor, das von dem bisherigen dortigen königlichen Faktor, Juan de Ampies, gegründete Coro. Dieser Siedlung verlieh er Stadtrechte unter Beobachtung aller gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten. Um nun den geeigneten Ort für eine zweite Stadtgründung ausfindig zu machen, hielt er es für nötig, eine Expedition in das Innere des Landes zu unternehmen. Im Oktober 1529 brach er, nachdem er einen ihm ergebenen Spanier, Luis Sarmiento, zu seinem Stellvertreter ernannt hatte, von Coro auf und gelangte, in gerader Richtung nach Westen ziehend, an die Lagune, die auf requirierten Kanus überschritten wurde. Dort gründete er nun die zweite Niederlassung, Maracaibo, ursprünglich ein Indianerdorf, das er zu einer „Stadt“ umschuf und für fast ein ganzes Jahr zu seinem Hauptquartier machte, von dem aus er eine Anzahl von Streif- und Entdeckungszügen in das Innere des Landes unternahm.

Unterdessen waren in Coro Unruhen ausgebrochen, da Sarmiento sich mit den königlichen Beamten überworfen hatte. In diesem Augenblick erschien ein Schiff, auf dem sich Georg Ehinger, der Bruder des Ambrosius, mit 150 neuen Kolonisten befand. Georg trat sofort als Machthaber auf, aber die Spanier der Kolonie, die nur schwer die Herrschaft des Ambrosius und der Deutschen überhaupt ertrugen, erregten einen Tumult, und Georg mußte wohl oder übel Coro verlassen. Kurz danach erschien eine neue Flotte, bestehend aus 3 Schiffen, vor

Coro, die 500 neue Kolonisten und als ihren Führer Johann Seißenhofer an Bord hatte. Dieser hatte eine Urkunde der Welser in Händen, die ihn zum neuen Gouverneur der Kolonie ernannte. Vielleicht hatte Ambrosius den Vertrag mit den Welsern in irgendeinem Punkte nicht erfüllt, sodaß diese sich nicht mehr an den Vertrag gebunden fühlten. Jedoch hatte dieser neue Vertrag nicht wie der mit Ambrosius die Genehmigung des Kaisers erhalten und war somit gesetzlich ungültig. Ambrosius, der von den Vorgängen in Coro Kenntnis erhielt, war auch nicht gewillt, seine Rechte aufzugeben, und schon 8 Tage nach der Ankunft des Seißenhofer erschien er in Coro. Seißenhofer sah ein, daß es ihm nicht möglich war, seine Ansprüche durchzusetzen, und trat seine 8tägige Herrschaft wieder an Ambrosius ab, der es seinerseits doch für geraten hielt, nach San Domingo zu gehen und mit dem dortigen Welserschen Faktor seine Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Zu seinem Stellvertreter in Maracaibo ernannte er für diese Zeit einen Spanier, Luis Gonzalez de Leiva; in Coro dagegen sollte ihn Nikolaus Federmann, einer der Begleiter Seißenhofers, vertreten, und zwar mit dem ausdrücklichen Befehl, während seiner Abwesenheit keinerlei Unternehmungen zu veranstalten. Doch Federmann handelte dieser Weisung entgegen und brach, nachdem im Juli Ambrosius Coro verlassen hatte, am 12. September mit 126 Europäern und 100 Indianern auf, um die südlichen Landstriche zu erforschen. Er gelangte auch bis an die Llanos, mußte dann aber nach schweren, durch Kämpfe mit den Indianern und Krankheiten verursachten Verlusten ohne eigentlichen Erfolg zurückkehren. Ambrosius hatte in San Domingo den besten Erfolg gehabt; er kehrte als einziger und unbestrittener Regent der Kolonie zurück, und der Welsersche Faktor, Sebastian Rentz, hatte ihn sogar mit reichen Mitteln für neue Unternehmungen ausgestattet.

Voll Zorn vernahm er von dem gegen seinen Befehl ausgeführten Zug des Federmann, bestrafte ihn zunächst mit Arrest und endlich mit Verweisung aus dem Gebiete der Kolonie. Dann aber rüstete er sich zu einem neuen Zuge. Nachdem er einem ihm sehr befreundeten Spanier, Bartolomé de Santillano, seine Vertretung übertragen hatte, zog er am 9. Juni von Coro aus zunächst nach Maracaibo, wo sich viele der alten Kolonisten dem Zuge anschlossen, als er von hier am 1. September 1531 aufbrach. Zunächst marschierte er noch westlich bis an den Rio Rancheria, wendete sich, dem Lauf des Flusses folgend, nach Süden — wobei er die Grenze von Venezuela überschritt — ging dann über die Wasserscheide in das Tal des Zesarefflusses und erbeutete auf

diesem Zuge eine ansehnliche Menge Goldes. Mit diesem sandte er einen Spanier, Inigo de Vascuña, einen alten Konquistador, nach Coro mit der Weisung, denselben Weg zurückzugehen, den Ambrosius gekommen war. Aber Inigo suchte den Weg abzukürzen und, indem er um das Südende des Sees Maracaibo auswich, geriet er in unwirtliche, von feindlichen Indianern bewohnte Gebiete und büßte mit seiner gesamten Mannschaft — einen einzigen ausgenommen — das Leben ein. Das Gold, eine Summe im Werte von 30000 Dukaten war unwiderbringlich verloren.

Nachdem Ambrosius Monate lang auf die Rückkehr Vascuñas gewartet hatte, sandte er Esteban Martin mit einer anderen Schar aus, um in Maracaibo nach ersterem zu forschen und ferner durch die Kunde von den erbeuteten Reichtümern dort und in Coro neue Scharen zu werben. Martin erfuhr in Maracaibo, daß Vascuña hier nicht angekommen sei, und auch in Coro wußte man nichts von ihm. So erlangte er die Gewißheit von dem Untergang des Boten und dem Verlust des Goldes. Dennoch gelang es ihm, 82 neue Begleiter in Coro anzuwerben, mit denen er zu Ambrosius zurückkehrte. Aber er brachte diesem auch schlechte Nachrichten mit, nämlich, daß es den Welsern gelungen sei, die Rechte der Ehinger und Sailer auf sich selbst übertragen zu lassen. Damit war Ambrosius aller eigenen Rechte beraubt und es verging ihm die Lust, seinen Zug fortzusetzen. Er beschloß, zurückzukehren. Unglücklicherweise wählte auch er wie Vascuña den Weg um das Südende des Sees von Maracaibo, und wie dieser fand er, nachdem er unter schweren Strapazen und Entbehrungen den Kamm der Anden überstiegen hatte, mitten in der Wildnis, von indianischen Pfeilen durchbohrt, ein qualvolles Ende. Martin, den die Überlebenden zu ihrem Führer wählten, brachte mit genauer Not den Rest nach Maracaibo.

Das Ende der deutschen Regentschaft

Mit Ambrosius' Tod brachen die schon lange unter den Deutschen und den Spaniern bestehenden, durch der letzteren Neid und nationale Eifersucht hervorgerufenen Zwistigkeiten zu offenem Kampfe aus. Schon früher hatten die Spanier versucht, die Amtsführung der Deutschen, besonders des Ambrosius, in Madrid zu verdächtigen. Es war bestimmt in den Verträgen, daß alle Handelsartikel dem Zollzwang unterliegen sollten. Daher sollten alle Schiffe nur in Gegenwart königlicher Beamter ihre Ladung einnehmen oder löschen. Diese Bestimmung ignorierten aber die Kapitäne der Schiffe einfach. Das war nur möglich, weil sie sämtlich Deutsche waren, denn sowohl in Sevilla wie in den Häfen der

Kolonien war öffentlich verkündet worden, daß es niemand anderem als den Welsern gestattet sein sollte, den Schiffsverkehr von und nach Venezuela zu vermitteln. Die Kapitäne waren also nicht nur Deutsche, sondern sämtlich Untergebene der Welser, die nicht nur den Schiffsverkehr, sondern den gesamten Handel von Venezuela innehatten. So kam es auch, daß Beschwerdebriefe nicht nach Spanien gelangten und die königlichen Beamten offen behaupten konnten, ihre Briefe seien von den Welserschen Agenten unterschlagen worden. Als aber Ambrosius nach der Ankunft Seißenhofers nach San Domingo ging, nahm er auf seinem Schiffe den Hernando de Naveros mit, der eine bittere Anklageschrift der königlichen Beamten gegen Ambrosius nach Spanien beförderte; doch hat sie damals keinen Erfolg gehabt.

Aber nach Ambrosius' Tode setzte die spanische Reaktion mit aller Macht ein. Im Jahre 1534 ging eine Deputation, bestehend aus Alfonso de Lallana und Luis Gonzalez de Leiva zum kaiserlichen Hofe und verlangte unter Darlegung aller Beschwerden gegen die Deutschen, daß den Welsern die Herrschaft in Venezuela abgenommen werde oder mindestens es ihnen nicht gestattet sein sollte, andere als Spanier mit der Regentschaft in Venezuela zu bekleiden.

Diese Deputation kam gerade in einem Augenblicke an, als auch ein anderer, der Deutsche Federmann, am kaiserlichen Hofe erschien, um die Würde eines Regenten von Venezuela für sich zu erwerben. Federmann war, als Ambrosius zu seinem Entdeckungszuge aufgebrochen war, über San Domingo, Sevilla und Madrid nach Augsburg gegangen und hatte es verstanden, die Gunst der Welser für sich zu gewinnen, indem er die Reichtümer der Kolonie in den glühendsten Farben schilderte und seine angeblichen Verdienste um die Erschließung des Landes ins beste Licht zu rücken wußte. Während seiner Abwesenheit in Augsburg traf die Kunde vom Tode des Ambrosius ein, und nun erreichte es Federmann, daß die Welser mit ihm einen Vertrag schlossen, in dem sie ihm die Stellung des Ambrosius einräumten und ihm große Vorschüsse zur Ausrüstung eines großen Expeditionskorps bewilligten. Damit eilte Federmann nach Madrid, um hier die Bestätigung des Kaisers für diesen Vertrag zu erwirken — und traf jene Deputation aus Venezuela, die ihn und seine Erfolge genau kannte und nicht säumte, dem Kaiser getreulich über Federmann Bericht zu erstatten, natürlich in den schwärzesten Farben. Nun war es mit seinen Aussichten vorbei.

Es schien überhaupt, als ob es mit den Welsern in Venezuela zu Ende sein sollte; aber der Kaiser konnte die Geldmacht der Welser gerade in diesem

Augenblick weniger als je entbehren — rüstete er doch zu einem neuen Kriege gegen Franz I. von Frankreich — und so blieben den Welsern trotz der Beschwerden der Spanier doch alle ihre Rechte in Venezuela erhalten, ja es wurde ihnen nicht einmal die Verpflichtung auferlegt, einen Spanier als Regenten in der Kolonie anzustellen; sondern ein Deutscher, Georg Hohermuth, erhielt die kaiserliche Bestätigung als Gouverneur von Venezuela.

Auch Hohermuth hat, den Spuren Ambrosius Ehingers folgend, zur Erschließung des Landes Expeditionen in das Innere unternommen. So war er im Mai 1535 von Coro aus bis an den Amazonenstrom vorgedrungen, wo ihn seine Leute zur Umkehr zwangen, nachdem er von 400 Mann 240 eingebüßt hatte; im August 1537 traf er wieder in Coro ein*).

Als Hohermuth 1540 starb, wurde Phillip von Hutten, ein Verwandter des großen Humanisten, Statthalter von Venezuela. Auch er trug sich mit dem Plan, das Reich der Amazonen aufzusuchen, das an den Ufern des nach ihnen benannten gewaltigen Stromes liegen sollte, und hat mehrfach abenteuerliche, mit gewaltigen Strapazen verbundene Expeditionen besonders in südlicher Richtung unternommen. Liest man die Berichte über diese Abenteuer, so wird man in der Tat stets an jene Pioniere deutscher Kultur gemahnt, welche in unseren Tagen Gesundheit und Leben daran setzten und setzen, den dunklen Erdteil zu erschließen.“ (Egelhoof.)

Hatte zunächst die spanische Reaktion noch keinen vollen Erfolg gehabt, so wurde doch von Tag zu Tag das Verhältnis von Deutschen und Spaniern in der Kolonie unerträglicher. Ertrugen von Anfang an die stolzen Spanier nur widerwillig die Herrschaft der Deutschen in einer spanischen Kronkolonie, so wurde ihr Haß mehr und mehr verstärkt durch die auch in Europa sich ergebenden Gegensätze der deutschen Nation gegen die spanische, der mehr und mehr dem Protestantismus sich zuneigenden Deutschen gegen den katholischen spanischen Kaiser und seine spanischen, in Deutschland als übermütige Gewalthaber auftretenden spanischen Begleiter, wodurch natürlich auch das Verhältnis der Spanier zu den Deutschen in der Kolonie Venezuela berührt würde. Es kam soweit, daß sich Verschwörungen gegen das Leben der Deutschen, besonders des Regenten, bildeten — wie schon zu Ambrosius Zeit ein ähnlicher Versuch des Kapitäns Vellada vereitelt wurde und dem Kapitän die Todesstrafe zuzog. Jetzt mehrten sich solche Versuche. Einem von ihnen ist Phillip von Hutten

*) Egelhoof, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert. Bibl. deutscher Geschichte von Zwiedineck-Südendorp, Bd. 2, S. 121.

zusammen mit dem bei ihm weilenden Bartholomäus Welser in der Karwoche 1546 erlegen.

Im Jahre 1558 hat das Gericht zu Madrid den Welsern ihre Rechte auf Venezuela aberkannt.

Sind auch die Unternehmungen aller jener kühnen deutschen Männer materiell dem Deutschtum und Deutschland nicht zugute gekommen, der Ruhm, das Innere von Venezuela erschlossen zu haben, gebührt den Deutschen, und jene wagemutigen deutschen Pioniere des Mittelalters können wir kühnlich den großen Konquistadoren Spaniens, wie Pizarro und Cortez, hinter denen die Macht Spaniens stand, während die Deutschen ganz auf sich gestellt waren, vergleichen.

M. R. BREYNE:

Deutschlands Anteil an der Besiedlung Südafrikas I

Es mag für uns Deutsche von Interesse sein, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte dieses Volkes der „Afrikaner“ zu werfen und einige Augenblicke der Geschichte der Besiedlung Südafrikas, woran gerade wir Deutsche einen nicht unerheblichen Anteil haben, zu widmen. Wie bereits 1926 in meinem Buche „Südafrika, die Zukunft“ ausgeführt, stehen beide Länder und Völker einander näher, als sie denken.

Die Niederlassung der Ostindischen Compagnie

Zwei Daten verdienen es, gleich am Anfang hervorgehoben zu werden. Einmal das Gründungsjahr der ersten europäischen dauerhaften Ansiedlung am Kap, 1652, und ferner das Gründungsjahr des südafrikanischen Bundes, 1910.

Die erste dauerhafte Ansiedlung europäischer Elemente fand unter dem Holländer Jan van Riebeeck am 7. April 1652 statt. Die Niederlassung war ganz verschieden von dem, was wir unter Kolonie heutzutage verstehen. Sie ging nicht von einem Staate aus, sondern von einer Privatschiffahrtsgesellschaft der „Oostindische Compagnie“, und sollte nur ein Haltepunkt, eine Erfrischungsstation auf dem wichtigen Wege nach Holländisch-Ostindien sein.

Die Fahrten um das Kap herum dauerten mit den Segelschiffen dieses Zeitalters ungemein lange. Bei einer derartigen Seereise war die Mannschaft für gewöhnlich ernstlich in Lebensgefahr, so daß eine Zwischenstation, die, wie das Kap, ungefähr auf der halben Strecke liegt, von allergrößter Wichtigkeit war. Diese sog. „Verversichingsstatie“ hatte die Aufgabe, die Kranken aufzunehmen, sie gesundzupflegen und sie danach an eines der nächsten Schiffe der Compagnie als Ersatzmannschaft wieder abzugeben. Weiter auch noch die Retourschiffe mit

frischer Nahrung, Gemüse und Fleisch, zu versehen und so die Krankheiten und ganz besonders den stark wütenden Skorbut (Scheurbuik) auf den Schiffen zu bekämpfen. Diese Zwischenstation auf dem Wege nach Indien wurde der erste Anlaß der dauerhaften europäischen Besiedlung Südafrikas.

Die Angestellten, die ihre Zeit bei der Schifffahrtsgesellschaft ausgedient hatten, erhielten die Erlaubnis, am Kap wohnen zu bleiben. Diese von ihren Verpflichtungen befreiten Angestellten sind die „vrije burgers“, die eigentlichen Stammväter des alten Burenvolkes, jenes Volkes von Landwirten (Bauern), das uns aus den Burenkriegen vertraut wurde. Der Name Bürger ist weit zurück in der Geschichte des südafrikanischen Volkes zu verfolgen. So z. B. in „die Burgerwachten“ und in den Aufrufen des Präsidenten Krügers („Aan die Burgers“).

Die freien Bürger siedelten sich zuerst im Schatten des Tafelberges an, in jenen fruchtbaren Tälern, die sich tiefer in östlicher Richtung ins Innere des jetzigen Kaplandes erstrecken. Wichtig für die Geschichte der Besiedlung dieses Landes ist, daß von Anfang an zweierlei Elemente in der Siedlung am Kap aufzuweisen sind, die Angestellten (Matrosen und Beamte der Compagnie) und die Ausgedienten, die „vrije burgers“. Diese Ansiedler, die sich bereits auf eigenem Boden ansässig machen, bilden die erste Grundlage der europäischen Volksniederlassung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Sie können somit als die Wiege des jetzigen südafrikanischen Volkes und Staatswesens bezeichnet werden. In dieser mit der Erde eng verbundenen Welt keimte im Laufe der ersten Jahrzehnte zwar langsam aber bodenständig eine eigene Kultur. Die Sprache, Afrikaans, die sich nach kurzer Zeit bereits am Kap im Volksmunde bildete, trägt sehr deutlich viele Spuren dieser bäuerlichen Welt.

Zur Bildung dieses Volkskerns haben jedoch nicht nur die Holländer, sondern neben ihnen hauptsächlich die französischen Hugenotten und zu einem erheblichen Teile die Deutschen beigetragen. Eine sehr große Zahl der Angestellten und Beamten der Oostindische Compagnie waren Deutsche, die aus der unerfreulichen Lage ihrer Heimat nach dem dreißigjährigen Kriege in das damals blühende Nachbarland Holland geflüchtet waren, um dort womöglich eine neue Existenz zu finden.

Dieses Compagnieelement, woraus die *vrije burgers* entstanden sind, erhielt weiter noch aus den Niederlanden einen Zuwachs an Auswanderern, unter denen sich abermals viele naturalisierte Fremde, meistens wieder Deutsche, befanden. Schubarts Kaplied aus dem Jahre 1787 und die vielen deutschen Familiennamen in Südafrika hauptsächlich unter der rein burischen Bevölkerung geben davon das beste Zeugnis. Der holländische Historiker Colenbrander weist in seiner Abhandlung „De Afkomst der Boeren“*) nach, daß die meisten Stammväter der alten Burenfamilien nicht aus Holland, sondern aus deutschen Gefilden stammen. Bis zum Jahre 1800 waren bereits so viele deutsche Männer nach Südafrika aus-

*) Die Schrift erschien in einer deutschen Übersetzung in den Mitteilungen der Deutschen Akademie, München, 19. Heft 1928.

gewandert, daß sie über die Hälfte aller weißen Männer in der neuen Siedlung am Kap ausmachten *).

Bei diesen Angaben ist man geneigt zu fragen, warum fast 50% deutscher Abkunft es nicht vermocht haben, dem kleinen Burenvölkchen die Züge aufzudrücken, die wir als bezeichnend für die deutsche Nationalität erkennen. „Das liegt daran“, schreibt Colenbrander, „daß die deutsche Einwanderung als ein anfänglich unansehnliches, später sehr beträchtliches Anhängsel der niederländischen, immer doch als Anhängsel erscheint. An erster Stelle stand im 17. Jahrhundert und im Anfange des 18. Jahrhunderts ein breiter Streifen niederdeutschen Gebietes unter dem Einflusse der damals hochentwickelten niederländischen Kultur. Aber auch die echt hochdeutschen oder die niederdeutschen Einwanderer aus den östlichen Gebieten waren ein Anhängsel, keine besondere Einheit. Außerdem hätten sie verheiratet hinüberkommen müssen, um deutsche Art und Sitte zu Blüte und Einfluß bringen zu können; doch dies war nur in seltenen Ausnahmen der Fall. Die Altsoldaten waren beinahe alle, wenn sie am Kap heirateten, lange Zeit im Dienst der Compagnie, also im niederländischen Dienste gewesen, und ihre Ehe mit niederländischen Frauen machte auch sie zuletzt zu Niederländern.“

Diesen holländisch-deutschen Elementen schloß sich um das letzte Dezennium des 17. Jahrhunderts eine zwar zahlenmäßig kleine, jedoch durch die innere Kraft ihrer Kultur nicht weniger bedeutende Einwanderung an, nämlich die von Hugenotten. Es mögen im ganzen rund 75 Familien hinübergewandert sein (in den Jahren 1688—1690), die sich hauptsächlich in den nordöstlichen Tälern Kaplands (Paarl, Franshoek usw.) niederließen. Obwohl die Hugenotteneinwanderung als geschlossene Gruppe ein scharf begrenztes Bildungsferment aufwies, hat das niederdeutsche Element im Laufe einer beträchtlich kurzen Zeit nicht nur die Hugenotten, sondern auch alle anderen Europäer in einer erstaunlichen Weise aufgesogen. Schon in der zweiten Generation gab es unter den französischen Einwanderern fast niemanden mehr, der das Französische noch als seine Muttersprache beherrschte, geschweige gebrauchte. Nur die Ortschaften Paarl, Franshoek, Wamakersvlei (früher Ville de Charon) und viele Familiennamen wie Joubert, Celliers, de Villiers, le Roux, de la Reye, Pienaar u. a. deuten noch auf jene romanische Einwanderung am Kap.

Dieser erste Kern, der sich etwa bis 1800 bildete, ist die eigentliche Grundlage des bodenständigen südafrikanischen Volkes, das wir späterhin unter dem Sammelnamen Buren, d. h. Bauern nach ihrem mit der Landwirtschaft eng verknüpften Dasein bezeichnen. In diesen anderthalb Jahrhunderten hat sich in der

*) Ebd. S. 827

Stammväter von Kap-Familien, 1657—1795

	1657—1675	1676—1700	1701—1725	1726—1750	1751—1775	1776—1795	Insgesamt
Deutsche	6	32	83	172	254	198	745
Holländer	32	48	97	69	82	106	434
Andere Nationen .	8	74	83	31	64	87	347
Insgesamt	46	154	263	272	400	391	1526

Umgebung vom Kap der Guten Hoffnung jene Kultur weitergebildet, die wir oben Afrikaans und bodenständig nannten. Etwaige spätere Einwanderungen von Einzelnen oder Gruppen aus Deutschland, England usw. haben sich nur dieser alten Kultur angepaßt oder sie teil- und strichweise beeinflußt.

(Fortsetzung in Heft 8.)

PAUL FREYE:

Britisch-Nordborneo

Dieses an der Nordküste der Insel Borneo gelegene und unter britischem Protektorat stehende Gebiet setzt sich von Westen nach Osten zusammen aus den Sultanaten Sarawak und Brunei sowie dem unter der Verwaltung der British-North-Borneo-Co. stehenden Pachtgebiete. Das Innere des Landes ist von hohen Gebirgen erfüllt, deren höchster Berg, der im Nordosten gelegene Kinabalu, bis zu 4175 m ansteigt. Eine Anzahl kleiner Flüsse, die an den Unterläufen und an der Küste marschige Niederungen bilden, fließen nach Norden zum Meere ab. Die der Bruneibucht im Norden vorgelagerte Insel Labuan mit ihren reichen Kohlengruben gehört zum Gebiete der Straits-Settlements. Durch Dampferlinien vor allem mit Singapore und Hongkong verbunden, ist Labuan der bedeutendste Hafen für Britisch-Nordborneo. Die Landwirtschaft ist verhältnismäßig noch wenig entwickelt. Es werden vor allem Reis, Zuckerrohr und Tabak gezogen. Haupteinnahmequellen des Landes aber sind die Urwaldprodukte und die Bodenschätze, z. B. sehr ergiebige Petroleumquellen in Sarawak und Pechkohle auf der Insel Labuan. Die wertvollen Schätze an Mineralien und Erzen, darunter Gold und Antimon, wurden bisher wenig ausgebeutet. Neben anderen sind Ausfuhrprodukte vor allem Sago, Rotan, Rohgummi, Baumharze und Hölzer.

Das Sultanat Sarawak wird von dem englischen Rajah Sir Charles Vyner Brooke regiert und steht seit 1888 unter britischem Schutz. Der jetzige Fürst ist ein Abkömmling von James Brooke, der das Gebiet im Jahre 1842 durch Vertrag vom Sultan von Brunei erwarb und sich nach Heirat mit einer Fürstentochter des Landes zum regierenden Rajah machte. Sarawak umfaßt eine Bodenfläche von 108 870 qkm mit 600 000 E. Wichtigste Handelsplätze des Landes sind die Hauptstadt Kuching (25 000 E.) und Miri als Zentrum der Petroleumproduktion und Sitz der Gesellschaft Sarawak-Oilfields Ltd., die dem britischen Petroleum-Ring unter der Royal-Dutch angeschlossen ist. Die Petro-

leumquellen befinden sich im Baramdistrikt zwischen Miri und Bakong. Von dort wird das Petroleum nach dem Küstenplatze Lutong in die große Raffinerie geschafft und dann, da Schiffe nur weit draußen vor Anker gehen können, durch bis zu 3 km lange unterseeische Leitungen in die Tankdampfer gepumpt. Mehr als 4000 chinesische Kulis sind in der Petroleumindustrie beschäftigt. Von nur 170 t im Jahre 1911 stieg die Erdölproduktion auf 712 000 t im Jahre 1927. Während des letzten Berichtsjahres hatte die Einfuhr Sarawaks einen Wert von 21 072 884 und die Ausfuhr von 56 011 035 Singapore Dollars (1 Singp. Dollar = sh. 2/4 d), darunter vor allem auch Petroleum.

Das Sultanat Brunei steht seit 1888 unter britischem Schutz und wird von einem eingeborenen Rajah regiert. Es bildet die Mitte des gesamten Protektorates zwischen dem westlich gelegenen Sarawak und dem östlich gelegenen Pachtgebiet der British-North-Borneo-Company. Brunei bedeckt eine Bodenfläche von 10 370 qkm mit einer Bevölkerung von 25 454 E. Auch hier wurden an verschiedenen Stellen Erdölvorkommen festgestellt, die aber bislang noch nicht ausgebeutet wurden. Die Hauptstadt Brunei zählt 10 000 E. (Die Handelsziffern sind in dem nachfolgenden Bericht über das Pachtgebiet Britisch-Nordborneo mit einbegriffen.)

Das Pachtgebiet Britisch-Nordborneo wurde im Jahre 1881 durch Verträge der British-North-Borneo-Company mit den Sultanen von Brunei und Sulu erworben und steht seither unter englischem Schutz sowie unter der Verwaltung der genannten Handelsgesellschaft, die auch den Gouverneur ernennt. Das Hauptbüro der Gesellschaft befindet sich 17, St. Helens Place, London E. C., England. Das Pachtgebiet umfaßt 80 580 qkm mit 260 000 E., darunter einer dauernd wachsenden Zahl von Chinesen sowie 700 Europäern (einschließlich der Weißen in den Sultanaten Sarawak und Brunei). Wichtigste Handelsplätze sind der an der Ostküste gelegene Hafen von Sandakan (11 936 E.) sowie die im Westen des Gebietes gelegene Haupt- und Hafenstadt Jesselton. Hauptprodukte des Landes sind Reis, Gummi, Kaffee, Sago, Kohle, Eisen, Petroleum u. a. Neben einer Staatsbank mit Hauptsitz in Sandakan und Filiale in Jesselton sind auch die Hongkong & Shanghai-Banking-Corp., die Chinese-Commercial-Bank und die Taiwan-Bank durch Agenturen an diesen beiden Plätzen vertreten. Im letzten Berichtsjahre zeigte das Budget an Einnahmen 390 000 £ und an Ausgaben 270 000 £. Der Import hatte einen Wert von 854 400 £ und der Export von 2 084 000 £. Die Tonnage der einlaufenden Seeschiffe betrug 382 000 t.

Die Verkehrswege im gesamten Gebiete von Britisch-Nordborneo sind, besonders bei dem stark gebirgigen Charakter im Inneren des Landes, noch verhältnismäßig wenig entwickelt. Eisenbahnen auf dem Festlande haben eine Gesamtlänge von 250 km und auf der vorgelagerten, unter der Verwaltung der Straits-Settlements stehenden Insel Labuan von 23 km. Im übrigen wird der Verkehr im Inneren hauptsächlich mittels Booten der Eingeborenen auf den Flüssen bewerkstelligt. Seit dem Kriege haben sich auch wieder einige Deutsche in Britisch-Nordborneo niedergelassen. Eine regelmäßige deutsche Dampferlinie besteht noch nicht. Der Großhandel liegt hauptsächlich in Händen der Engländer. Ganz bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung des Landes und des gesamten Handels hat auch die in den letzten Jahren stark gewachsene chinesische Einwanderung.

L. HAMP:

Geopolitik in der modernen deutschen Großwirtschaft

I. Das Problem

Der Gedanke einer deutschen Großgasversorgung datiert vom Jahre 1926, seitdem sich die Verhältnisse an der Ruhr durch den Abzug der Franzosen wieder etwas konsolidiert haben. Er ist einer von jenen, die geeignet sind, das gesamtdeutsche Wirtschaftsleben zum Teil auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Die Fortschritte in der Hochdruck- und Schweißtechnik sowie in der Erzeugung nahtloser Stahlrohre machen eine Gasversorgung über weite Strecken bei größter Sicherheit möglich. Diese technischen Erkenntnisse vermochten den Gedanken reifen zu lassen, ganz Deutschland von den Kohlenrevieren aus mit Zechengas zu versorgen. Daß gerade das Ruhrgebiet, in dem drei Viertel aller deutschen Kohle gefördert werden, die Führung dieser Bewegung übernommen hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Fast als ewige Anklage lodern hier Tag und Nacht die Riesenflammen der sogenannten „Gasfackeln“ zum Himmel, wodurch hochwertiges Gas völlig nutzlos in größtem Maßstabe vergeudet wird. Andererseits wird dieses gute Gas in Ermangelung besserer Verwendung zur Beheizung der Koksöfen verbraucht, wozu auch Generatorgas aus minderwertiger, sonst unverkäuflicher Kohle nutzbringender verwandt werden könnte. So verpufft denn diese Riesensumme von jährlich etwa 9 Milliarden Kubikmeter Gas (mehr als das Doppelte des heutigen Gasverbrauchs in ganz Deutschland) völlig

sinnlos. Diese Gaserzeugung läßt sich nicht etwa abdrosseln, ist vielmehr in stetem Wachsen begriffen, weil das in den Zechenkokereien anfallende Gas Nebenprodukt bei der Erzeugung von Hütten- und Schmelzkoks ist, dessen Absatzkurve sich in aufsteigender Linie bewegt. Durch den vernunftgemäßen Absatz dieses sekundär anfallenden Gases läßt sich einmal die Wirtschaftlichkeit des Bergbaues, der größten deutschen Schlüsselindustrie, erhöhen, zugleich aber ist damit größter allgemein-volkswirtschaftlicher Nutzen verbunden. Die Kohle, die am Erzeugungsgebiet nach den neuesten chemischen Analysen verarbeitet werden kann, ist Kapital, das in den Fabriken als lästiger Rauch nutzlos in die Luft fliegt. Kohle als Brennstoff ist Raubbau, seit die Kohle als Rohstoff auf fast allen Gebieten einen unersetzlichen Wert darstellt.

II. Die Durchführung des Gedankens

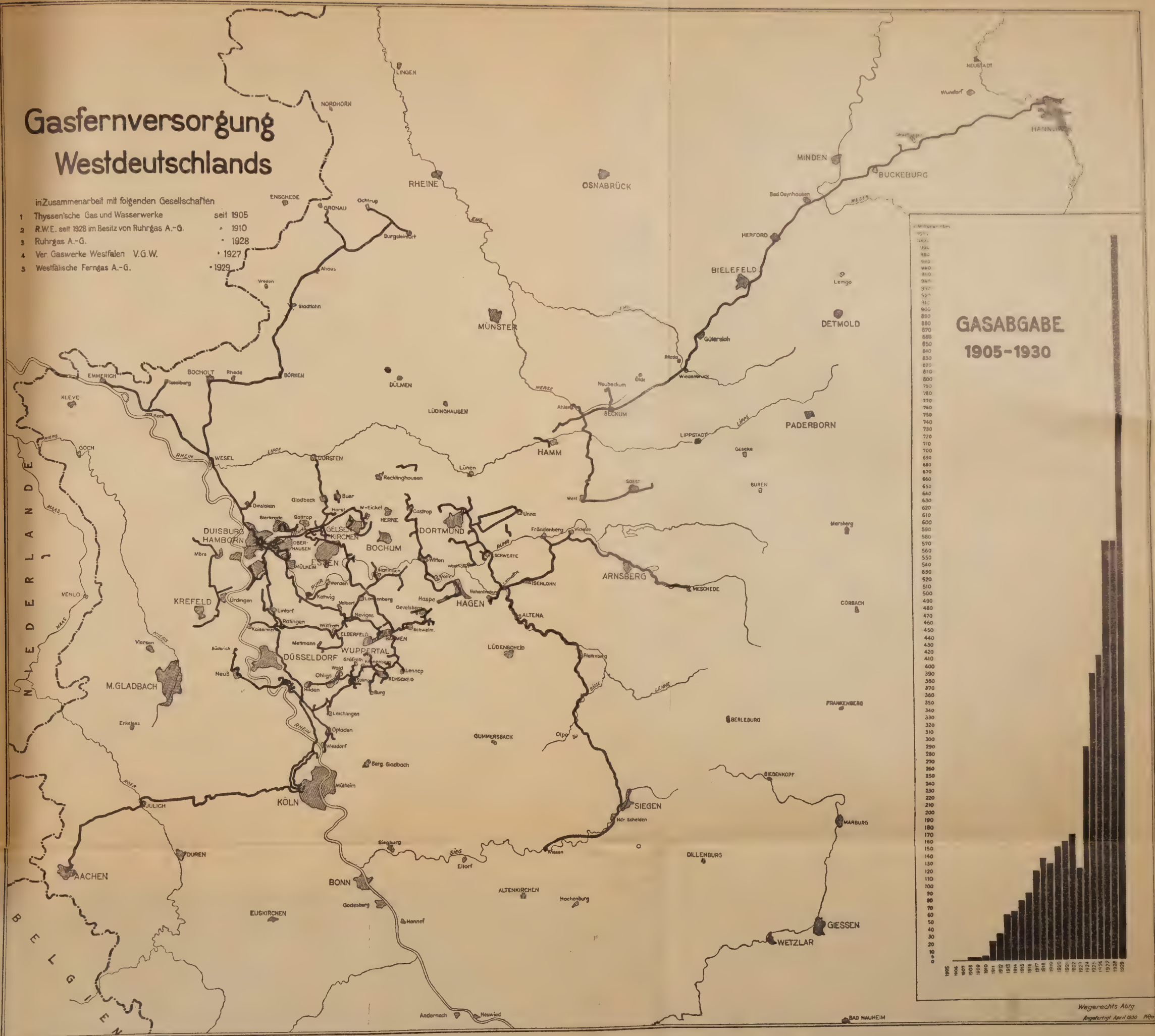
Die Großgasversorgung ist ein Novum für Deutschland, das in dieser Beziehung noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie z. B. die Vereinigten Staaten. Jedoch sind große Bezirksgaswerke schon seit langem auch in unserem Vaterlande vorhanden. Der Großindustrielle Thyssen hat im bergischen Land und am Niederrhein seit langer Zeit ein umfangreiches Rohrnetz ausgebaut, das sich bis auf den heutigen Tag bewährt. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat sein Gasfernleitungsnetz in Länge von etwa 300 Kilometer an die Ruhrgas-A.-G. zur Verfolgung ihrer umfassenden Versorgungspläne übereignet. Dieses Bezirksnetz verzweigt sich auf etwa 770 Quadratkilometer. Es versorgt rund 40 Großstädte und Städte bis hinein ins bergische Land mit dem erforderlichen Gas in einer Entfernung von über hundert Kilometer. In den 18 Jahren seines Betriebes sind, außer beim passiven Widerstand, keine Störungen aufgetreten, nicht einmal durch die zahlreichen Streiks der ersten Nachkriegsjahre. Einer der neuzeitlichsten Großgasbetriebe ist auch das Ferngaswerk Ostsachsen in Heidenau bei Dresden, das im Jahre 1925 insgesamt 103 Stadt- und Landgemeinden versorgte. Die Gesamtrohrlänge dieses Netzes beträgt etwa 800 Kilometer, die Endpunkte des Netzes liegen in der Luftlinie etwa 70 Kilometer auseinander.

Geopolitisch gesehen, ist Deutschland ein Musterland zur Durchführung der Gasfernversorgung. Kohlengebiete befinden sich im Westen, Nordwesten, in der Mitte und im Osten des Reiches. Sie alle vermögen der Verwirklichung des Gedankens zu dienen. Durch die sich von selbst ergebenden Ringleitungen kann sich manche Großstadt zwei- bis dreifach sichern, wird also selbst bei den un-

Gasfernversorgung Westdeutschlands

in Zusammenarbeit mit folgenden Gesellschaften

- 1 Thyssensche Gas und Wasserwerke seit 1905
- 2 R.W.E. seit 1928 im Besitz von Ruhrgas A.-G. • 1910
- 3 Ruhrgas A.-G. • 1928
- 4 Ver Gaswerke Westfalen V.G.W. • 1927
- 5 Westfälische Ferngas A.-G. • 1929



3. eine Leitung, die über Kassel, Thüringen nach Sachsen läuft, um im weiteren Verlauf von den oberschlesischen, niederschlesischen und sächsischen Bergbaugebieten mit Gas gespeist zu werden;

4. eine Leitung, die dem Rhein entlang nach Hessen, Baden, Württemberg und Bayern führt;

5. die Südwestfalenleitung über Siegen nach Frankfurt (heute schon wesentlich ausgebaut).

Durch eine später vom Saargebiet ausgehende Querleitung, etwa über Mannheim, Nürnberg, Leipzig, Berlin, Hamburg, die in Zwickau Anschluß an die sächsischen Kokereien erhält, würden die sämtlichen vorstehend aufgeführten Hauptstränge zu einem großen Ringsystem vereinigt. Selbstverständlich kommt diesem Plan nur die Bedeutung einer vorläufigen Skizze zu; er wird den im einzelnen erforderlichen Abänderungen unterliegen. Für die Gasabnehmer in allen Teilen des Reiches ist die geographische Verteilung der deutschen Kohlengebiete sehr optimal. Was hier die Wirtschaft sich durchzuführen anschickt, ist geradezu eine geopolitische Forderung ersten Ranges, der gegenüber es keine kurzfristigen Sonderinteressen geben darf.

III. Die Sonderstellung der Saar

Die Saar nimmt unter den in der Skizze aufgezeichneten deutschen Kohlenrevieren eine Sonderstellung ein, weil sie augenblicklich praktisch nicht mehr zum Deutschen Reiche gehört. Trotzdem wird jedoch heute schon der Saar gegenüber die „Politik der offenen Tür“ angewandt und zwar, damit sich die für spätestens 1935 vorgesehene Rückgliederung der Saar an das Deutsche Reich ohne allzu große wirtschaftliche Schäden für das Saargebiet und die reichsdeutsche Industrie vollziehen läßt. Saarkohle und Saarkoks gehen heute ins französische Nebengebiet, nach Lothringen. Es wird sich bei den Rückgabeverhandlungen kaum durchsetzen lassen, daß dieses an sich natürliche Absatzgebiet beibehalten werden kann. Aus diesen Erwägungen heraus haben sich bereits heute die deutschen Wirtschaftsverbände öffentlich bereit erklärt, dem Saargebiet nach der Rückgliederung in jeder Weise bei seinem Wiederaufbau behilflich zu sein. Das gilt vor allem für den Saarbergbau. Mit dem Ausbau der Gasfernversorgung kann jedoch bis zur Rückgliederung nicht gewartet werden. Es ist deshalb vor einiger Zeit in Verhandlungen dafür Sorge getragen worden, daß die Saar an das Versorgungsnetz mit bestimmtem Schlüssel angegliedert werden soll. Solange das Saarrevier als Pufferstaat zwischen Deutsch-

land und Frankreich liegt und die Bergwerke vom französischen Staat ausgebeutet werden, kann Deutschland nicht zugemutet werden, daß es aus eigenen wirtschaftlichen Mitteln den französischen Raubbau unterstützt. Dem Saarbergbau wieder zur Gesundung verhelfen, kann Deutschland also erst, wenn die Saar wieder frei ist. Dabei ist zu bedenken, daß der Saarbergbau heute für die Gasfernversorgung noch nicht ausreichend modernisiert ist. Während an Rhein und Ruhr und in den anderen deutschen Kohlenrevieren im Laufe der letzten Jahre große technische Ausgestaltungen vorgenommen wurden, überließen die Franzosen die Saar ihrem Schicksal und beuteten lediglich die ergiebigsten Flöze aus. Der Saarbergbau, der früher zum größten Teil fiskalisch war, wird auch in Zukunft wieder von der Preussag übernommen werden, die dann für die entsprechende Modernisierung der Anlagen zu sorgen hätte. Heute schon hat die Saar ihr Hauptaugenmerk auf die Lösung des Problems der besseren Verkokungsmöglichkeit der Saarkohle zu richten. Diese Frage ist noch nicht ganz geklärt, weil im Verkokungsprozeß die Ruhrfettkohle der Saarkohle überlegen ist. Eine befriedigende chemisch-technische Lösung ist von grundlegender Bedeutung für den Saarbergbau, weil sonst die Saar nicht so billig zu liefern vermag wie die Ruhr. In dieser Hoffnung ist zwischen der Preussag als einzig möglichem Vertragspartner und der Ruhrgas-AG. der knappe und doch so inhaltreiche Vertrag der Angliederung der Saar an das Ferngasversorgungsnetz zustande gekommen. In dem aufgestellten Demarkationsplan ist vorgesehen, daß an der Belieferung der Rheinprovinz und Süddeutschlands die Saar teilhaben soll, sobald das möglich ist. Das Abkommen ist in großen Zügen so gestaltet, daß die Saar den Regierungsbezirk Trier erhalten soll, dazu die Pfalz, Birkenfeld usw. Die Ruhrgas-AG. und Thyssen, dessen Leitungen aus dem Aachen-Wurm-Revier kommen, behalten sich den nördlichen Teil der Rheinprovinz und Hessen-Nassau zur Belieferung vor. Im Hekogasgebiet (rhein-mainische Wirtschaftsecke) ist die Aufteilung zwischen Ruhr-Aachen und dem Saarrevier 60:40. Für Württemberg und Baden soll die Saar sogar das Vorlieferungsrecht haben, wenn sie liefern kann, sobald die Abschlüsse vorliegen und die Leitung verlegt ist. So ist heute schon, obwohl die Saar noch auf Jahre hinaus kein Ferngaslieferant sein kann, vertraglich ihre starke Einflußnahme auf weite Versorgungsgebiete vorgesehen, eine Tatsache, die das Märchen von dem unersättlichen Eigennutz der Ruhrindustrie ad absurdum führt.

Die Rückgliederung der Saar ist der interessanteste Abschnitt in der kommenden Großgasversorgung, ist doch hiervon das Lebensinteresse eines kerndeut-

schen Grenzgebietes abhängig. Die geopolitischen Auswirkungen gehen jedoch weiter und berühren auch das Standortproblem, vornehmlich der verarbeitenden Industrie. Die meisten Industrien mußten in den abgelaufenen Jahrzehnten dafür sorgen, daß sie der Kohlenbasis möglichst nahe lagen. Sobald die weitverzweigte Großgasversorgung funktioniert, spielt der Standort keine Rolle mehr. Die verteuerten Kohlenfrachten fallen weg, der Kapitalsdienst für die Ferngasleitung vollzieht sich nach anderen finanzwirtschaftlichen Gesetzen. Die märkische Eisenindustrie zieht daraus heute schon Nutzen, desgleichen die großen Anilin- und Farbenfabriken in Leverkusen. In der märkischen Klein-eisenindustrie, die zumeist alter Familienbesitz ist, wird mancher Betrieb durch die Umstellung auf Gasbeheizung wieder rentabel werden, der heute mit dem Tode ringt. Die Rentabilität der Gasbeheizung vor der Kohlenfeuerung hat sich nämlich schon in Dutzenden von industriellen Werken erwiesen, und das wird sich immer mehr zeigen, je mehr die Herstellung von brauchbaren Gasöfen fortschreitet. Was für die bergische, südwestfälische und siegerländische Klein-eisenindustrie gilt, gilt in gleichem Maße für jede verarbeitende Industrie. Sie kann sich in Zukunft ihren Standort nach Belieben wählen und entlastet dadurch auch das Ruhrrevier, das mit Siedlungs- und sozialen Nöten zu ringen hat. Ein weiterer Beweis für die volkswirtschaftlich zu begrüßende industrielle Dezentralisation ist der „Fall Obernkirchen“. Der preußische Staat besitzt dort, unweit von Hannover, größere Bergbauanlagen, die schon seit Jahren mit Absatz-schwierigkeiten zu kämpfen haben. Der Betrieb wäre der Stilllegung verfallen, wenn die Ferngasidee nicht zu Hilfe gekommen wäre. Heute ist dort eine große Zentralkokerei ausgebaut, die den zukünftigen Bedarf Hannovers zum größten Teil von sich aus bestreiten kann.

IV. Geopolitik in der Stromversorgung

Ist die Gasfernversorgung in Deutschland heute erst im Anfangsstadium, so ist ihr ein anderer Großwirtschaftszweig in ihren raumverflechtenden Tendenzen vorangeilt: der elektrische. Führend ist hierin das gemischtwirtschaftlich betriebene Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das die ersten 220 000-Volt-Leitungen in Deutschland baute und dadurch eine Stromkuppelung von den Alpen bis zur holländischen Grenze herzustellen vermochte, die bereits im Winter 1928/29, wo durch die Kälte die süddeutschen Wasserwerke lange außer Betrieb waren, ihre Vorteile bewiesen hat. Welch schnellen Aufschwung dieses größte deutsche Elektrizitätswerk nimmt, erhellt aus der Tatsache, daß im Ge-

schäftsjahr 1928/29 die nutzbare Stromabgabe von 1 448 499 848 kWh. auf 2 067 211 997 kWh gestiegen ist. Rechnet man noch die Konzernwerke des RWE. hinzu, ergibt sich gar eine Summe von 2,7 Milliarden kWh. Die Großkraftwirtschaft des RWE. ist aufgebaut unter Verkuppelung von Steinkohlen-, Braunkohlen- und Wasserkraftenergie, verbunden mit Speicherwerken. Rheinaufwärts ist die Hauptumspannungsstation Brauweiler bei Köln, von wo ab das RWE. Hochspannungsleitungen mit 380 000 Volt bauen will, sobald der Widerstand der Reichspost und der Reichsbahngesellschaft beseitigt ist, die eine Beeinflussung ihrer Schwachstromanlagen befürchten. Im Rhein-Main-Gebiet ist die Kuppelung mit dem Bayernwerk hergestellt, in Baden ist für das RWE. das große Schluchseewerk bei Freiburg im Bau. Weiter wird sich die Südleitung erstrecken bis zum Vermuntwerk in den Vorarlberger Alpen. Endlich ist noch gegründet das Rheinkraftwerk bei Waldshut am Rhein. Eine starke Bindung ist schließlich noch eingegangen mit den Aarwerken in Bruch in der Schweiz, wodurch Rheinland-Westfalen, Hessen-Nassau, Bayern, Baden, Württemberg, Vorarlberg und die Schweiz zu einer versorgungstechnischen Einheit beim Elektrizitätsbezug werden.

V. Zusammenfassende Erkenntnisse

Weitumspannend und revoltierend sind also die Pläne, die in den nächsten Jahren auf deutschem Raume in die Tat umgesetzt werden. Entstanden aus rein wirtschaftlichen Erwägungen, sind sie doch auf geopolitischer Grundlage aufgebaut. Je mehr mit dieser Wissenschaft auch die Wirtschaftler vertraut werden, desto leichter werden sie die Möglichkeiten der heutigen Großwirtschaft und der weltwirtschaftlichen Verflochtenheiten, die uns auf Schritt und Tritt begegnen, zu erfassen und zu meistern vermögen. Unsere heutigen Beispiele aus der Alltagspraxis sind die besten Beweise dafür.

Ein großer Teil des deutschen Wirtschaftslebens wird durch die Gasfernversorgung und die neue Feuerungstechnik umgestaltet. Der Gaskonsum wird wesentlich steigen. Heute beträgt der Verbrauch pro Kopf 50, in England 178 Kubikmeter. Die städtischen Gaswerke werden für eine Verteilung nach wie vor bestehen bleiben müssen, nur die kostspielige Eigenproduktion an Hunderten von kleinen Stellen mit mehr oder minder unmodernen Anlagen wird aufhören. Dazu kommt, daß durch die langen Leitungen auch ungezählte Landgemeinden, die seither keine eigenen Gaswerke zu erstellen vermochten, an die Gasbelieferung angeschlossen werden können, wodurch die gerade dort weit verbreitete Holzverfeuerung aufhört. Holzverfeuerung war schon seit dem Kohlen-

aufkommen eine volkswirtschaftliche Sünde und ist es jetzt erst recht, nachdem es Prof. Bergius gelungen ist, Holz als Nährstoff dem Hafer gleichzustellen. Hauptsächlich will die Gasfernversorgung den industriellen Gasverbrauch anfeuern. Dieser ist unermesslich groß. Heute z. B. verbraucht die Niederrheinische Hütte an Gas soviel wie die Städte Köln, Düsseldorf und Duisburg zusammen. Zur Zeit werden von den anfallenden 9—10 Milliarden Kubikmeter Ferngas in den insgesamt ausgebauten Leitungen von 950 Kilometer Länge etwas mehr als eine Milliarde Kubikmeter abgesetzt. Wie sehr sich das Wegfallen des eigenen Gaswerkrisikos vorteilhaft für die Städte auswirken wird, wenn sie erst einmal die Fehler ihrer Eigenbrötelei eingesehen haben und sich zu dem Beispiel von Hannover und Köln entschlossen haben, geht aus der Tatsache hervor, daß die Stadt Essen, die kein eigenes Gaswerk besitzt und in den Gasanlagen nur etwa 7 Millionen investieren brauchte, aus den Zuschlägen auf das Kokereigas eine Verzinsung von 32 % erhält. Wäre das Gaswerk eine Aktiengesellschaft, könnte also eine Dividende von 32 % ausgeschüttet werden. Ein besseres Geschäft kann eine Stadt wirklich nicht machen.

Die Geopolitik ist eine junge Wissenschaft. Da jedoch ihr ureigenstes Gebiet die Aufzeichnung konkreter geographisch-politischer und -wirtschaftlicher Tatsachen und Zusammenhänge ist, konnte sie nicht lange Nur-Theorie bleiben und drängt heute mit Macht in die Praxis der Staats- und Wirtschaftspolitik ein. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß die Auswertung geopolitischer Erkenntnisse in wirtschaftlicher Hinsicht insbesondere in Deutschland so mächtige Fortschritte macht. Daraus erwächst eine Stärkung der innerdeutschen Wirtschaft. Ein einheitliches Wirtschaftsgebiet kann sich über das ganze Reich ausweiten, das ein mächtiges Glied im Selbsterhaltungskampf des Staates darstellt.

FRITZ RUNKEL:

Deutschlands Mittellage im Weltnachrichtenverkehr

Die Aufgabe.

Die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands, das Beschäftigung auf dem Weltmarkt sucht, ist so bekannt, daß man sie an dieser Stelle nicht näher darzulegen braucht. Aber jene Schwierigkeiten, die bei der Wiedereingliederung unseres Landes in den Welthandel und Weltverkehr zu überwinden sind, sollen mit einigen Worten gekennzeichnet werden, insoweit sie der Betätigung Deutschlands im Nachrichtenverkehr besondere Aufgaben stellen. Es handelt sich für uns seit dem Kriege um nicht weniger als einen völlig neuen Aufbau unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Der Krieg hatte uns mehr als vier Jahre lang von der Umwelt abgeschnitten und nicht nur unseren Wettbewerbern auf dem Weltmarkt Gelegenheit gegeben, sich in unsere früheren Handelsbeziehungen hineinzusetzen, sondern auch die schrittweise vor sich gehende Entwicklung der neuen Wirtschaftswelt verhüllt. Der Neubau, den wir somit zu errichten oder, heute vielleicht besser gesagt, weiter zu führen haben, muß sich zunächst auf eine Orientierung über die derzeitige weltwirtschaftliche Lage stützen. Wie tief diese Notwendigkeit in unsere ganze Stellung zum Weltmarkt eingreift, kann man recht deutlich daran erkennen, daß man unter der heute so vielbesprochenen „Außenhandelsförderung“ in erster Linie alle Einrichtungen versteht, die sich der Erforschung der Weltmärkte und der Feststellung der deutschen Betätigungsmöglichkeiten widmen, während man früher darunter in der Hauptsache die vorwiegend vom Staat zu unternehmende Pflege der Bedingungen verstand, unter denen die heimischen Gewerbe ertüchtigt werden sollten, eine möglichst gute und auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähige Ware zu erzeugen und in vorteilhafter Weise an das Ausland abzusetzen (Eisenbahntarif- und Handelspolitik, Steuergesetzgebung, technisches Unterrichtswesen, Ausstellungswesen u. a. m.) Alle solche früheren Wege der Außenhandelsförderung sind natürlich auch heute nicht verlassen; sie sind aber gegenüber der Pflege der Außenhandelsnachrichtentätigkeit, die zunächst als „eingehender“ Dienst die neuen Grundlagen unserer Betätigung zeigen und im weiteren als „ausgehender“ Dienst das Ausland über unsere Leistungsfähigkeit aufklären soll, einigermaßen in den Hintergrund getreten, eben infolge der grundlegenden weltwirtschaftlichen Umstellungen. Dieser Nachrichtendienst hat dabei eine Aufgabe besonderer Art zu erfüllen, der man in Deutschland in den früheren Zeiten eine durchaus ungenügende Beachtung geschenkt hat. Wir

meinen die Erforschung des Volkscharakters und der ganzen Denkweise der Länder, mit denen wir Handel treiben wollen. Welcher Schaden uns gerade aus der Vernachlässigung dieser Seite der Aufklärungsarbeit erwachsen ist, hat uns ja mit aller Deutlichkeit der Krieg gezeigt.

Die technischen Voraussetzungen

Sind nun für uns die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, die eine tragfähige Grundlage für einen Nachrichtendienst abgeben können, der uns all den erstrebenswerten Zielen näherbringt? Was zunächst die technische Seite angeht, so bedarf es kaum der Stellung der grundsätzlichen Frage, ob Deutschland auf diesem großen Gebiet Entsprechendes geleistet hat, sowohl zur Wahrung seiner eigenen Interessen als auch zur Förderung der Technik an sich, so wie sie sich der ganzen Welt zur Verfügung stellt. Ein gutes Beispiel, namentlich in letzterer Hinsicht, gibt der Ausbau des Fernsprechers auf weite Entfernungen zur Verbindung der Völker untereinander. Wir wissen, daß gerade zur Zeit viele Kräfte am Werk sind, um die einzelnen Glieder der großen Völkerfamilie wieder enger zusammenzuführen, und daß nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf geistigem und endlich auf politischem Gebiet. Es sind hier nicht nur die geschäftlichen Beziehungen, welche die ersten Bande knüpfen, sondern es haben sich ja Gemeinschaften der verschiedensten Art gebildet, welche die europäische Zusammenarbeit in Gang bringen wollen. Alle solche Gemeinschaften können sich aber erst dann mit dem entsprechenden Erfolg auswirken, wenn ihnen ein Schnellnachrichtenmittel zu Gebote steht, mit dem sie sich mündlich aussprechen und alle etwa vorhandenen Unklarheiten und Mißverständnisse sofort ausräumen können. Man denke dabei weiter an die Auswirkung der Rundfunktechnik, welche die Belehrung und Aufklärung großer Volksmassen mit einem einzigen Verbreitungsakt ermöglicht. Daß Deutschland auf allen diesen Gebieten Bahnbrechendes geleistet hat, weiß alle Welt, und diese Leistungen liegen nicht nur in eigenen Erfindungen und in Verbesserungen der technischen Gedanken anderer Völker, sondern auch darin, daß Deutschland seine glänzenden Betriebseinrichtungen zur Durchführung des zwischenstaatlichen Verkehrs zur Verfügung stellt. Sehen wir in ihm doch das Herzstück des europäischen Verkehrsnetzes, das wie kein anderes Land Verkehrsvermittlungsaufgaben zu erfüllen hat. Deutschland hat sich ja schon seit einer Reihe von Jahren veranlaßt gesehen, sein Fernsprechnetzt durch den Ausbau von Fernkabeln zwischen allen wichtigen Orten auf eine Grundlage zu stellen, die allen Anforderungen gerecht werden konnte, und zur Durchführung eines solchen Kabelnetzes mußte Deutschland erst recht einen Anstoß in der Erkenntnis finden, daß es als das zentrale geographische Verkehrsstück Europas den anderen Staaten eine gute Brücke für gegenseitige Verbindungen zu geben berufen war. Zurzeit weisen die deutschen Fernkabeln schon eine Länge von reichlich 10000 km auf. Dieses Netz fand 1926 einen Anschluß an diejenigen der Schweiz

und der Niederlande, 1927 an das österreichische, französische und tschechoslowakische, 1928 an das belgische. Auch über das Meer hinweg konnten nach Beseitigung der technischen Schwierigkeiten solche Verbindungen hergestellt werden. 1926 wurde das deutsche Netz mit Dänemark, 1927 mit Schweden, 1928 mit Finnland verbunden.

Bezeichnend war in der ganzen Frage des zwischenstaatlichen Fernsprechverkehrs die Stellung, welche die Internationale Handelskammer zu ihr eingenommen hat. Auf ihrer Brüsseler Tagung im Februar 1926 setzte sie einen „Internationalen Fernsprechausschuß“ ein, auf dem sich führende Sachverständige aus dem Fernsprechwesen mit Geschäftsleuten zusammenfanden, um die Notwendigkeiten des zwischenstaatlichen Verkehrs gemeinsam zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich die Internationale Handelskammer u. a. folgendermaßen: „Deutschland und England (inzwischen sind andere Länder, namentlich Frankreich, hinzugekommen) sind zurzeit die einzigen Länder Europas, die für den Wiederaufbau ihrer Fernsprechanlagen nach neuzeitlichen Gesichtspunkten und für den Ausbau der nach den letzten wissenschaftlichen Ergebnissen hergestellten Fernkabelanlagen ansehnliche Geldsummen aufgewandt haben. Hinsichtlich des Weltverkehrs ist Deutschland ein Faktor von großer Bedeutung, weil sein Fernkabelnetz, sobald es fertig ist, die Hauptanlage für den Durchgangsverkehr in Europa werden wird.“ Die Einstellung der Internationalen Handelskammer gewinnt dadurch noch an Bedeutung, daß der oben genannte Ausschuß mit dem „Internationalen Beratenden Ausschuß für Fernsprechweitverkehr“, der 1923 von dem großen Staatenzusammenschluß zum Studium der Fragen der Organisation nach einheitlichen technischen Gesichtspunkten eingesetzt worden ist, zusammenarbeitet, also seine Meinungsäußerung auf dem Boden einer gemeinsamen Anschauung vorbereitet hat.

Ähnlich liegen die Verhältnisse, wenn wir die Stellung Deutschlands im Ausbau der übrigen Nachrichtenmittel für den Weltverkehr betrachten. Zunächst die Telegraphie. Auch hier ist Deutschland der große internationale Vermittler durch seine hervorragenden technischen Einrichtungen und auf Grund seiner zentralen Lage. Zumal in der Ausgestaltung der Schnelltelegraphier-Apparate hat Deutschland eine führende Stellung erobert. Selbst in der Kabeltelegraphie, von deren Benutzung im Seeverkehr Deutschland durch den Krieg ausgeschaltet worden war, um erst 1927 wieder die Auslegung des ersten neuen deutschen Seekabels in der Richtung auf die Vereinigten Staaten durchgeführt zu sehen, marschiert unsere Technik in vorderster Linie. Bezeichnend ist da u. a., daß in den letzten Jahren mehrere Seekabel seitens des Auslandes — eine im Hinblick auf die Kriegspsychose sehr bemerkenswerte Tatsache — bei deutschen Firmen bestellt worden sind. Rückschauend wird man sich auch gern der Tatsache erinnern, daß es deutsche wagemutige Unternehmungen, nämlich die Firmen Siemens in Berlin, London und Petersburg, waren, welche bereits in den Jahren 1867—1870 die große Indoleitung bauten, um über Emden, Berlin, Warschau, Tiflis und

Teheran eine unmittelbare Verbindung Englands mit Rußland, Persien und Indien herzustellen, und das auf einer Strecke von 6100 km! Diese Linie ist nach dem Kriege in einer Länge von 8700 km mit 13 Übertragungen wieder in Betrieb gesetzt und erweitert worden, so daß London und Kurrachee (Nordwestküste Indiens) verbunden wurden.

Die drahtlose Telegraphie hatten wir schon oben berührt. Was die deutsche Technik angeht, so brauchen wir nur auf Nauen zu verweisen, um mit diesem einen Namen die deutschen Erfolge schlagwortartig zu kennzeichnen. Zur Stellung Deutschlands in der großen Weltzusammenarbeit sei an den Zusammenschluß erinnert, den im Jahre 1921 die vier Weltfirmen der drahtlosen Technik, nämlich die „Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie“ in Berlin, die „Amerikanische Radio-Gesellschaft“ in New York, die „Marconi-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie“ in London und die „Allgemeine Gesellschaft für drahtlose Telegraphie“ in Paris, eingegangen sind, um den Ausbau der drahtlosen Telegraphie in technischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehung gemeinsam zu betreiben. Deutschland war also als gleichberechtigter Teilnehmer in den Weltbund aufgenommen worden, und es sah auf diese Weise die großen Hindernisse, die sich dem Ausbau eines eigenen Weltfunkdienstes entgegenstellten, beseitigt. Es hat nunmehr seine Technik nicht nur in den Dienst seiner eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen stellen, sondern auch den Belangen der anderen Länder verfügbar machen können. Man wird ja auch nur an die große führende Firma, die „Transradio A. G. für drahtlosen Überseeverkehr“ in Berlin, zu erinnern brauchen, um die Stellung Deutschlands im Weltfunkdienst zu charakterisieren. Die Transradio A. G. stellt bekanntlich die großen Verbindungen von Berlin nach New York, Buenos-Aires, Rio de Janeiro, Malabar (Java), Bangkok, Manila, Mukden, Osaka (Japan) und Kairo her und bietet damit auch den europäischen Nachbarländern die Möglichkeit, über die Riesenstation Nauen mit den großen Konzentrationspunkten der ganzen Welt drahtlos zu verkehren.

Aber auch die Posteinrichtungen zeigen Deutschland in der Erfüllung überaus bedeutsamer weltwirtschaftlicher Aufgaben. Einmal auf dem europäischen Kontinent. Seine Lage macht es auch hier zum gegebenen internationalen Vermittler. Ohne seine Technik hätte es aber auch auf dem Gebiete der Post seine unbestrittene Führerstellung nicht erringen können. Man erinnere sich nur der Leistungen Deutschlands auf den zwischenstaatlichen Bahnposten, die mit deutschem Personal weit über Deutschlands Grenzen hinaus nach den westlichen Seehäfen führten und deren Wiedereinrichtung inzwischen wenigstens zum großen Teil erfolgt ist. Wir haben heute deutsche Bahnpostwagen, die von Berlin über Fährschiffe nach Kopenhagen und Stockholm fahren, auch solche nach Wien, ferner von Köln nach Vlissingen. Direkte deutsche Bahnpostwagen gehen auch über Trier nach Diedenhofen, ferner über Stuttgart nach Straßburg und schließlich von Bentschen über Berlin und Aachen nach

Paris. Man denke aber auch an die Seepostbüros, welche Deutschland in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten seit dem Jahre 1891 für den deutsch-amerikanischen Dienst auf den großen Dampfern hat arbeiten lassen, und die nunmehr gleichfalls wieder in Betrieb gekommen sind, auch hier alles unter Führung der vorbildlichen deutschen Einrichtungen. Sollen wir schließlich der Luftpost als der Trägerin des Nachrichtenverkehrs gedenken? Ohne ein Überfliegen deutschen Gebietes ist ja kaum eine große europäische Linie, die wirtschaftlich arbeiten will, durchführbar, und ohne die Mitarbeit der großen deutschen Unternehmungen, wie Junkers und Aero-Lloyd, zu denen später weitere führende Konstruktionsfirmen gekommen sind, würde auch wohl die Technik ihre riesigen Aufgaben nicht haben vollbringen können.

Die organisatorischen Voraussetzungen

Wie sieht es nun mit der organisatorischen Seite des Weltnachrichtenverkehrs und der Mitwirkung Deutschlands aus? Wenn die Fragen der Organisation mit denjenigen der Technik schon naturgemäß auf das engste zusammenhängen, so hat Deutschland es verstanden, diese Zusammenhänge in seinen eigenen organisatorischen Leistungen in einer Weise herauszuarbeiten, daß es selbst auf mannigfachen Gebieten wiederum als der Führer erscheint. Im Fernspreckweitverkehr war die erste Anregung zum Zusammenschluß zwar von französischer Seite gegeben worden, aber Deutschlands Bedeutung in der Zusammenarbeit trat, ausgehend von der großen „Deutschen Fernkabel-Gesellschaft“, alsbald immer deutlicher in die Erscheinung. Welch starken Eindruck man von den deutschen Leistungsmöglichkeiten in der Führerschaft bekommen hat, wurde besonders klar, als man auf der Pariser Welttelegraphenkonferenz von 1925 einen „Internationalen Beratenden Ausschuß für Telegraphie“ einsetzte und die deutsche Verwaltung beauftragte, die erste Zusammenkunft einzuberufen und den Arbeitsplan aufzustellen. Diese Zusammenkunft hat in den Tagen vom 3.—11. November 1926 in Berlin stattgefunden und sie hat Mittel und Wege gesucht, um auf dem Gebiet der Telegraphentechnik die dringend notwendige Einheitlichkeit und Vereinfachung im internationalen Verkehr herbeizuführen. Zur Erzielung der allseitig als erforderlich erkannten Zusammenarbeit mußten die Fragen der Organisation allenthalben in den Vordergrund treten und Deutschland wiederum eine Führerstellung in den Schoß werfen. Auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie ist es insbesondere der Rundfunkdienst, der Deutschland als den großen Organisator zeigt, und da braucht man sich nur die Wirtschafts- und Spruchdienste zu vergegenwärtigen, mit denen Deutschland in großzügiger Weise Europa versorgt. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der ganzen Welt steht dann besonders auch der Dienst der „Transocean-Gesellschaft“, die mehrmals täglich in deutscher, englischer und spanischer Sprache den fernen Erteilen die neuesten Weltereignisse sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht verkündet und auch den auf der Fahrt befindlichen Schiffen ein

wesentliches Stück ihres Nachrichtendienstes liefert. Hingewiesen sei auch auf den großen „Weltwetternachrichtendienst“ der Deutschen Seewarte in Hamburg, der nicht zum wenigsten den Belangen der Wirtschaft dient. Man denke nur an die Sicherung großer wirtschaftlicher Werte (Schiffstransporte, Ernten) vor Witterungsgefahren.

Was schließlich die postalischen Organisationen angeht, so hat man ja Deutschlands Führerschaft im Weltpostverein stets auf den großen Kongressen erkennen können, wenn es sich um die Aufrollung der Leitgedanken für den zwischenstaatlichen Verkehr handelte. Und was die Seeschifffahrt anbetrifft, so haben wir ja auch hier wieder einen solchen Betriebsumfang erreicht, daß wir uns sehr wohl neben den anderen seefahrenden Nationen sehen lassen können. In der Luftfahrt endlich ist die Deutsche Lufthansa die Vertreterin eines Landes, das in straffer Zusammenfassung seiner Kräfte ein weitreichendes Mittel zur Durchführung der großen internationalen Verkehrsaufgaben zur Verfügung stellt.

Man möchte sagen, daß es einem Deutschland, welches sich eine solche Stellung in den Weltverkehrsorganisationen errungen hat, nicht allzu schwer fallen könnte, diese seine Stellung mit Erfolg in die Wagschale zu werfen, wenn es sich darum handelt, mit den Mitteln des Nachrichtendienstes seine weltwirtschaftlichen Interessen kraftvoll zur Geltung zu bringen. Von einer Ausschaltung aus den Nachrichtenbeziehungen des Welthandels kann keine Rede mehr sein; wir haben uns den anderen Staaten unentbehrlich gemacht und unterstützen sie mit den besten Mitteln der Nachrichtenversorgung. Wenn wir bezüglich der Ausnutzung unserer Stellung und der darin liegenden Möglichkeiten noch irgendwie im Zweifel sind, so sollten wir nur auf England blicken, das gerade in der meisterhaften Verwertung seiner Nachrichtenmittel das große Instrument zur Festigung seiner Weltmacht gefunden hat, und es dürfen uns da keine Bedenken staatsfinanzieller Art, wie das leider schon oft geschehen ist, von der Verfolgung großer Ziele abhalten.

Wir sollten uns aber auch in anderer Hinsicht England zum Muster nehmen. Es ist bekannt, daß die englische Presse in der Bekundung ihrer oft stark auseinandergehenden Meinungen, auch in wirtschaftlichen Dingen, die schärfsten Fehden nicht scheut, daß sie aber stets eine nationale Einheitsfront bildet, wenn es sich darum handelt, dem Ausland gegenüber die Belange der Heimat wahrzunehmen. Wie weit wir in Deutschland von einem solch vorbildlichen Zustand entfernt sind, braucht man ja wohl nicht im einzelnen darzulegen. Sehr bezeichnend für die englischen Verhältnisse und Auffassungen ist es auch, daß sich die beiden führenden industriellen Vereinigungen, die Federation of British Industries und die British Manufacturers Corporation, im Jahre 1919 zusammengeschlossen haben, um einen gemeinsamen Außenhandelsnachrichtendienst auszubauen, indem sie dieselben Vertreter im Ausland unterhalten. Ein solches Beispiel sollte an uns Deutschen nicht wirkungslos vorbeigehen. Wir würden durch einen festen Zusammenschluß auch den Pionieren unseres Außenhandels im Ausland, den einzelnen Auslandsdeutschen wie auch ihren Zusammenschlüssen

(Auslandshandelskammern und sonstigen Vereinigungen) die denkbar beste Rückenstärkung den Angehörigen der anderen Nationen gegenüber geben und auch unseren amtlichen Vertretern, unter denen hier in erster Linie die Konsuln zu nennen wären, eine Festigung ihres Ansehens vermitteln, die nicht zuletzt ihrer Betätigung für den deutschen Außenhandel zugute käme. Alles das würde in der heutigen Zeit, in der unsere äußeren Machtmittel nur erst bescheiden sind, von einer Bedeutung sein, die nicht hoch genug anzuschlagen wäre.

Außenhandelsstatistik I

VORBEMERKUNG ZUR AUSSENHANDELSSTATISTIK

Die Angaben beziehen sich nach Möglichkeit auf den Spezialhandel, worunter als wichtigste Posten die Einfuhr (E) aus dem Auslande, Zollniederlagen usw. in den freien Verkehr, ferner zur Veredelung auf inländische Rechnung, die Ausfuhr (A) aus dem freien Verkehr ins Ausland, auch nach Veredelung auf inländische Rechnung begriffen sind. Der Gesamthandel (GE und GA) umfaßt sämtliche aus dem Auslande in das Wirtschaftsgebiet eines Staates eingeführten Waren und sämtliche aus diesem Wirtschaftsgebiet ins Ausland ausgeführten Waren mit Ausnahme der unmittelbaren Durchfuhr. Einige Länder teilen die Ausfuhr in „Ausfuhr heimischer Waren“ (A.h.W.) und „Ausfuhr fremder Waren“ (A.fr.W.). Soweit es möglich war, sind aus den Angaben über Einfuhr und Ausfuhr die Überschüsse (U) gebildet worden; + bedeutet Ausfuhrüberschuß, — bedeutet Einfuhrüberschuß. Allerdings darf man diesen Überschüssen, besonders wenn sie klein sind, nicht zuviel Gewicht beilegen. In der Regel nämlich ist die Einfuhr genauer erfaßt, schon weil sie zum größeren Teil aus zollpflichtigen Waren besteht. Dazu kommt, daß zur Feststellung des Wertes der Einfuhr und der Ausfuhr der Wert an der Grenze angenommen wird, der für die eingeführten Waren sich durch Frachtbelastung usw. höher stellt als für die ausgeführten Waren. So erklärt es sich, daß in der letzten Zusammenfassung, Welthandel genannt, die Einfuhr wertmäßig größer ist als die Ausfuhr, während theoretisch beide Summen gleich sein müßten. Bei sämtlichen Vergleichen mit dem Jahr 1913 ist zu beachten, daß gegenüber diesem Jahre der Geldwert erheblich in den einzelnen Ländern, aber in verschiedenem Maße — gesunken ist.

Der Aufteilung des gesamten Wertes der Einfuhr (reiner Warenverkehr ohne Gold und Silber) in 3 Warengruppen liegt die Einteilung des internationalen Brüsseler Warenverzeichnisses begründet. In der Übersicht sind jedoch die beiden Gruppen „Lebende Tiere“ und „Lebensmittel und Getränke“ zu einer einzigen Gruppe „Lebensmittel“ zusammengefaßt worden.

Die mit †) bezeichneten Länder umfassen heute ein anderes Gebiet als vor dem Kriege; die Außenhandelszahlen der beiden Zeitpunkte sind also nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar.

Jahr		Reiner Warenverkehr Einfuhr, Ausfuhr, Unter- schied		Von 100 RM. der Einfuhr (Ausfuhr) entfielen auf			Von je 100 RM. Warenwerte der Einfuhr (Ausfuhr) kamen aus (gingen nach)					Bemerkun
		in Millionen RM.	RM. je Einwohner	Lebens- mittel	Roh- und Halbstoffe	Fertig- waren	Europa	Asien	Afrika	Amerika	Austra- lien	
†) Deutsches Reich												
1913	E	10769,7	160,20	29,0	57,0	13,0	54,6	9,7	4,6	27,9	3,1	Ausfuhr ein- schlieBlich parationss- lieferungen
	A	10097,2	150,20	10,0	22,0	68,0	76,0	5,4	2,1	15,3	1,0	
	U	— 672,2	— 10,00									
1927	E	14228,1		33,0	50,0	17,0	53,2	9,9	4,3	29,9	2,6	
	A	10801,1		4,4	24,0	77,5	73,9	7,6	2,4	15,2	0,8	
	U	— 3427,0										
1928	E	14001,2	221,61	31,0	50,9	18,1	51,0	11,8	5,1	29,4	2,6	
	A	12300,8	184,31	5,4	22,4	72,2	74,8	7,4	2,3	14,6	0,6	
	U	— 1700,4	— 37,30									
Niederlande												
1913	E	6609,5	1080,00				65,4	16,4	0,9	17,0	0,3	Infolge der gestaltung Handelssta- sind die Z der Nachk zeit mit von 1913 ohne we vergleichb
	A	5201,0	855,00				88,0	5,7	1,1	5,1	0,1	
	U	— 1408,5	— 225,00									
1927	E	4301,6		26,5	36,9	36,6	62,0	9,1	2,5	25,9	0,5	
	A	3206,1		50,5	18,7	30,8	76,0	11,1	2,9	9,0	0,6	
	U	— 1095,5										
1928	E	4524,2	597,00	24,6	35,9	39,4	62,6	9,1	2,8	25,1	0,4	
	A	3348,1	441,00	40,4	16,4	43,2	75,2	13,2	3,2	7,8	0,6	
	U	— 1176,1	— 156,00									
†) Belgisch-Luxemburgische Zollunion												
1913	E	3755,7	496,00	23,6	57,2	19,2	64,1	7,9	2,4	21,0	4,6	1913: nur Be- Luxemburg damals mit Deutschen in Zollunion
	A	2944,0	388,80	10,2	50,1	39,1	81,7	5,3	2,7	9,5	0,8	
	U	— 811,7	— 107,20									
1927	E	3405,3		25,0	52,1	22,7	66,2	3,1	3,4	24,5	2,8	
	A	3118,6		8,6	33,6	57,6	70,3	7,4	5,5	16,3	0,5	
	U	— 286,7										
1928	E	3670,9	449,00	21,7	52,6	25,3	—	—	—	—	—	
	A	3510,5	425,50	8,9	32,8	58,1	—	—	—	—	—	
	U	— 160,4	— 23,50									
†) Großbritannien												
1913	GE	15704,5	343,50	40,5	39,8	19,7	44,3	9,7	4,8	34,7	6,5	1913: einsch- lich des Iri- Freistaats
	A {h. W.	10730,4	283,70	5,6	26,3	68,1	34,7	25,5	9,8	21,6	8,7	
	U	— 2735,8	— 59,80									
1927	GE	24918,7	493,00	45,2	33,1	20,7	41,9	10,6	6,1	34,1	7,3	
	A {h. W.	14502,8	319,00	5,7	24,4	69,9	34,0	22,3	11,3	20,9	11,5	
	U	— 7901,1										
1928	GE	24408,0	483,00	43,5	27,8	26,7	39,1	11,8	7,6	32,9	8,6	
	A {h. W.	14752,1	326,00	8,0	10,7	82,3	33,4	22,4	11,3	22,4	10,5	
	U	— 7201,7	— 157,00	22,5	54,7	21,2						

		Reiner Warenverkehr Einfuhr, Ausfuhr, Unter- schied		Von 100 RM. der Einfuhr (Ausfuhr) entfielen auf			Von je 100 RM. Warenwerte der Einfuhr (Ausfuhr) kamen aus (gingen nach)					Bemerkungen
		in Millionen RM.	RM. je Einwohner	Lebens- mittel	Roh- und Halbstoffe	Fertig- waren	Europa	Asien	Afrika	Amerika	Austra- lien	
Irischer Freistaat												
13	GE	1 244,0	416,00	—	—	—						a) Alles außer lebenden Tieren, Lebensmitteln u. Tabak („andere Rohstoffe u. Fer- tigwaren“ ein- schließlich Post- pakete)
	A {h. W.	903,4	305,00	—	—	—						
	U {fr. W.	14,0		—	—	—						
	U	— 326,6	— 111,00									
27	GE	1 220,5	410,70	41,0	59,0 ^{a)}	—						
	A {h. W.	927,7	316,50	89,0	11,0 ^{a)}	—						
	U {fr. W.	14,6										
	U	— 288,2	— 94,20									
Frankreich												
13	E	6821,3	172,25	21,5	58,6	18,9	52,2	12,8	9,0	22,5	3,5	Seit 1925 ein- schließlich des Saargebiets.
	A	5573,0	140,70	12,1	27,1	60,8	69,0	3,9	13,3	13,4	0,4	
	U	— 1 248,3	31,55									
27	E	8 760,1		26,8	59,4	13,9	44,3	13,1	13,2	25,1	4,3	
	A	9 069,7		10,0	24,9	65,1	63,0	7,3	15,1	13,3	0,7	
	U	+ 309,6										
28	E	8 783,2	212,00	23,5	61,7	14,8	—	—	—	—	—	
	A	8 434,8	203,00	12,3	25,5	62,2	—	—	—	—	—	
	U	— 345,4	— 9,00									
Schweiz												
13	E	1 506,2	401,10	31,6	35,4	33,0	86,1	2,6	1,5	8,8	0,7	Waren- gruppierung: Durchschnitt 1911—1913
	A	1 110,9	287,50	14,3	10,9	74,8	74,8	3,8	1,3	18,1	1,5	
	U	— 395,3	113,60									
27	E	2 030,3		27,1	34,9	38,0	74,0	4,3	3,3	17,5	1,2	
	A	1 623,9		10,9	9,5	79,6	69,2	8,2	2,0	17,6	2,5	
	U	— 406,4										
28	E	2 141,7	534,00	28,3	38,6	43,0	—	—	—	—	—	
	A	1 706,3	426,00	10,5	10,0	79,5	—	—	—	—	—	
	U	— 435,4	— 108,00									
†) Italien												
13	E	2 953,0	83,80	19,3	57,3	23,3	65,4	9,1	2,4	22,1	1,0	a) ausschließlich Reparations- sachlieferungen b) Asien und Ozeanien
	A	2 034,4	57,80	30,3	37,8	31,9	63,7	5,4	7,1	23,3	0,5	
	U	— 918,6	— 26,00									
27	E ^{a)}	4 417,7		26,1	57,9	16,0	50,0	13,2 ^{b)}	3,7	32,6	—	
	A	3 389,3		25,3	34,6	40,1	61,5	9,4 ^{b)}	6,9	20,7	—	
	U	— 1 028,4										
28	E ^{a)}	4 856,8	119,50	27,5	55,2	17,3	—	—	—	—	—	
	A	3 201,4	79,10	22,8	35,5	41,7	—	—	—	—	—	
	U	— 1 655,4	— 40,40									
Spanien												
13	E	1 057,5	52,00	23,0	40,0	33,0	65,1	7,2	2,0	23,2	2,5	Verteilung nach Erdteilen 1914
	A	856,7	42,10	44,0	32,2	24,8	75,9	0,8	2,1	21,0	0,2	
	U	— 200,8	— 9,90									

		Reiner Warenverkehr Einfuhr, Ausfuhr, Unter- schied		Von 100 RM. der Einfuhr (Ausfuhr) entfielen auf			Von je 100 RM. Warenwerte der Einfuhr (Ausfuhr) kamen aus (gingen nach)					Bemerkungen
		in Millionen RM.	RM. je Einwohner	Lebens- mittel	Roh- und Halbstoffe	Fertig- waren	Europa	Asien	Afrika	Amerika	Austra- lien	
Finland												
3	E	401,3	123,80	39,8	32,1	28,1						1913: Durch- schnitt 1911 bis 1913
	A {h. W.	325,4	101,20	14,7	65,9	19,4						
	U {fr. W.	2,5										
7	E	675,8		25,2	34,0	40,8						
	A {h. W.	660,0		9,3	76,3	14,4						
	U {fr. W.	4,0										
8	E	844,9	256,20	25,5	32,9	41,6						
	A {h. W.	652,6	184,50	8,6	77,0	14,4						
	U {fr. W.	5,8										
†) Rußland												
3	E	2967,9	21,60	18,6	48,5	32,9						Verkehr des alten Rußland über sämtl. Grenzen
	A	3283,5	23,80	57,6	36,8	5,6						
	U	+ 315,6	+ 2,20									
7	E	1415,2		9,4	59,6	31,0						1927 u. 1928: Ver- kehr d. U.D.S.S.R. über die europä- ischen Grenzen (einschließl. der Küste d. Schwar- zen Meeres am Kaukasus)
	A	1377,5		45,3	49,8	4,9						
	U	- 37,7										
8	E	1782,5	13,60	12,5	53,7	33,8						
	A	1402,2	11,50	30,4	59,1	10,8						
	U	- 380,3	- 2,10									
†) Österreich												
3	E	2899,0	56,40	16,2	49,0	34,8						Österreich- Ungarn
	A	2357,0	45,90	26,0	23,6	50,4						
	U	- 542,0	- 10,50									
7	E	1827,0		34,9	28,6	36,5	86,0	2,5	1,6	9,4	0,6	
	A	1206,8		3,6	23,3	73,1	89,0	3,5	2,8	4,6	0,1	
	U	- 620,2										
8	E	1877,2	286,00	35,5	28,8	37,6	85,5	2,5	1,2	10,1	0,7	
	A	1285,2	194,00	3,4	22,6	74,0	89,1	3,5	1,6	5,4	0,3	
	U	- 592,0	- 92,00									
Ungarn												
7	E	842,8	99,00	7,0	37,4	55,6						
	A	588,3	69,00	66,6	14,9	18,5						
	U	- 254,5	- 30,00									
8	E	869,4	101,30	7,3	39,0	53,7						
	A	598,6	70,50	61,6	15,7	22,7						
	U	- 270,8	- 30,80									
Tschechoslowakai												
7	E	2237,2		25,2	47,4	27,4						
	A	2508,3		14,5	19,6	65,8						
	U	+ 271,1										
8	E	2378,0	164,50	21,9	47,7	30,3						
	A	2628,9	183,—	14,0	17,2	68,6						
	U	+ 250,9	+ 18,50									

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

Dr. Dr. h. c. H. Schnee und Dr. h. c. H. Draeger. *Zehn Jahre Versailles*, 1919 bis 1929. 2 Bände zu 373 und 271 S. Brückenverlag G. m. b. H., Berlin 1929. Preis geb. 25,— M.

„Der Rechtsanspruch auf Revision“, „Der Kampf um die Revision“, „Die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages“ gelangen im ersten Band zur Darstellung, während im zweiten Band „Die politischen Folgen des Versailler Vertrages“ und in dem von K. C. von Loesch und M. H. Boehm herausgegebenen dritten Band „Die grenz- und volkspolitischen Folgen des Friedensschlusses“ behandelt werden. Indem berufene und mit dem Stoff vertraute Männer aus allen Lagern des deutschen Volkes (so u. a. Marx, v. Lersner, Schwendemann, Draeger, Niemeyer, Schnee, v. Richthofen, Dernburg, Seitz, Hoetzsch, Wehberg, v. Oertzen, Schwertfeger, Brüninghaus, Freiherr v. Freytag-Loringhofen, Respondek, Müller-Lichtenberg, Prälat Schreiber, Wentzke, Mehrmann, Hähnsen) zu Worte kommen, stellt das Werk einen einmütigen Protest gegen die Vergewaltigung durch das Versailler Diktat dar. — So ist das geschmackvoll ausgestattete Werk in der Front des Kampfes um eine Revision des Vertrages zu begrüßen und wird jedem Politiker als Handbuch zu den durch Versailles geschaffenen Problemen willkommen sein.

H. Stegemann: *Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit*. 528 S. mit einem Bild des Verfassers. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1930. Pr. geb. M. 15.—

Der Verfasser der „Geschichte des Krieges“ und des „Kampf um den Rhein“ format, rück-

schauend mit den Augen des Dichters und der Nüchternheit des Historikers, sein Werden und Schaffen zu lebendiger Einheit. Als Preuße geboren, aber im Elsaß erwachsen und in der selbstgewählten Heimat der Schweiz nach drängender Jugend seßhaft geworden und zum Manne gereift, fühlt er sein Schicksal dem des Rheines verbunden, der Deutschlands Schicksalsstrom ist. So stehen auch in diesem Memoirenwerk die Probleme Elsaß-Lothringens und des Weltkrieges im Mittelpunkt der Betrachtungen. In seltsamer Mischung preußisch-konservativen und süddeutsch-liberalen Geistes ringt er kritisch um die Lösung der elsäß-lothringischen Frage, während er als Berichterstatter für den „Berner Bund“ seinem Soldatenblut gemäß wie ein Generalstäbler an der Karte von der Schweiz gleichsam vom Beobachtungsstand aus die Ereignisse des Krieges verfolgt. Von seiner taktischen und geopolitischen Begabung, an Clausewitz und Ratzel geschult, legten bereits oben erwähnte Werke Zeugnis ab. Hier sei aus der Fülle der Gedanken vorliegenden Buches nur die Ansicht wiederholt, daß die deutsche Kriegsleitung auch nach der Marneschlacht eine für Deutschland gar nicht so aussichtslose Entscheidung mit der englischen Flotte hätte herbeiführen müssen. Denn unbesiegt war es für England eine geopolitische Notwendigkeit, zu kämpfen, solange die belgische Küste in deutscher Hand war und die deutsche Flotte schwamm. Den Kriegseintritt der USA. dürften aber vor allem politische und wirtschaftliche Gründe bestimmt haben, denen Wilsons Staatskunst die „Moral“ als Mäntelchen umzuhängen verstand. Stegemanns über die Schranken der Formalitäten

hinausgehenden Beziehungen zu maßgebenden Persönlichkeiten des geistigen und politischen Lebens der letzten vierzig Jahre vermittelt dem Leser ein reizvolles Miterleben dieser Gestalten. Doch weht aus den Blättern des Buches der müde Hauch eines Mannes, der seine Aufgabe beendet sieht, nachdem der Krieg über das Schicksal Deutschlands und des Rheines für lange Zeit das Urteil sprach.

W. Volz und H. Schwalm: Die deutsche Ostgrenze. Unterlagen zur Erfassung der Grenzerreißungsschäden. 128 S. und 13 S. Anhang. Dazugehörig ein Atlas von 11 Kartenblättern. Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung. Leipzig 1929.

Der Notruf des deutschen Ostens wird immer eindringlicher, aber leider noch viel zu wenig von der Öffentlichkeit in seiner ganzen politischen, wirtschaftlichen wie auch kulturellen Tragweite für Gesamtdeutschland verstanden. Die Probleme der Notlage zu klären und Möglichkeiten der Lösung zu zeigen, ist eine dankbare und ernste wissenschaftliche Aufgabe, der vorliegende Arbeit in vorbildlicher Weise gerecht wird. Sie erweist in überzeugender Klarheit die gewaltsame Grenzerreißung als die für alle Ostprovinzen gemeinsame Ursache der Not.

Als Grundlage der folgenden Untersuchungen werden die geographischen Wesenszüge des ostdeutschen Raumes in ihrer Einheitlichkeit zur Darstellung gebracht. Daran schließen Betrachtungen über die Entwicklung des Verkehrs in den heutigen Grenzgebieten, über den Einfluß der Grenzziehung auf die Lage ihrer Landwirtschaft, ihres Einzelhandels und Handwerks, ihrer Industrie und ihres Großhandels sowie der oberschlesischen Montanindustrie und auf die Finanzwirtschaft. Die Untersuchungen erstrecken sich auf ein Gebiet, das mit 53 preussischen Land- und Stadtkreisen 7,6% der Fläche des heutigen Deutschen Reiches und 4,1% seiner Bevölkerung umfaßt. Für je einen Grenzkreis in Ostpreußen (Marienwerder), Ostpommern (Lauenburg) und Oberschlesien (Ratibor) werden bis in Einzelheiten die erschütternden Folgen und Wirkungen der Grenzziehung

von Versailles verfolgt. Gerade diese Gegenüberstellung verdeutlicht, was die Arbeit klar herausstellen möchte: die Gemeinsamkeit der ostdeutschen Notlage bei lokaler Verschiedenheit; die Mahnung, die ostdeutschen Probleme nicht als Einzelfragen aufzufassen, sondern sie in ihrer Abhängigkeit voneinander und in ihrer Gesamtheit zu betrachten wie auch zu behandeln; als das Problem der durch einen Gewaltakt geschaffenen unnatürlichen Grenzen.

Weit mehr noch als die dem Text eingeordneten inhaltreichen und vorzüglichen Tabellen, Diagramme und Kärtchen vermittelt das in einer Sondermappe zusammengestellte Kartenwerk die Anschaulichkeit der Probleme. Dargestellt wurden die Einzugsbereiche der offenen Ladengeschäfte und des Handwerks für 1913 und 1929, der Rückgang des Verkehrs auf den durchschnittlichen Strecken, der tägliche Personen- wie Güterzugverkehr auf den Staats- resp. Reichsbahnstrecken 1913 und 1928, das ostdeutsche Bahnnetz 1929, die notwendigen Straßenbauten nach dem Stand vom 1. April 1929, endlich die Wohlfahrts- und kulturellen Einrichtungen im Grenzgebiet nach dem Stand vom 1. August 1929. Die oft recht schwierige Materie stellte hohe Anforderungen an die Kunst der Darstellung, doch darf geurteilt werden, daß die Aufgabe glänzend gelöst wurde und das Kartenwerk an Eindrucksfähigkeit und Exaktheit einzigartig genannt werden kann.

Möge das verdienstvolle Werk ein dankbares Publikum finden. Möge es sein Ziel erreichen, die für das gesamte Volk vitalen Fragen einer breitesten Öffentlichkeit bewußt und klar zu machen und die Grundlagen einer Lösung dieser Fragen zu bieten. Das Ausland wird, sofern es z. Z. überhaupt objektiven Darlegungen zugänglich ist, an diesem Standwerk ostdeutscher Geopolitik gewiß nicht vorübergehen können. Die „Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung“ hat mit dieser vorbildlichen Veröffentlichung der deutschen Sache einen außerordentlichen Dienst erwiesen.

Sir Robert Donald: The Polish Corridor and the Consequences. 301 S. mit 9 Karten

und 20 Bildern. Thonton Butterworth, Ltd., London 1929.

Diplomatische Weisheit der Friedensmacher von Versailles schuf Polen als antibolschewistisches Bollwerk und entsprach seinen großmachtlichen Ansprüchen auf Zugang zum Meer durch Zugeständnis des Korridors — abgesehen von Frankreichs Absicht, sich an der Ostgrenze des Deutschen Reiches einen willigen Vasallen zu sichern. Aber ob nicht diese unter bewußter Irreführung über die geographischen, ethnographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tatsachen zustande gekommene Regelung andere, die Befriedung Europas bedrohende Gefahren auslöste, ist eine Frage, die sich einsichtsvolle Männer des Auslandes immer dringender vorlegen. So greift auch der Engländer Sir Robert Donald zur Feder, nach eingehendem Studium der Probleme und Verhältnisse an Ort und Stelle der Wahrheit und dem europäischen Frieden zu dienen. Indem er den Anspruch Polens auf einen Hafen an der Ostsee anerkennt, rückt das Korridor- resp. Weichselproblem in den Mittelpunkt der Betrachtung. Vorurteilslos sucht er der deutschen wie auch der polnischen Auffassung gleichermaßen gerecht zu werden und auf historischem und geographischem Wege in die Materie einzudringen. Mögen auch des Verfassers Ausführungen den Eindruck der Deutschfreundlichkeit erwecken, sein Urteil über die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes fließt aus völlig objektiver Quelle: der Korridor ist weder historisch noch geographisch zu verteidigen, und wirtschaftlich bedeutet er nicht nur den Ruin der angrenzenden deutschen Landesteile, sondern auch des Korridors selbst. Der Verfasser erkennt aber auch klar den inneren Zusammenhang aller Probleme des östlichen Grenzraumes, wenn er die Unsinnigkeit des Weichselweges als Verbindungsstraße Oberschlesiens, dessen natürlicher Ausfuhrhafen Stettin ist, zur Ostsee nachweist. Zur Kennzeichnung der stimmungsmäßigen Einstellung des Engländer zu der beschämenden Wahrheit, daß ein Ostpreuße, will er Berlin besuchen, die polnische Durchreiseerlaubnis haben

muß, sei ein Zitat wiedergegeben, mit dem der Verfasser sein Buch ausklingen läßt: „if I were a Prussian and had to ask permission of a foreign power to visit the Capital of my country I am damned if I would put up with it.“

Wie denkt sich Robert Donald die Lösung? Durch Schaffung eines deutsch-polnischen Wirtschaftsverbandes. Deutschland erhält seine territoriale Souveränität im Korridor wieder, gibt den fremdvölkischen Minderheiten weitgehende Autonomie, räumt Polen in Hamburg sowie in den Ostseehäfen Freizonen ein und gibt Polen auf den Verbindungsbahnen dorthin den Interessen angemessene Rechte. Der Völkerbund resp. ein besonderes Schiedsgericht soll Streitigkeiten schlichten. Weshalb aber die Weichselmündung, Danzig und Dirschau einer internationalen Verwaltung unterstellt werden sollen, bleibt ein unverständliches Kompromiß.

Diese Inhaltsangabe verzichtet bewußt auf Kritik, um nicht den erfreulichen Eindruck zu verwischen, den das Interesse eines Ausländers für unsere östlichen Grenzprobleme erweckt. Erfreulich ist auch die Ausstattung des Buches mit prachtvollen Ansichten deutscher Städte und Burgen im Weichselgebiet sowie zahlreicher recht instruktiver Karten. Möge das Buch im In- und Ausland das weitgehende Interesse finden, das es auf Grund seiner Objektivität und der Wichtigkeit der angeschnittenen Fragen in Anspruch nehmen kann.

H. Rauschnig: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik. 405 S. Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1930.

Auf Grund eigenen Miterlebens und zahlreichen dokumentarischen Materials formt der Verfasser den Stoff nach folgenden Gesichtspunkten: Die polnische Frage im Versailler Friedensvertrage — Die Entwicklung des polnischen Entdeutschungssystems — Der Kampf um Heimat- und Staatsbürgerrecht — Die Verdrängung vom wirtschaftlichen Lebensraum — Die Vernichtung des deutschen Grundbesitzes (Liquidation, Annullierung, Pächtervertreibung, Agrarreform) — Der Kampf um staatsbürger-

liche Gleichberechtigung und persönliche Freiheit — Der Kampf um die deutsche Kulturpflege — Umfang und Wirkung der Entdeutschung.

v. Gayl: Die Not Ostpreußens. Zeitfragen deutscher Kultur. Heft 1. 56 S. Herausgegeben im Auftrage der Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie von Prof. Dr. Fr. Behrend. Wilhelm Gröndler, Buch- und Kunstverlag. Berlin 1930.

„In dem Charakter Ostpreußens als wellenbrechender Hafendamm“ sieht v. Gayl „die Ursache seiner Geschichte des Ruhmes, aber auch seines Elends“. Von diesem Standpunkt aus erinnert der Verfasser an die wechselvolle Vergangenheit Ostpreußens und erklärt als Folge des Versailler Diktates seine wirtschaftliche, kulturelle und seelische Not.

M. Sering: Agrarrevolution und Agrarreform in Ost- und Mitteleuropa. Sonderausgabe aus den Sitzungsberichten der Preussischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, Berlin 1929. Pr. RM. 1.—.

Auf nur 15 Seiten entwirft Sering eine großzügige Skizze der agraren Umwälzungen in Deutschland, Rußland und den Zwischenstaaten. Schlaglichtartig erhellt sich der Hintergrund dieses Problems, das in Familienordnung, Rechtsauffassung und Landschaft wurzelt, und in greller Beleuchtung tritt uns Deutschlands Schicksalsfrage vor Augen: Das Überquellen des bäurischen slawischen Volkstums in unseren entvölkerten Osten.

Die Schrift ist ein Bericht über das Ergebnis von zwei umfassenden Untersuchungen des Deutschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen über 1. die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa und 2. das ländliche Siedlungswesen in Deutschland nach dem Kriege. Von ihnen ist nunmehr im Buchhandel erschienen:

Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa. Ein Sammelwerk, herausgegeben und eingeleitet von Prof. Dr. M. Sering. 493 S. mit einem Kartogramm. Untersuchungen des Deutschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen, Abt. Berlin.

Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1930. Pr. RM. 25.—.

Nach einer Einleitung Serings „Die geschichtlich überkommene Agrarverfassung, Übersicht der Reformgesetzgebung und ihrer Wirkungen“ werden die agraren Umwälzungen Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, der Tschechoslowakei, Österreichs, Ungarns, Jugoslawiens, Großrumäniens, Bulgariens und Griechenlands nacheinander in Einzeluntersuchungen geschildert. Als Mitarbeiter zeichnen nur Fachleute, von denen jeder das von ihm bearbeitete Land durch Studien an Ort und Stelle kennen lernte. Das umfangreiche und ausgezeichnete Werk muß als Standardwerk der osteuropäischen Agrarreformen und -revolutionen charakterisiert werden und ist zu deren Studium sowie der agraren Lebensfragen Europas überhaupt unerlässlich. Nicht zuletzt ist das Werk ein klärender Beitrag zum Problem der Minderheiten in den Oststaaten. So kann die zusammenfassende Darstellung der agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa in ihren Grundlagen und Wirkungen für die deutsche Wissenschaft und für die Politik nicht hoch genug gewertet werden.

M. Yuhasz: Wilson's Principles in Czechoslovak Practice. The situation of the Carpatho-Russian People under the Czech yoke. 61 S. mit einer Karte. Homestead, Pa., 1929.

Der Autor schildert die tschechische Propaganda während des Krieges, die Amerikaner und vor allem auch die amerikanischen Karpatho-Russen (Ruthenen) zu überzeugen, daß der zu schaffende tschechoslowakische Staat ein Muster demokratischer, völkerveröhnender Gesinnung sein würde. In dieser Überzeugung stimmten die amerikanischen Ruthenen den Bestimmungen des Vertrags von St. Germain zu, der den Anschluß Karpatho-Rußlands an die Tschechoslowakei vorsah. Wir verstehen des Verfassers Enttäuschung, wenn er als Ergebnis eines zehnjährigen tschechoslowakischen Regiments feststellen muß, daß seine europäischen Brüder politisch, kulturell, wirtschaftlich nichts als Unterdrückung erfuhren. Auch die Ent-

täuschung, daß die auf Autonomie zielenden Proteste und Memoranden unberücksichtigt blieben, wissen wir zu würdigen. Wir können daher der Schrift nur weiteste Verbreitung, vor allem gerade in der anglo-amerikanischen Welt, wünschen, um ihr Gewissen auch für die Nöte der deutschen Minderheiten, aber nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern im ganzen durch die Friedensschlüsse von St. Germain und Versailles umgestalteten Europa zu schärfen.

Sudetendeutsches Jahrbuch 1929. Als Jahrbuch der Anstalt für Sudetendeutsche Heimatforschung zugleich für die literarische Adalbert-Stifter-Gesellschaft in Eger und mit den Berichten aller sudetendeutschen Schutzvereine herausgegeben von **Otto Klatzl**. 388 S. mit zahlreichen Bildbeigaben und einer Sprachenkarte. Im Buchhandel durch Johannes Standa, Kassel.

Eine Sammlung wertvoller Aufsätze über sudetendeutsches Land und Art und ein Dokument zählen, verantwortungsbewußten Ringens um Erhaltung ihres Volkstums auf bedrohtem Außenposten um des Gesamtvolkes und Reiches willen.

Die nationalen Minderheiten im Deutschen Reich und ihre rechtliche Situation. 1. Heft der Schriften zur europäischen Minderheitenfrage. Herausgegeben von **J. Bogensen** und **J. Skala**. 23 S. mit 1 Karte. Kommissionsverlag: Schmalers Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Bautzen 1929.

Die Tendenz der Schrift ist augenfällig: Sie soll die minderheitenfeindliche Einstellung der

deutschen Regierung innerhalb der eigenen Landesgrenzen beweisen. Die juristischen Fragen entziehen sich unserer fachgemäßen Beantwortung, doch verweisen wir ergänzend auf das im 11. Heft, VI. Jahrgang, dieser Zeitschrift angezeigte Buch **Gerbers: Minderheitsrecht im Deutschen Reich**. Wie gewaltsam aber die Verfasser mit den deutschen Volkszählungsergebnissen von 1925 umgehen, zeigen einige Beispiele:

Volkszählung am 16. Juni 1925

Muttersprache dänisch	4 166 Personen
deutsch und dänisch	1 343 „
Muttersprache wendisch	62 622 „
wendisch und deutsch	10 004 „
Muttersprache litauisch	4 208 „
litauisch und deutsch	3 267 „
Muttersprache polnisch	356 344 „
polnisch und deutsch	545 698 „

Schätzung der Herausgeber

Dänische Minderheit	15—20 000 Personen
Wendische Minderheit	160 000 „
Litauische Minderheit	160—180 000 „
Polnische Minderheit	1 200 000 „

Es steht zur Debatte, was die Herren Autoren als Kennzeichen einer Minderheit gelten lassen wollen, wenn nicht das Bekenntnis zur Sprache? Die Angriffe auf die Richtigkeit der deutschen Statistik bedürfen einer Beweisführung und richten sich, da sie in Verdächtigungen steckenbleiben, selbst.

OTTO MAULL:

Systematisch-erdumspannender Literaturbericht

†**Alexander Supan: Grundzüge der physischen Erdkunde.** 7., gänzlich umgearbeitete Auflage unter Mitwirkung von **Kurt Brüning**, **Walter Georgii**, **Gerhard Schott**, **Fritz Machatschek**, **Erich Leick** und **Ferdinand Pax**, herausgegeben von **Erich Obst**. Bd. II, Teil 1: Das Land (Allgemeine Geomorphologie). Mit 2 Tafeln und 151 Figuren im Text. 551 S. Bd. II, 2. Teil: Pflanzen- und Tiergeographie.

Mit 1 Tafel und 60 Figuren im Text. 269 S. Berlin und Leipzig (Walter de Gruyter u. Co.) 1930. 1. Teil geh. 22 M., geb. 24 M.; 2. Teil geh. 12.50 M., geb. 14 M.

Mit dem Erscheinen des in zwei Teile gegliederten 2. Bandes der von **Erich Obst** besorgten Neubearbeitung der „Grundzüge der physischen Erdkunde“ **Alexander Supans** liegt

diese abgeschlossen vor. Da wir die Ansicht vertreten, daß Geopolitik nur von der gesicherten Grundlage der Geographie aus getrieben werden kann, verweisen wir an dieser Stelle auch auf dieses fundamentale Werk. Dieser Hinweis wird aber schlechthin durch die Eigenart des neuen Supan-Obst gefordert. Es gibt zur Zeit in der deutschen geographischen Literatur kein Lehr- und Handbuch, das eine so vorteilhafte Aufteilung unter geographische oder der Geographie verwandte Fachwissenschaftler zeigte wie dieses, eine Aufteilung, die als ein weises Eingeständnis des Herausgebers aufzufassen ist, daß es bei der heutigen Spezialisierung der Geographie in einzelne Disziplinen einem einzigen Bearbeiter kaum mehr möglich sei, Gleichgründliches und Gleichwertiges zu bieten. Im Sinne dieser Arbeitsteilung hat im Verein mit Fritz Machatschek und Kurt Brüning Erich Obst selbst die Geomorphologie geschrieben, während der Botaniker Erich Leick die Pflanzenwelt, der Zoologe Ferdinand Pax die Tierwelt geographisch dargestellt haben.

Die Bearbeitung der Geomorphologie, die den ganzen 1. Teil des 2. Bandes einnimmt, ist aber alles andere als ein Lehrbuchabriß. Es ist ein wichtiges Handbuch der Geomorphologie daraus geworden, das eigentlich ein klein wenig den Rahmen der Grundzüge sprengt, aber als ein solches der Grunddisziplin aller Geographie in so ausführlicher Darstellung nur begrüßt werden kann. Ganz im Sinne der von Supan besorgten früheren Auflage hat Obst in dieser Geomorphologie kein durch irgendeine bestimmte Lehrmeinung versteiftes Lehrgebäude gebaut, sondern es kam ihm darauf an, kritisch referierend den Stand der Wissenschaft darzulegen. Das Für und Wider wird bei den einzelnen Anschauungen abgewogen, und reichlich wird alles durch Beobachtungen belegt. In der ersten Hälfte der Geomorphologie werden die formenschaaffenden Kräfte und Vorgänge behandelt, sowohl die endogenen (Vulkanismus, Erdbeben, Niveauveränderungen, Bruchbildung und Faltung) wie die exogenen (Verwitterung und Böden, Massenabwanderung, Abspülung,

fluviatile und glaziale Erosion (von Machatschek), Arbeit des Windes, des Meeres und der Lebewesen). Die Art der Behandlung ist nicht neu, sondern üblich, aber eine andere wäre auch kaum angezeigt gewesen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß dabei im Gegensatz zu anderen Darstellungen der Geomorphologie jeweils großer Wert auf die Erfassung der Verbreitung der Kräfte und Vorgänge auf der Erde gelegt wird und wertvolle Karten als Übersichten beigezeichnet worden sind. Der ganze zweite Teil ist im Gegensatz zu unseren übrigen geomorphologischen Lehrbüchern dem Formenschatz der Erde vorbehalten, und zu seiner Entwirrung wandelt Obst beachtenswerte Wege. Während Supan seinerzeit diesen Formenschatz von vornherein analytisch in Struktur- und Destruktionsformen aufgelöst hat, lehnt es Obst ab, mit dieser „entscheidenden Frage“ zu beginnen. „Man darf die Beschreibung des Seienden über der Darstellung des Gewordenen nicht vergessen, weil sich die kausalwissenschaftlichen Probleme normalerweise doch erst aus der Darstellung des Vorhandenen ergeben . . . Eine genaue Beschreibung aller Beobachtungstatsachen ist ohne Zweifel wertvoller als eine mangelhaft fundierte kausalwissenschaftliche Spekulation, die von dem Drange ausgeht, unter allen Umständen eine Erklärung zur Hand haben zu müssen.“ Das sind goldene Worte, die man jedem Geographiestudierenden ins Stammbuch schreiben sollte. Unter dem Einfluß dieser Überlegungen stellt Obst Relieftypen auf, die natürlich auch in ihrer Anwendung der Vielfältigkeit des geomorphologischen Formenschatzes Gewalt antun müssen, die aber so einfacher Art sind, daß man sie als geomorphographische Elementartypen bezeichnen könnte: es sind Berge und Hügel, Stufen, Gebirge, Täler, Becken und Mulden, Flachländer, Küsten. Sie stellen zugleich, in genauer Beschreibung erfaßt, das Problem, das Zuerklärende dar. Diesem morphographischen System ordnet sich also bei Obst die dann einsetzende, durch die Beobachtungskriterien dirigierte genetische Erklärung unter. Das einmal eingehend durchgeführt zu haben,

ist ein großes Verdienst der Obstschen Geomorphologie, wenn auch dabei manche Härten, die im Zerreißen von genetischen Zusammenhängen bestehen, mit in Kauf genommen werden müssen (z. B. mußten die verschiedenen Formen des glazialen Formenschatzes natürlich in verschiedenen Kapiteln behandelt werden, die Tröge bei den Tälern, die Kare bei den Gebirgen usw.). Mit den Kapiteln über die petrographische und klimatische Bedingtheit des Formenschatzes schließt Obsts Anteil, den man unstreitig als einen völlig gelungenen Versuch bezeichnen kann, nicht gerade unbekannte, des öfteren aufgezeigte, aber merkwürdigerweise gemiedene Wege auch einmal wirklich zu gehen.

Gibt die geomorphologische Gestaltung der Erde die Basis für die Entwicklung der Staaten und der Entfaltung ihres Lebens ab, so bietet naturgemäß die Biogeographie im engeren Sinne gar mannigfache aufhellende Parallelen zur Biogeographie im weitesten Sinne, also auch zur politischen Geographie und Geopolitik. Sie sind natürlich nicht herausgearbeitet, wenn auch die Abschnitte Pflanzen- und Tiergeographie eingestellt sind in das Gesamtsystem der Geographie. Aber die Grundlage, die Leick und Pax in dem „Supan-Obst“ geschaffen haben, ermöglichen leicht eine solche Betrachtung. Innerhalb der floristischen Pflanzengeographie regt die Betrachtung der Verbreitungsareale, der Vegetationslinien und der endemischen Gebiete dazu an. Die ökologische Pflanzengeographie schließt die Lehre von den Grenzen ein, die den Pflanzen durch Klima und Boden in ihrer Verbreitung gezogen sind. Die soziologische Pflanzengeographie steht ihrem ganzen Wesen nach der Lehre von den politischen Gesellschaftsformen nahe. Pflanzenformationen sind, von höherer Warte aus betrachtet, Gruppenraumorganismen wie der Staat. Lediglich die genetische Pflanzengeographiestehtsolcher Betrachtungsweise ferner. Verbreitungszentren, Areale, Endemismus usw. spielen abermals in der allgemeinen Verbreitungslehre der Tiere eine beherrschende Rolle. Die Bedeutung der Lebensräume, die Wanderungen der Tiere bieten weitere Analoga. Selbst-

verständlich erschöpft sich die von den beiden Verfassern dem Handbuch eingebaute Pflanzen- und Tiergeographie nicht in diesen Fragen. Sie ist, rein äußerlich, im Vergleich mit der Darstellung der entsprechenden Abschnitte in der vorigen Auflage fast auf den dreifachen Umfang angewachsen (von 99 auf 251 Seiten). Dieser Teil des Supan-Obst gibt eine Darstellung der beiden Disziplinen, die man ungern missen möchte, und die die Grundzüge der physischen Erdkunde, der analytischen Geographie der Naturlandschaft zu einer Einheit abrundet, zu deren Schaffung man Herausgeber und Verfasser nur aufrichtigst beglückwünschen darf.

Die Großmächte der Gegenwart vor und nach dem Weltkriege. 22. Auflage der Großmächte Rudolf Kjelléns, in Verbindung mit Hugo Hassinger, Otto Maull und Erich Obst herausgegeben von Karl Haushofer. Mit 80 Textskizzen. 348 S. Leipzig und Berlin (B. G. Teubner) 1930. Geb. 12 M.

Da die Arbeit an dieser Neuauflage, gemessen an der Zahl der Mitarbeiter, zu $\frac{3}{4}$ von den Herausgebern dieser Zeitschrift bestritten worden ist, kann es sich an dieser Stelle nur um eine Selbstanzeige handeln. In enger Anlehnung an das Werk Kjelléns haben die vier Bearbeiter dieses überprüft, auf den neuesten Stand gebracht, wozu namentlich auch die ausgiebige am Ende in dieser Form neugegebene Statistik dienen soll, und die Darstellung bis auf den heutigen Tag heraufgeführt. Der Herausgeber, Haushofer, hat so die allgemeinen Abschnitte, Deutschland und Ostasien, behandelt. Hassinger hat Österreich und die Nachfolgestaaten, Italien und Frankreich, Obst hat England und Rußland, der Referent hat Nord- und Südamerika so bearbeitet. Am meisten mußte naturgemäß an den Nachkriegskapiteln geändert werden, und neben umfänglicheren Teilneubearbeitungen sind zwei neue Kapitel, Ostasien und Lateinamerika, dabei entstanden, die Zonen werdender Großmächte gewidmet sind. Im Gegensatz zu den früheren Auflagen sind in reichem Umfange Kartenskizzen beigegeben, und ein Bild Kjelléns zielt pietätvoll das Buch. „Das einzige, was sie (die Herausgeber) in An-

spruch nehmen, ist der gute Glaube, in treuer Achtung aus dem Geiste Kjelléns sein Werk umgegossen zu haben."

Außenpolitische Studien. Festgabe für Otto Köbner. In Zusammenarbeit mit Paul Arndt, Ludwig Bergsträsser, Friedrich Dessauer, Wolf von Dewall, Erich Dombrowski, A. Frangulis, Friedrich Giese, Adolf Grabowsky, Otto Hoetzsch, Karl Klinghardt, Wolfgang Kraus, Siegfried Krautkopf, Gottfried Salomon, Erich von Salzmänn, Karl Strupp, T. Uehara, Veit Valentin, Walter Vogel, Fritz Wertheimer und Heinz Ziegler herausgegeben von Wilhelm Arntz. 408 S. Stuttgart (Ausland und Heimat) 1930. Geh. 12,50 M.

Dem ersten deutschen Ordinarius für Auslandskunde, auswärtige Politik und Kolonialwesen, Otto Köbner, der an der Frankfurter Universität wirkt, gilt diese Gabe als Gruß und Glückwunsch zur Vollendung seines 60. Lebensjahres. Der Band legt deutlich Zeugnis davon ab, wieviel Widerhall das Wirken Köbners gefunden hat. Hoetzsch zieht, die Arbeit Köbners fein objektiv beleuchtend, die Parallele zwischen der Entfaltung der außenpolitischen Bildungsarbeit in Nordamerika und in Deutschland. Dombrowski und Frangulis analysieren den modernen Politiker. Salomon behandelt in einem beachtenswerten Aufsatz die Politik als Wissenschaft, die vielleicht in dieser Fassung doch wieder etwas eng und sonderwissenschaftlich erscheint. Man vermißt gar manche Gedankengänge, die auch in die Politik einmünden. Walter Vogel gibt einen beachtenswerten Beitrag zur geographischen Verwaltungsgliederung der Staaten, der vornehmlich europäische Beispiele behandelt. Friedrich Gieses Ausführungen über altes und neues Kolonialrecht werfen helles Licht auf die Beurteilung der deutschen Kolonialfrage. Strupp steuert eine gründliche Studie über die römische Frage bei. Die Minderheitenfrage wird von Wertheimer behandelt. Bedeutungsvoll ist der Aufsatz von Grabowski über die Außenpolitik der Sowjetunion. Fäden Rußlands zur Berliner Märzrevolution werden von Veit Valentin verfolgt. Auch die Studie von Wolfgang Kraus über die völkerrechtliche Stellung Indiens ist

aktuell. Krautkopf betrachtet die britische Kolonialpolitik in Ost- und Zentralafrika. Klinghardt spürt dem Nationalismus in der türkischen Geschichte nach. Salzmänn führt nach Südchina, Uehara nach Japan, dessen Kolonialmilizsystem er betrachtet. Paul Arndt untersucht die weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nordwesteuropa und Nordostamerika. Arntz skizziert das Konfliktproblem zwischen Staat und Kirche in Mexiko. So ist diese Festgabe für Köbner eine Sammlung von Studien über brennendste außenpolitische Fragen und damit ein wertvoller Beitrag zur außenpolitischen Bildungsarbeit überhaupt.

James T. Shotwell: Der Krieg als Mittel nationaler Politik. Mit einem Vorwort von Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron, deutschem Botschafter in London. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Rudolf Nutt. 2 u. 271 S. Berlin und Leipzig (Deutsche Verlagsanstalt) 1930. Geb. 10 M.

Shotwell, einer der angesehensten amerikanischen Historiker, der am Zustandekommen des Kellogg-Paktes hervorragenden Anteil genommen hat, widmet dieses Buch der Geschichte und der Bedeutung dieses Paktes. Er ist dabei kein kritikloser Bewunderer. „Die Behauptung, daß der Tag, an dem der amerikanische Vorschlag gemacht wurde, der Geburtstag des Friedens sei, gehört zu den Ausdrücken, die jeden ernsten Geschichtsforscher zu einer bedächtigeren Würdigung veranlassen müssen.“ Darum paßt er die Frage in den größeren, ihr gebührenden Rahmen ein, betrachtet kurz den Krieg in der Geschichte. Er zeigt die Verbundenheit des Krieges mit der Gesamtentwicklung unserer Kultur. Aber der Fluß der Geschichte ist eingemündet in eine Welt der Wissenschaft, die mit ihren Fragestellungen auch vor dem Krieg nicht haltgemacht hat. Das ist die Sphäre, in der der Pakt gedacht werden konnte, dessen einzelne Entwicklungsetappen von Shotwell betrachtet werden, und in der er abgeschlossen worden ist. Seine politische Bedeutung wird von Shotwell eingehend in dem dritten Teil des Buches erörtert. Das Buch gehört zu denen, die geschrieben werden

mußten. Sein besonderer Reiz liegt darin, daß es in der Werkstatt entstanden ist, in der auch der Pakt geschaffen wurde.

Werner Sombart: Die drei Nationalökonomien. Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft. 12 u. 352 S. München und Leipzig (Duncker u. Humblot) 1930. Geh. 12 M., geb. 16 M.

Es ist ein Buch der Besinnung; wissenschaftlicher Einkehr, das aus dieser heraus richtunggebend wirken will. Es klagt einleitend, den heutigen Zustand der Nationalökonomie schildernd, über die Unbestimmtheit des Gegenstandes, der Erkenntnisweise und der Nomenclatur in dieser Wissenschaft. Um aus diesem skizzierten Wirrwarr herauszukommen, versucht Sombart, die verschiedenen Auffassungen, die in der Nationalökonomie zutage getreten sind, auf die letzten Erkenntnisgrundlagen zurückzuführen, ein Verfahren einzuschlagen, von dem es nur wundernimmt, daß es, wie Sombart selbst sagt, bisher noch nicht geübt worden ist. So kommt Sombart entsprechend den Grundeinstellungen zur menschlichen Kultur und ihren Teilen zu den drei Nationalökonomien, der metaphysischen oder richtenden, der naturwissenschaftlichen oder ordnenden und der geisteswissenschaftlichen oder verstehenden. Das Wesen dieser drei Richtungen wird in dem zweiten Teil des Buches nach den sachlichen Gesichtspunkten und ihren wichtigsten Vertretern dargestellt, wobei sich allerdings ergibt, daß sich die drei Gestaltungsformen der Nationalökonomie fast nie rein in den einzelnen Systemen ausgeprägt haben. An Kritik gegenüber den einzelnen Richtungen wird nicht gespart. Die metaphysische Nationalökonomie erscheint Sombart politisch getrübt. Aber mehr: „Es handelt sich bei ihr nicht um Wissenschaft, sondern um Metaphysik, wenn nicht gar um Religion.“ Die naturwissenschaftliche Nationalökonomie müsse, meint Sombart, wie jede Naturwissenschaft auf die Wesenserkenntnis verzichten. „Die ordnende Nationalökonomie kann allenfalls zu einer Marktanalyse kommen. Der größte Umfang der Darstellung wird der verstehenden

Nationalökonomie gewidmet, der Sombarts eigenes System angehört. Aber Sombart will darüber hinaus. Neben den drei Nationalökonomien gibt es noch etwas, die Lehre von der Wirtschaft als Ganzes. Sie ergibt sich für Sombart aus der Dreiheit: Wirtschaftsphilosophie, Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftskunstlehre. Das Buch, das gleichsam Katalog zum Sombartschen Schaffen sein soll, ist ungemein klar, fesselnd geschrieben, es ist Einführung und tiefe Anregung zugleich.

Andree-Heiderich-Sieger: Geographie des Welthandels. Eine wirtschaftsgeographische Erdbeschreibung. 4. Auflage. 3. Bd. Produktion — Verkehr — Handel, herausgegeben von Hermann Leiter und Bruno Dietrich. 12 u. 602 S. Wien (L. W. Seidel) 1930.

Das Standardwerk der speziellen Wirtschaftsgeographie, die einst von Karl Andree geschaffene Geographie des Welthandels, hat in der vierten Auflage mit einem allgemeinen, vergleichenden Schlußband seine Vollendung erfahren. Infolge des Todes der beiden bisherigen Herausgeber, Franz Heiderichs und Robert Siegers, die noch die beiden ersten Bände der gleichen Auflage besorgt haben, hat die Redaktion gewechselt. Zu Hermann Leiter, der schon an der vierten Auflage beteiligt war, ist Bruno Dietrich getreten. Diese beiden Vertreter der Wirtschaftsgeographie an der Wiener Hochschule für Welthandel haben sich in die Bearbeitung des letzten Bandes geteilt und diesen im Vergleich zu dem entsprechenden Band der dritten Auflage völlig neu gestaltet. Man muß sagen: das ist nicht zu seinem Nachteil geschehen. Dietrich hat den Boden geschaffen, die geographischen Grundlagen der Weltwirtschaft behandelt und dann die Weltproduktion dargestellt. Die erste Aufgabe ist in ihrem ersten Teil stark beziehungswissenschaftlich gelöst. Der zweite dagegen, in dem sich beachtliche Anregungen finden, gehört unmittelbarer dem System der Wirtschaftsgeographie an. Die Lehre von der Weltproduktion erfreut durch eine echtgeographische Gliederung. Wirtschaftszonen, wenn es natür-

lich auch Abstraktionen des wahren Wirtschafts- bildes der Erde sein müssen, werden betrachtet, wie die Landbauzonen, die Waldgebiete usw., und ihnen werden die Ausführungen über die einzelnen Produkte untergeordnet. Von Leiter werden die Verkehrswege und -mittel in ihrer Entwicklung in den einzelnen Milieus — Land, Wasser, Luft — geschildert. Die Betrachtung der Arten des Handels, seiner Institutionen und der Handelsbedeutung der einzelnen Güter schließt ab. So ist eine vergleichende Wirtschafts- und Verkehrsgeographie entstanden, die sich würdig an die spezielle wirtschaftsgeographische Bearbeitung der einzelnen Länder reiht, und die im Gegensatz zu den beiden ersten Bänden einem stark gefühlten Bedürfnis Rechnung getragen hat, nicht nur im Wort, sondern auch in höchst instruktiven Karten darzustellen. Während sich die Leiterschen Karten durch ihren Reichtum an speziellem Inhalt auszeichnen, gebührt den Karten Dietrichs ein gewisser Vorzug, weil sie die Erfassung des Inhalts auf einen Blick ermöglichen. Neben den übrigen Wirtschaftsgeographien kommt diesem Band, der auf Weltübersicht und Vergleich den Hauptnachdruck legt, eine wohlbegründete Stellung zu.

Ernst Friedrichs Geographie des Welthandels und Weltverkehrs. Neubearbeitet in zweiter Auflage von **Walther Schmidt**. Mit einer farbigen Karte. 16 u. 512 S. Jena (Gustav Fischer) 1930. Brosch. 25 M., geb. 30 M.

Daß man die wirtschaftsgeographische Gliederung der Erde auch anders begründen kann, das lehrt Friedrichs Geographie des Welthandels und Weltverkehrs, die in zweiter Auflage Walther Schmidt besorgt hat. Sie ist in nicht unwesentlichen Teilen anders als die erste Auflage, und doch geht noch die gleiche Grundauffassung durch das Buch hindurch: die Lehre von der Abhängigkeit der Wirtschafts-, Handels- und Verkehrszonen von den durch das Klima bedingten Räumen. Die allgemeine Handels- und Verkehrsgeographie erörtert zunächst die natur- und kulturgeographischen Grundlagen des Handels und Verkehrs, um sich dann in voller Breite

den produktions- und konsumtionsgeographischen Grundlagen zuzuwenden, einer reichlich mit verdienstlicher, weil sehr übersichtlich angeordneter Statistik durchsetzten Güterlehre, die nur in ihrem Schlußkapitel, das die Produktion nach Wirtschaftszonen und Wirtschaftsgebieten betrachtet, einen stärkeren geographischen Einschlag aufweist. Der folgende Abschnitt Welthandel und Weltverkehr betrachtet abermals die Güter als Welthandelsobjekte, die Verkehrsmittel und Verkehrswege und schließt ebenfalls mit einer Übersicht über die Welthandels- und Weltverkehrsräume. Die spezielle Handels- und Verkehrsgeographie gliedert sich nach Wirtschaftskontinenten und Wirtschaftsräumen, in die sich die ersteren auflösen. Neben dem amerikanischen Wirtschaftskontinent stehen der europäisch-afrikanisch-nordwestasiatische und der australasiatische. Statistik, die den Güterhandel, die Verkehrsmittel und -wege und den Länderhandel berücksichtigt, und umfängliche Literaturangaben schließen das Buch ab. Es ist ein systematisch gut durchgearbeitetes Nachschlagebuch. Darüber hinaus entbehrt es aber nicht eines tief wissenschaftlichen Grundgedankens, die Handels- und Verkehrsgeographie unter einem übergeordneten Gedanken zu begreifen, der aber nicht überall voll zum Ausdruck gekommen ist.

Siegfried Passarge: Stadtlandschaften der Erde, unter Mitarbeit von **B. Dietrich, M. Eckert, K. Frenzel, W. Geisler, O. Jessen, L. Mecking, H. Schmitthenner** und **A. Schultz**. Mit 30 Abbildungen im Text und 8 Tafeln. 7 u. 154 S. Hamburg (Friedrichsen, de Gruyter & Co.) 1930.

Es ist gerade in seiner Mannigfaltigkeit ein reizvolles Buch, das zu einer systematischen Bearbeitung der Stadtlandschaften anregen will. Eckert hat die Entwicklung der kartographischen Darstellung von Stadtlandschaften dargestellt. Frenzel hat die deutsche Stadt im Mittelalter als Lebensraum betrachtet. Jessen hat spanische, A. Schultz russische Stadtlandschaften, Passarge solche des arabischen Orients, Schmitthenner die chinesische Stadt, Mecking die Japans, Geisler die Australiens und endlich Dietrich die amerikanischen Stadtlandschaften behandelt. Unstreitig

ist hier wertvolles Material für eine vergleichende Stadtlandschaftskunde geboten worden, die, wie Passarge richtig bemerkt, noch aussteht.

Annuaire de la Société des Nations 1929. Troisième Année. Préparé sous la direction de Georges Otlik. 16 u. 655 S. Genève.

Das als Nachschlagebuch gedachte Jahrbuch berichtet über die Organisation, die Delegierten, Institutionen des Völkerbundes und die Ereignisse, die ihn in der Spanne 1928/29 beschäftigt haben. Es gibt ferner eine statistische Übersicht über die Staaten, die ihm angehören.

Occidental, Die Weltsprache. Einführung samt Lehrkursus, Lesestücken, Häufigkeitswörterverzeichnis u. a. Herausgegeben von E. Pigal. 253 S. Stuttgart (Franckhsche Verlagsbuchhandlung). Brosch. 5.50 M., geb. 8 M.

Das Büchlein macht Propaganda für eine neue Weltsprache Occidental, die Edgar von Wahl in Reval erfunden hat. Ihre Formen und Regeln beruhen auf Elementen, die aus den internationalen Wörtern gebildet und vielen Sprachen gemeinsam sind. Interessant ist die Übersicht, in der die übrigen Weltsprachen gemustert werden. Die Kritik über seine Brauchbarkeit steht den Philologen zu; noch mehr wird über sie aber der Erfolg entscheiden.

Imre Ferenczi: Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker. Ein geschichtlicher Überblick. Kieler Vorträge, herausgegeben von Bernard Harms. 50 S. Jena (Gustav Fischer) 1930.

Der Verfasser gliedert, die Verhältnisse vor dem Krieg betrachtend, die Behandlung des wichtigen Problems in Volkswanderungen, Zwangswanderungen von Flüchtlingen, monarchische Anwerbung von Siedlern und proletarische Massenwanderungen. Im zweiten Teil betrachtet er die sozialpolitischen und interstaatlichen Regelungen der Wanderungen nach dem Kriege.

Ludwell Denny: Ölquellen — Kriegsquellen. Weltmachtprobleme 1. Mit 5 graphischen Darstellungen. 276 S. Zürich und Leipzig (Orell Füßli) 1930. Kart. 6.40 M.

Der bekannte vielgereiste amerikanische Journalist gibt eine spannende Darstellung des Kampfes um das Erdöl in allen seinen Etappen, wie er sich zwischen England und den Vereinigten Staaten abgespielt hat. Als eine Geschichte kann man das Buch nicht auffassen, denn der Kampf ist noch nicht vorbei. Es sind Dokumente zu einer der brennendsten wirtschaftspolitischen, ja weltpolitischen Gegenwartsfragen schlechthin. Im Augenblick erscheint England in einer ungleich günstigeren Kampfstellung als Amerika.

Agrarprobleme, herausgegeben vom internationalen Agrarinstitut Moskau. Bd. 2, H. 2, S. 209—405. München (Duncker und Humblot) 1929. Geh. 8 M.

Wiederum liegt ein stattliches Heft dieser Zeitschrift vor, die sich die Aufgabe gestellt hat, Fragen der Agrarpolitik national und international zu verfolgen. Dubrowski untersucht das Wesen des Feudalismus, der Leibeigenschaft und des Handelskapitals, wobei die Fragestellung aufgeworfen wird, ob es eine asiatische Produktionsweise dieser sozialen Formen gebe. Muralow handelt über die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft und des Fünfjahresplans. Gavelius berichtet über die Veränderungen der sozialökonomischen Struktur der russischen Landwirtschaft. Scheffler vergleicht den landwirtschaftlichen Kredit in verschiedenen Ländern. Timow wirft die Frage auf, ob Rumänien agrarisiert oder industrialisiert werde. Aufsätze über Kolumbien und den Imperialismus der Vereinigten Staaten, die Neger in der Landwirtschaft der Union und die Agrarkrise und Hungersnot im Osten schließen ab.

Henning Kaufmann: Rhythmische Phänomene der Erdoberfläche. Mit 15 Abbildungen. 5 u. 347 S. Braunschweig (Vieweg u. Sohn) 1929. Geh. 14 M., geb. 16 M.

Es ist ein revolutionierender Versuch, der eine allgemeine physikalische Geomorphologie anbahnt und sich sowohl an den Geographen wie Geologen, an den Physiker wie Hydrotechniker und darüber hinaus an gebildete Kreise wendet, die nach wissenschaftlicher Vertiefung streben.

Aus der Reaktion gegen die biologische Anschauungsweise in der Geomorphologie heraus unternimmt es Kaufmann, das Prinzip der Entwicklung durch das Prinzip der rhythmischen Differenzierung zu ersetzen. Von einer Anzahl Erscheinungen, die als rhythmische Phänomene gedeutet werden können, ausgehend, stellt er Typen auf, die aber selbst noch viel Problemhaftes in sich bergen. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Unbestreitbar ist es aber ein Buch, an dem niemand vorbeigehen kann, der sich mit diesen Problemen beschäftigt.

P. H. Scheffel: De Principiis Rerum Gestarum. Die Regel in der Geschichte. 9 u. 321 S. Wurzen (C. Junghans) 1929. Geh. 15 M.

Der bekannte Verkehrshistoriker der Alpen, P. H. Scheffel, legt ein Werk geschichtsphilosophischen Inhalts vor, in dem er bestrebt ist, Regeln in der Geschichte zu erkennen. Der Historiker will ja aus guten Gründen nicht viel von Regeln, Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte wissen. Aber es wird nicht zu leugnen sein, daß dem historischen Ablauf einige große Linien allgemeiner Natur vorgezeichnet sind, die seinen Phänomenen bei aller Freiheit des handelnden Menschen etwas Regelhaftes aufzwingen. Wer mit solchen Gedanken an die Geschichte herangeht, wird allerlei Gefallen an dem Scheffelschen Buch haben, dessen historische Beurteilung im einzelnen natürlich dem Fachhistoriker vorbehalten bleiben muß. Dem Referenten erscheint es freilich von seinem Standpunkt aus sehr zweifelhaft, ob die Regeln, die Prinzipien, mit den üblichen Abschnitten der Geschichte so übereinstimmen, daß man von einem griechischen, hellenistischen, römischen Prinzip usw. reden darf. Sicher gehört das Buch aber zu denen, die Anregungen geben, wenn man bemüht ist, solchen Gesetzmäßigkeiten nachzuspüren. Darum muß an dieser Stelle ganz besonders auf dieses Werk Scheffels hingewiesen werden. Dagegen glauben wir kaum, daß es dem Fachhistoriker irgend etwas an Stoff zu bieten vermag. Dafür geht es in zu spärlicher Weise auf die Quellen zurück.

Herman Wirth: Der Aufgang der Menschheit. Untersuchungen zur Geschichte der Religion, Symbolik und Schrift der Atlantisch-Nordischen Rasse. Textband 1: Die Grundzüge. Mit 68 Textabbildungen, 28 Bildbeilagen und einem Schriftafelanhang. 632 S. Jena (Eugen Diederichs) 1928. Brosch. 50 M.

Wirths Buch mutet wie ein ungefüges monumentales Werk aus der Urzeit an. Man wähnt vor einem Zyklopenbau zu stehen, der aus unbehauenen Steinen aufgerichtet ist — das Behauen des Materials, Methode, ist dem Verfasser fremd — und der trotz der architektonischen und inneren Mängel Bewunderung auslöst vor dem Mut gegenüber der Übergröße der Aufgabe und der Kraft des Verfassers, die Wissensblöcke aufeinander zu türmen. Von einer Analyse der paläolithischen Schriftzeichen und ihrer Symbolik geht der Verfasser aus; denn es war bekannt, daß genau die gleichen oder wenigstens ähnlichen Zeichen an vielen Stellen auf der Erde auftreten, eine Tatsache, die man schon längst durch den Elementargedanken zu verstehen versucht hat. Es ist dem Referenten nicht möglich, zu entscheiden, ob dem Verfasser die Lesung und Deutung dieser Zeichen gelungen ist. Lediglich sein Gedankengang soll weiter verfolgt und die Möglichkeit solcher Ableitung überprüft werden. Verfasser glaubt, daß ihn seine Beobachtungen zur Annahme eines einheitlichen paläolithischen Kulturzentrums im arktisch-atlantischen Gebiete, nordwestlich des heutigen Europa, zwingen. Von dort aus sollen sich die paläolithischen Kulturen über alle Welt verbreitet haben, nach Amerika, nach der Alten Welt. Träger dieser Kultur ist ihm die helle arktische Rasse, die im Süden auf die dunkle negritisch-weddische Rasse gestoßen ist. An der Mischungszone sind die alten Hochkulturen entstanden. Dann hat sich aber die Zone größter kulturlicher Regsamkeit wieder nach Norden zurückverlegt. So wird eine großartige Hypothese der Entwicklung menschlichen Geistes durch Springen von Wissenschaft zu Wissenschaft aufgebaut. Man staunt über die Kenntnisse des Verfassers und versteht eigentlich aber auch dann, daß das Errafte höchstens Wissensgut

geworden sein kann, daß es aber den Autor nicht zu einem außerordentlichen Können befähigt haben kann. Vor allem der Boden für diese großartige Hypothese fehlt im wahrsten Sinne des Wortes. Verfasser glaubt zwar den Boden gefunden zu haben, indem er seine Hypothese durch die Alfred Wegeners zu stützen versucht und von diesem unbesehen den Satz übernimmt, daß bis ins Diluvium die Verbindung zwischen Europa und Nordamerika bestanden habe. Diese Annahme läßt sich aus physisch-geographischen Gründen nicht halten. In der Datierung der Wanderung der Kontinente ist sicher die schwächste Stelle der Wanderungshypothese zu sehen, mit der die Geologen

im allgemeinen überhaupt nicht sonderlich einverstanden sind. Und Wikingkultur soll sich vom nordatlantischen Festland aus verbreitet haben? So kommt man von Unmöglichkeit zu Unmöglichkeit! Hier fehlen dem Verfasser die Grundlagen zur Beurteilung. Aber wertlos ist darum das Buch bestimmt nicht. Wirth ist an sich kein großer Anreger. Er kann keine klaren Wege weisen, wie die Fragen zu beantworten seien, die er unbewußt gestellt hat. Aber anregend in höchstem Grade wirkt sein Buch doch. Denn in der Meinung, ein Gebäude mit Erkenntnissen zu bauen, hat er Probleme in übergroßer Zahl aufgehäuft.

Neuerscheinungen

aus dem Verlage

F. A. BROCKHAUS



KNUT LUNDMARK, Das Leben auf anderen Sternen. Mit 72 Abbildungen. Deutsche Ausgabe von Robert Henseling. Geheftet RM 3.85. Halbleinen RM 5.—

Ein Werk, das Phantasie und Wirklichkeit zu trennen weiß, das Antwort gibt auf Fragen, die den Menschen bewegen, seit er zu denken begonnen hat.

Inhalt: Das kosmische Leben in Dichtung und Denken der Vergangenheit. Fragestellungen und Antworten der modernen Wissenschaft. Kann es Mondbewohner geben? Wie sieht es auf den Planeten aus? Der Weltstoff und der Bau des Universums. Die Entstehung des Lebens und seine Ausbreitung im Raum.

W. DOUGLAS BURDEN, Drachenechsen. Eine Forscherfahrt zu den Waranen auf Komodo. Mit 42 Abbildungen nach Photographien und Aufnahmen des Verfassers und einer Übersichtskarte. Geheftet RM 6.—. Ganzleinen RM 7.—

In jeder Sage steckt ein wahrer Kern, und wer geglaubt hat, der Drache des Märchens sei ausgestorben, ist im Irrtum. Auf der kleinen Insel Komodo in Niederländisch-Indien leben heute noch die letzten Vertreter der Großechsen.

Als der Verfasser von diesen Tieren hörte, rüstete er eine Expedition aus, um sie an Ort und Stelle zu beobachten. Vierzehn brachten die Forscher und Jäger mit nach Hause, darunter drei lebendige, in Fallen gefangene. Prächtige lebenswahre Aufnahmen erzählen von dem Tun und Treiben der Echsen in ihrer natürlichen Umwelt.

C. Z. KLÖTZEL, Indien im Schmelztiegel. Mit 56 Abbildungen nach eigenen Aufnahmen des Verfassers und einem Autogramm Gandhis. Geheftet RM 6.—. Ganzleinen RM 7.—

Die Presse meldet gerade in der letzten Zeit immer wieder Geschehnisse, die beweisen, daß in Indien eine Revolution am Werke ist, das uns wohlvertraute Antlitz des alten Asiens völlig zu verändern. Klötzels Buch erscheint darum im rechten Augenblick, um uns die Erklärung zu geben für so manches indische Ereignis der letzten Zeit und für zahlreichere, wichtigere, die erwartet werden müssen. — Als Berichterstatte einer der größten deutschen Zeitungen seit fast einem Jahrzehnt vor allem Kolonialländer bereisend, hat K. es sich hier zur Aufgabe gemacht, jene Kräfte zu schildern, die heute Indien zu einem Schmelztiegel machen, indem alte Überlieferung und neues Denken zur geistigen Grundlage eines modernen Indiens zusammengeschmolzen werden.

COLIN ROSS, Der unvollendete Kontinent. Mit 104 Abbildungen und einer Karte. Geheftet RM 6.30. Leinen RM 8.—

Die Untersuchung des Problems Australiens bildet gegenwärtig vielleicht die Hauptaufgabe weltpolitischer Forschung. „Der unvollendete Kontinent“, gesehen mit den Augen von Colin Ross und zergliedert in seiner malerischen, lebendigen, reizvollen, immer den Kern der Sache treffenden Schilderung, ist viel mehr als eine Reisebeschreibung. Es ist ein Werk, das über Australien nicht nur berichtet, sondern das diesen Erdteil in unsern politischen Blickpunkt rückt und damit seine enge Verflechtung in die wirtschaftlichen und politischen Fragen der übrigen Welt aufdeckt.

ALFRED v. ROTH-RÖSTHOF, Ba Menelik. Erlebnisse mit abessinischen Pflanzern, Jägern, Fürsten und Goldsuchern. Mit 51 Abbildungen und einer Übersichtskarte. Geheftet RM 7.—. Ganzleinen RM 8.50

Neun Monate lang hat der Balte Alfred v. Roth Abessinien kreuz und quer durchzogen, um Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten für seine vertriebenen Landsleute zu suchen. Die erste größere Reise führte ihn nach Nordosten zu den wilden, ewig aufässigen Danakil, wo der Acker mit dem Gewehr in der Hand bestellt wird, auf der zweiten stößt er nach Süden vor, um am Massiv des Djilalo das seltenste Hochwild Afrikas, den Njala, zu jagen. Die dritte Fahrt gilt den Gebirgen des Westens. Dort ist Gold zu finden, und im Auftrag einer europäischen Gesellschaft soll er die Fundstellen prüfen und Schürfrechte zu erwerben suchen. Die lebensvollen Schilderungen werden unterstützt durch zahlreiche Abbildungen nach Aufnahmen des Verfassers und des bekannten Afrika-Photographen Jos. Steinlehner, der den Verfasser längere Zeit begleitete.

HARVEY J. HOWARD, Zehn Wochen bei chinesischen Banditen. (Reisen und Abenteuer: Band 50.) Mit 28 Abbildungen. Halbleinen RM 2.80. Ganzleinen RM 3.50

Fast täglich berichten die Zeitungen von Überfällen chinesischer Räuber zu Wasser und zu Lande. Ein amerikanischer Arzt hatte das Pech, einer solchen Bande in die Hände zu fallen, und wurde 10 Wochen lang auf allen Raubzügen mitgeschleppt. 10 000 Dollar sollte er für seine Freiheit bezahlen, andernfalls — erschießen. Wahrheitsgetreu erzählt er die Geschichte seiner wechselvollen Schicksale und seiner gefährlichen Abenteuer als Raubdoktor bis zu seiner Befreiung durch chinesisches Militär. — Ein plastischer, ungemein eindrucksvoller Ausschnitt aus den Schattenseiten des Lebens im neuen China.

KARL v. SCHERZER, Mit der „Novara“ um die Erde. (Reisen und Abenteuer: Band 49.) Mit 23 Abbildungen und einer Karte. Halbleinen RM 2.80. Ganzleinen RM 3.50

Der Bericht über die erste Weltreise eines deutschen Kriegsschiffes. Drei Jahre lang (1857—59) war die Fregatte „Novara“ unterwegs, begleitet von der Anteilnahme der ganzen Welt, denn neben der Aufgabe, in allen Meeren die Flagge der jungen österreichischen Marine zu zeigen, waren noch solche der ird- und völkerrkundlichen Forschung zu leisten. Es ist heute von hohem Reiz, diese Schilderungen von Ländern und Völkern zu lesen, die damals mit der westlichen Zivilisation fast noch gar nicht in Berührung gekommen waren.

AUCH DER

SIMON-BERICHT

Ist wie alle fremdsprachigen und deutschen Werke durch uns zu beziehen.

UMFANG: voraussichtlich 16 Bände

ERSCHIENEN: bisher Band 1 und 2

Band 1 enthält eine Übersicht über das Problem Indiens, von England aus gesehen. PREIS RM. 4.50

Band 2 betrachtet die Frage der Verwaltung Indiens durch England und macht einige Verfassungsvorschläge. PREIS RM. 4.50

Die Bände werden auch einzeln von uns geliefert.

DEUTSCHTUM UND AUSLAND

Herausgegeben von

GEORG SCHREIBER

Seeben erschienen folgende Hefte:

19/22

Dr. Beda Kleinschmidt

Auslanddeutschtum und Kirche

Ein Hand- und Nachschlagebuch auf geschichtlich-statistischer Grundlage

Band 1 (Heft 19/20): Grundlegung. Europäisches Auslanddeutschtum. Mit 17 Karten. XVI, 343 Seiten. Geh. RM 12.25, gebd. RM 13.90

Band 2 (Heft 21/22): Die Auslanddeutschen in Übersee. Mit 3 Karten und 2 Tafeln. VIII, 450 Seiten. Geh. RM 14.70, gebd. RM 16.50

●

23/24

Neue deutsche Ausgrabungen

Herausgegeben von Professor Dr. Gert Hart Rodenwaldt

Mit 3 Beilagen und 27 Abbildungen im Text sowie 37 Tafeln im Anhang. XIV, 277 Seiten. Geh. RM 12.—, gebd. RM 13.60

●

26/27

Walter Kuhn

Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien

Ein Beitrag zur Methode der Sprachinselforschung

Mit 6 Karten und 12 Tafeln. XII, 244 Seiten. Geh. RM 12.30, gebd. RM 13.90

Verlag

Auchandorf
Münster i. W.

Unsere Spezialabteilung:

Das Politische Buch

— die einzige in Deutschland — wird Sie auf Wunsch gerne laufend beraten, Ihnen eine Bibliographie „Das Politische Buch“ kostenlos regelmäßig zusenden und Ihnen jedes gewünschte Buch des In- und Auslandes (auch Zeitschriften) schnellstens und portofrei besorgen.

Unsere Abteilung

Ansichts-Sendungen

legt Ihnen auf Wunsch alle Neuerscheinungen — aber nur was Sie bestimmt interessiert! — kostenlos und unverbindlich auf 14 Tage zur Ansicht vor. Erbitten Sie — zusammen mit der Bestellung des Simon-Berichtes — unverbindlich eine **Interessenkarte**.

BUCHVERTRIEB-GESELLSCHAFT M. B. H.

Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur

BERLIN-SCHMARGENDORF

POSTFACH